



Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat

20 Jahre integrierte Quartiersentwicklung

Die Soziale Stadt



20 Jahre integrierte Quartiersentwicklung

Die Soziale Stadt

Inhalt

Vorwort	2
Grußwort der Länder	4
Soziale Stadt	7
Entwicklungslinien	
Herausforderungen und Aufgaben	19
Vier Quartiersportraits	
Themen und Perspektiven	37
Vier Gastkommentare	
Instrumente und Strategien	55
Acht „Werkzeuge“ und sechzehn Beispiele	
Der Blick nach vorne	77
Lernen von der Sozialen Stadt	
Quellen	87
Impressum	89

Vorwort

Viele Menschen wirken an der Gestaltung ihrer Stadt- oder Ortsteile mit: politische Entscheidungsträger, Behördenmitarbeiter, Quartiersmanager, ehrenamtlich Engagierte, Bürgerinnen und Bürger. Diesem großen und unverzichtbaren Engagement gebührt höchste Anerkennung. Das Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“ verbindet diese Anerkennung mit einer finanziellen Förderung. Es verbessert so die Lebensbedingungen am Ort und stiftet Gemeinschaft zwischen allen Beteiligten.

Seit 20 Jahren gibt es nun das Städtebauförderprogramm. In dieser Zeit ist es zu einer großen Erfolgsgeschichte geworden. Bis einschließlich 2018 stellten Bund, Länder und Kommunen 5,3 Milliarden Euro für Investitionen zur Verfügung. Profitiert haben 533 Programmkommunen. Mit 934 Gesamtmaßnahmen in Groß-, Mittel- und Kleinstädten konnten umfangreiche Aufwertungen durchgeführt werden. Im Jahr 2019 kommen voraussichtlich weitere 34 Maßnahmen in 10 Gemeinden hinzu. Der Bund stellt auch 2019 wieder 190 Millionen Euro bereit. Diese Verlässlichkeit ist für die Kommunen, die Quartiere und die Betroffenen wichtig.

Das Förderprogramm geht über baulich-investive Maßnahmen hinaus, denn Bauen allein reicht nicht, um Menschen ein Zuhause, eine Heimat zu geben. Es wird deshalb nicht nur in das Wohnumfeld, die Infrastruktur und die Qualität des Wohnens investiert. Das Programm verfolgt vielmehr einen fachübergreifenden Ansatz, der alle Akteure einbezieht und

vernetzt. Ein Bürgerhaus, ein neu gestalteter Marktplatz oder ein Park werden erst dann zu einem lebenswerten Ort, wenn sie mit konkreten Angeboten lebendige Nachbarschaften fördern. Was mit Fördermitteln geschaffen worden ist, muss im zweiten Schritt auch mit Leben erfüllt werden. Nur so entsteht gesellschaftlicher Zusammenhalt. Soziale Quartiersentwicklung ist eine gesamtgesellschaftliche, integrierte Aufgabe.

Auch auf Bundesebene ist die Vernetzung der verschiedenen Fachpolitiken zugunsten der Quartiere der „Sozialen Stadt“ wichtig. Seit 2007 fördert das ESF-Bundesprogramm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier - BIWAQ“ die Integration von Langzeitarbeitslosen und Jugendlichen in Ausbildung und Arbeit. Seit 2015 fördert das ESF-Bundesprogramm „Jugend stärken im Quartier“ Jugendliche am Übergang von der Schule in den Beruf und verzahnt diese Förderung mit der sozialen Quartiersentwicklung.

Damit diese Zusammenarbeit in den Ländern und Kommunen noch strategischer wirken kann, hat die Bundesregierung 2016 die ressortübergreifende Strategie „Soziale Stadt - Nachbarschaften stärken, miteinander im Quartier“ beschlossen. In Modellprojekten erprobt der Bund bis 2020 mit jährlich 10 Millionen Euro das Zusammenwirken von städtebaulichen Investitionen. Die ersten Kooperationen betreffen Maßnahmen der Integration, der Soziokultur, der Verbraucherinformation und der

Ernährungskompetenz von Kindern und Jugendlichen. Weitere sollen folgen.

Im Schulterschluss mit Ländern und Kommunen hat sich das Programm „Soziale Stadt“ als starke Säule der Städtebauförderung etabliert. Es hat die Zusammenarbeit der Fachämter auf allen Ebenen befördert und zahlreiche Akteursnetzwerke geschaffen. Mit dem Verfügungsfonds zur Beteiligung der Quartiersbewohnerinnen und -bewohner konnten oftmals neue Kooperationen angeregt werden. Essentiell für die erfolgreiche Entwicklung der Quartiere ist das Quartiersmanagement, das inzwischen auch in andere Städtebauförderprogramme und andere Fachpolitiken Eingang gefunden hat.

Unsere Städte und Gemeinden erleben derzeit große, verschiedenartige Umbrüche. Wachsende, sich verdichtende Städte auf der einen Seite, Abwanderung und Leerstand auf der anderen Seite. Klimawandel und Digitalisierung führen zu städtebaulichem Anpassungsbedarf. Damit die Städtebauförderung noch effizienter auf die Herausforderungen der Zukunft reagieren kann, wollen wir sie ab dem Jahr 2020 gemeinsam mit den Ländern weiterentwickeln. Die Erfahrungen bei der Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ sollen in das lernende neue Programm „Sozialer Zusammenhalt“ einfließen. Die Ziele der Maßnahmen des Programms sind die Stärkung des Miteinanders und des sozialen Zusammenhalts

in unserer Gesellschaft und die Förderung einer zukunftsfähigen, nachhaltigen und modernen Entwicklung der Städte und Gemeinden in Deutschland.

Alle, die in 20 Jahren aktiv am Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“ mitgewirkt haben, können auf ihre Arbeit sehr stolz sein. Aus zahlreichen sogenannten Brennpunktquartieren sind lebendige und lebenswerte Orte geworden bzw. sie sind es geblieben. Intakte Nachbarschaften unterstützen dort das Miteinander. Dafür danke ich allen Beteiligten herzlich.



Horst Seehofer
Bundesminister des Innern, für
Bau und Heimat



Abb. 01: Horst Seehofer

Grußwort der Länder

20 Jahre Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“: Das sind 20 Jahre des Miteinander-Machens, des Miteinander-Entwickelns, des Miteinander-Erneuerns – kurzum: ein Erfolgsprogramm von, mit und für Menschen in Städten mit besonderem Erneuerungsbedarf.

Die Wurzeln dieses Programms liegen in Gelsenkirchen in Nordrhein-Westfalen. Mitte der 1990er Jahre stand das Ausprobieren neuer Ansätze im Vordergrund. 1999 wurde die Soziale Stadt auf die Bundesebene gehoben. In 20 Jahren hat das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ die Stadterneuerung in Deutschland so stark geprägt wie kein anderes. Der fachübergreifende Ansatz, die Betrachtung eines baulichen Erneuerungsgebietes als soziales Gefüge und der Einsatz passgenauer flankierender Instrumente setzen seit 20 Jahren bundesweit Maßstäbe. In 533 Kommunen haben Bund, Länder und Kommunen bis einschließlich 2018 bundesrepublik-weit rund 5,3 Milliarden Euro zur Erneuerung zur Verfügung gestellt.

Dabei folgt das Städtebauförderprogramm Soziale Stadt dem ureigensten demokratischen Prinzip: Menschen machen Stadt. Nicht abstrakt, sondern konkret lokal – vor Ort. Für Menschen, die hinsehen statt wegzuschauen, für Menschen, die lieber gemeinsam mit anpacken anstatt loszulassen. Mit dem ganzheitlichen Ansatz, der örtlichen Herausforderungen übergreifend – über alle staatlichen Ebenen – begegnet, mit der

Beteiligung von Menschen und mit dem Bündeln von Ressourcen sowohl der öffentlichen als auch der privaten Hände, ist die „Soziale Stadt“ der Möglichmacher für Städte und Stadtteile mit besonderen Erneuerungsbedarfen. Die „Soziale Stadt“ hat in den vergangenen 20 Jahren in den 533 Kommunen wieder Perspektiven eröffnet und geschaffen und trug und trägt damit auch zur Stärkung unseres Gemeinwesens bei.

Wir alle kennen in der gesamten Bundesrepublik Deutschland solche Stadtteile: Stadtteile, die unter dem Druck wirtschaftlicher Veränderungen leiden, Stadtteile mit hoher Arbeitslosigkeit, Stadtteile mit wohnungswirtschaftlichen Missständen und vergleichbaren Entwicklungen. Stadtteile, die sich manchmal schleichend verändern und manche, in denen negative Entwicklungen schneller voranschreiten. Und in all diesen Stadtteilen und Städten leben Menschen, die ihr Wohnviertel, ihre Stadt als Heimat betrachten. Weil Heimat Identifikation bedeutet, Halt und Vertrautes bietet. Mit dem Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“ werden genau diese Menschen zum Mitmachen, zum Mitgestalten eingeladen. Ist es herausfordernd? Ja, das ist es manches Mal, aber es lohnt sich, weil: Menschen Stadt machen. Gebäude, Plätze, Orte prägen das Gesicht einer Stadt, aber Menschen sind dieses Gesicht.

Dabei ist das Städtebauförderprogramm Soziale Stadt auch eines, was mit jeder neuen Initiative mitgewachsen ist, sich selbst verändert hat. „Stadt“

ist ja nie fertig – sie unterliegt einem stetigen Wandel, genau wie unsere Gesellschaft. Diese gestalten zu dürfen ist Auftrag und Verpflichtung zugleich – im Interesse der nachfolgenden Generationen.

Deshalb dürfen wir angesichts des 20-jährigen Jubiläums gemeinsam mit Stolz auf das Erreichte zurückblicken und all denen Dank sagen, die in 20 Jahren „Soziale Stadt“ mit Energie, Tatendrang, Mut und Kreativität Perspektiven in Stadtteilen und Städten mit besonderen Erneuerungsbedarfen geschaffen haben.

Ina Scharrenbach,
Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung
des Landes Nordrhein-Westfalen



Abb. 02: Ina Scharrenbach



Soziale Stadt

Entwicklungslinien

Im Jahr 2019 feiert das Städtebauförderprogramm Soziale Stadt 20-jähriges Bestehen. Mit dem Programm reagierte die damalige Bundesregierung auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Herausforderungen. Wachsende Arbeitslosigkeit und Armutstendenzen konzentrierten sich oftmals in benachteiligten Quartieren, in denen vielschichtige Probleme kumulierten. Stadtforschende beschrieben diese Phänomene zu jener Zeit mit einer drohenden Spaltung der Gesellschaft, die sich auch in einer räumlichen Polarisierung zeige und zu einer „Abwärtsspirale“ der betroffenen Quartiere führe.

Einige europäische Länder wie Großbritannien oder Frankreich waren mit diesen negativen Entwicklungstendenzen vor allem in ehemaligen Arbeitervierteln und Großwohnsiedlungen schon früher und in einer neuen Dimension der sozialen Ausgrenzung konfrontiert. So versuchte man beispielsweise schon zu Beginn der 1990er Jahre in diesen Ländern – wie auch in einigen westdeutschen Bundesländern – mit umfassenden Förderprogrammen den schwierigen Problemlagen in den betroffenen Stadtgebieten zu begegnen. Auf die Grundzüge dieser Programme und auf erste Erfahrungen mit deren Umsetzung konnte die neue Programmphilosophie der Sozialen Stadt am Ende der 1990er Jahre aufbauen.

Innerhalb der bundesdeutschen Städtebauförderung stellte das Programm Soziale Stadt mit seinem integrierten Ansatz ein Novum dar: Neben den städtebaulichen Zielen wurde zugleich auch die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bewohnenden in die Zielsetzung des Programms aufgenommen. Die Steuerung des Programms lag bei der Städtebauförderung, besonders die sozial-integrativen Maßnahmen sollten aus anderen Ressorts gefördert werden.

Das Programm startete im Jahr 1999 mit 162 Gesamtmaßnahmen. Der Titel „Soziale Stadt“ war zunächst nicht unumstritten, da in den Kommunen mit diesem „Etikett“ eine zusätzliche Stigmatisierung der geförderten Programmgebiete befürchtet wurde. Mittlerweile wurden 934 Gesamtmaßnahmen in 533 Groß-, Mittel- und Kleinstädten gefördert (Stand 2018). Die Soziale Stadt hat als flexibles, lernendes Programm in den vergangenen Jahren sowohl in der Fachöffentlichkeit als auch in der Praxis vor Ort große Aufmerksamkeit erfahren und dazu beigetragen, dass die Herausforderungen in den benachteiligten Quartieren zum Gegenstand fachlicher Diskurse und politischen Handelns wurden. Trotz wechselnder Priorität bei der Mittelzuweisung hat sich das Programm über die Jahre hinweg auf allen Politikebenen zu einem allgemein anerkannten Markenzeichen einer integrierten Quartierspolitik etabliert.

Programmziele und Strategie

Das Programm Soziale Stadt soll einer Polarisierung in den Städten entgegenwirken. Zur übergeordneten Zielsetzung gehören die Stabilisierung und Aufwertung der Gebiete sowie die Verbesserung der Lebenssituation der Quartiersbevölkerung. Konkret benannt werden folgende Ziele: die Situation in städtebaulich, wirtschaftlich und sozial benachteiligten Stadt- und Ortsteilen zu verbessern, lebendige Nachbarschaften zu fördern und den sozialen Zusammenhalt zu stärken.

Die Kerngedanken des Programms Soziale Stadt finden sich bereits im Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt aus dem Jahr 1998. Den Impuls für diese Initiative gaben die Vertretenden der Länder in der ARGEBAU (Konferenz der für Städtebau, Bau- und

Wohnungswesen zuständigen Ministerinnen, Minister und Senatorinnen oder Senatoren der Länder), die mit der Gemeinschaftsinitiative ein nationales Aktionsprogramm ins Leben riefen, das den Rahmen für eine zwischen Bund und Ländern abgestimmte Strategie gegen die soziale Polarisierung in den Städten bilden sollte.

Die Bundesregierung nahm die Gemeinschaftsinitiative zum Anlass, die Städtebauförderung 1999 um das eigenständige neue Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ (Kurzfassung „Soziale Stadt“) zu ergänzen. Die gemeinsame Grundlage von Bund und Ländern für das Programm bildete die Verwaltungsvereinbarung (VV) Städtebauförderung. Das Profil des Programms Soziale Stadt wurde in dem genannten Leitfaden der ARGEBAU skizziert und in späteren Fassungen weiterentwickelt. Im Jahr 2018 hat der Bund gemeinsam mit den Ländern eine Programmstrategie abgestimmt und veröffentlicht, die auf dem Baugesetzbuch (BauGB), den gültigen Verwaltungsvereinbarungen zur Städtebauförderung von Bund und Ländern sowie den Erkenntnissen aus der zweiten Zwischenevaluierung des Programms von 2017 basiert.

Die Soziale Stadt hat sich seit der Einführung zu einem zentralen Programm der integrativen Erneuerung von Stadtteilen mit komplexen Problemlagen entwickelt – dies belegen auch die beiden Zwischen-evaluierungen des Programms. Die Umsetzung der Programmziele stützt sich im Wesentlichen auf die folgenden Elemente: die Beteiligung und Aktivierung der Bewohnerinnen und Bewohner sowie das Vernetzen aller Aktivitäten vor Ort, die Verknüpfung der Handlungsebenen von Stadtteil, Bezirk und Rat der Stadt über die Landesregierung und Bundesregierung bis hin zur Europäischen Union sowie das stadtteilbezogene Bündeln von Ressourcen der öffentlichen Hand und von Privaten während der Programmlaufzeit.

Überdies prägen der ganzheitliche Ansatz, der die örtlichen Probleme übergreifend behandelt, der Gebietsansatz der Städtebauförderung, der den Fokus auch auf den Sozialraum legt und ein „lernender“ Programmansatz, der regelmäßig die Programmstrategie überprüft, nicht zuletzt in dieser Kombination, den Erfolgskurs des Programms.

Integrierter Handlungsansatz

Über die Jahre hinweg wurde der integrierte Handlungsansatz als zentraler Hebel hervorgehoben, um die komplexen städtebaulichen, funktionalen und sozialen Missstände in den benachteiligten Stadt- und Ortsteilen zu beheben sowie durch Stabilisierung und Aufwertung die Lebensbedingungen und die Lebensqualität der Quartiersbewohnerinnen und -bewohner zu verbessern. Nur in der Verzahnung von baulich-investiven und sozial-integrativen Maßnahmen, deren Finanzierung in der Regel aus den Haushalten anderer Ressorts erfolgen muss, lasse sich die übergeordnete, komplexe Zielsetzung der Sozialen Stadt erreichen – so der generelle Tenor der Programmbeteiligten.

Von Beginn an bestand auf der Bundesebene das Ziel, Programme anderer Fachpolitiken gezielt mit dem Programmansatz der Sozialen Stadt zu verknüpfen. Auch die Bundesländer haben in unterschiedlichem Maße Strukturen ressortübergreifender Zusammenarbeit entwickelt und ergänzende Förderprogramme zur Programmkulisse der Sozialen Stadt eingesetzt (BMI 2018: 14). Vor allem auf lokaler Ebene in den Quartieren wird versucht, die verschiedenen relevanten öffentlichen und privaten Projekte und Fachprogramme ämterübergreifend zu bündeln sowie die Akteure aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft in den Erneuerungsprozess einzubinden und zu aktivieren. Seit 2012 ist die Erarbeitung und

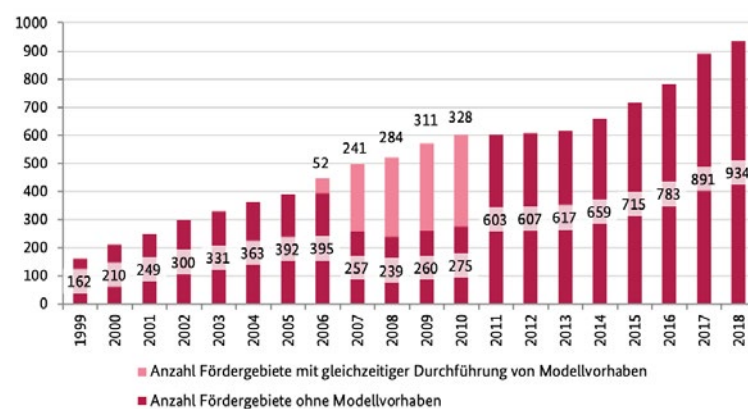


Abb. 03: Anzahl der Fördergebiete im Programm Soziale Stadt 1999-2018

regelmäßige Fortschreibung eines integrierten Entwicklungskonzepts Fördervoraussetzung.

Quartiersansatz

Neben dem integrierten Handlungsansatz ist der „Quartiersansatz“ oder „Gebietsbezug“ ein weiteres Kernelement des Programms Soziale Stadt. Die Programme der Städtebauförderung sind immer auf ein räumlich definiertes Fördergebiet ausgerichtet – die Auswahl und Abgrenzung der Programmgebiete erfolgt auf der Grundlage von Vorerhebungen durch die Kommunen in Abstimmung mit dem Land. Am Ende des Verfahrens steht ein Beschluss der Kommune, der nach den Regelungen des Baugesetzbuches das Fördergebiet räumlich festlegt – dies kann auch im Programm Soziale Stadt ein Sanierungsgebiet (§142 BauGB) sein.

Die Programmziele der Sozialen Stadt richten sich auf die Beseitigung städtebaulicher Missstände und die baulich-räumliche Entwicklung der Gebiete sowie die strukturelle Zusammensetzung der Bewohnerschaft beziehungsweise deren Lebenschancen im Quartier. Inhaltlich wird das Quartier in dem Programm als (benachteiligter) Lebensraum verstanden. Der Förderprogrammatik liegt ein Verständnis zugrunde, das die besondere Bedeutung des Quartiers zur Bewältigung schwieriger Lebensverhältnisse betont. Mit dem Anspruch stärker auf die sozialräumlichen Prozesse einzuwirken, erweiterte die Soziale Stadt in den 1990er Jahren die Programmatik der Stadterneuerung und Städtebauförderung. Als raumbezogene Politik und sozialräumliche Intervention richtet sich das Programm Soziale Stadt nicht nur auf konkrete physisch und geografisch abgrenzbare Räume und deren städtebauliche Anpassungsbedarfe, sondern auch auf die Sozialräume, die durch Netzwerke, Handlungen und Beziehungen von Menschen strukturiert werden.

Der Quartiersbezug – als Fördergebiet und definierter Sozialraum – erleichtert die „Bündelfunktion“ des Programms Soziale Stadt. Die Schwierigkeiten in der Umsetzung bestehen häufig darin, dass der physische Raum nicht immer mit dem Sozialraum zur Deckung zu bringen ist und nicht alle beteiligten Fachressorts in Sozialraumkategorien denken, handeln und fördern. Dennoch haben von Beginn an Programme

Bündelung mit anderen Fachprogrammen

2000
E&C– Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

2003
LOS – Lokales Kapital für soziale Zwecke, BMFSFJ

2007
BIWAQ – Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier, Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) explizit zur Ergänzung aufgelegt
Förderperiode 2007-2013 (Förderrunden 2008-2012, 2011-2014), zweite Förderperiode 2014-2020

Seit 2010 (2010-2013, 2013-2016, 2017-2019, andauernd)
Zusammenhalt durch Teilhabe, BMI

Seit 2011
JUGEND STÄRKEN: 1000 Chancen, Teil der Initiative JUGEND STÄRKEN, BMFSFJ

2014
JUGEND STÄRKEN im Quartier, erste Förderrunde 2015-2018, BMFSFJ + Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

2006-2014
Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser, BMFSFJ

2007-2013
XENOS – Integration und Vielfalt, Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)

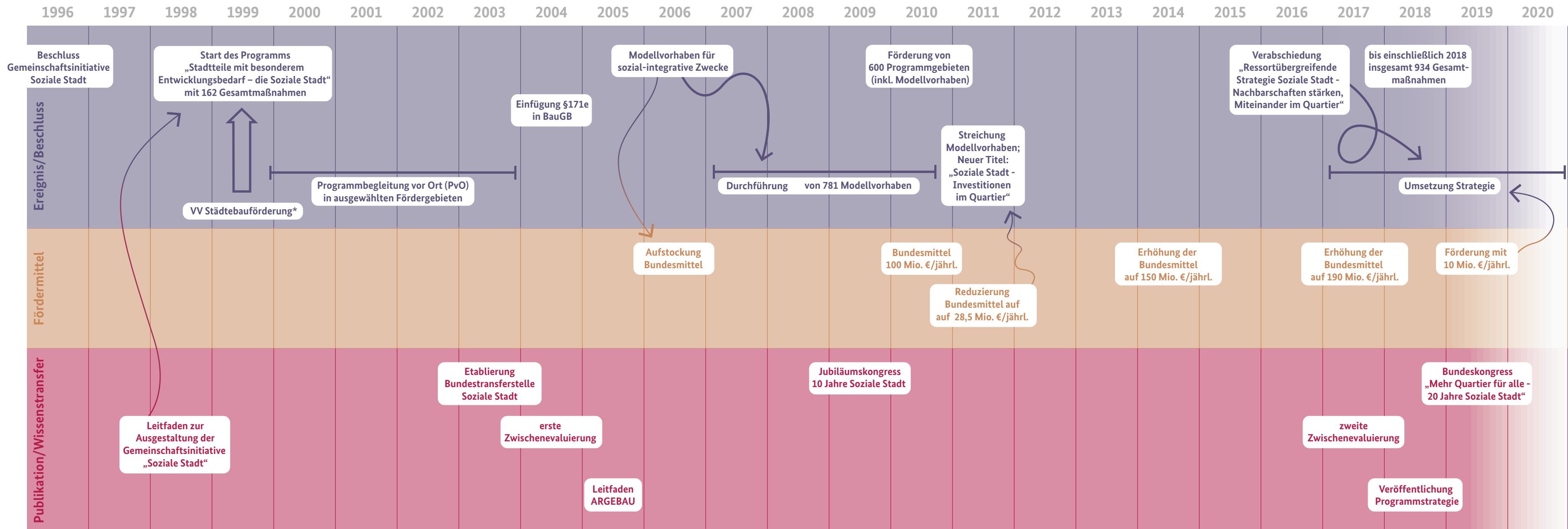
2010-2013
JUGEND STÄRKEN – aktiv in der Region, BMFSFJ

2011-2014
Offensive Frühe Chancen, BMFSFJ

2011-2014
IQ – Integration durch Qualifizierung, BMAS

2015
JUSTiQ – JUGEND STÄRKEN im Quartier, Teil der Initiative JUGEND STÄRKEN, BMFSFJ und BMI, explizit zur Ergänzung aufgelegt

2017
Investitionspakt „Soziale Integration im Quartier“, BMI



Zeitstrahl des Programms Soziale Stadt

Grundlage/Basis für → Auswirkung/Anlass →

*VV = Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung

Abb. 04: Zeitstrahl des Programms Soziale Stadt

Städte und Gemeinden im Programm Soziale Stadt 1999-2018

Zu Beginn des Programms im Jahr 1999 wurden 162 Gesamtmaßnahmen gefördert. Im Jahr 2018 sind es 934 Gesamtmaßnahmen in 533 Groß-, Mittel- und Kleinstädten sowie Landgemeinden. Räumliche Konzentrationen finden sich im Ruhrgebiet und im Rhein-Main-Gebiet.

Definition der Stadtgrößen:

Großstadt (> 100.000 Einwohner)

Mittelstadt (20.000 - < 100.000 Einwohner)

Kleinstadt (10.000 - < 20.000 Einwohner)

Landgemeinde (< 10.000 Einwohner)

- Großstadt
- Mittelstadt
- Kleinstadt
- Landgemeinde

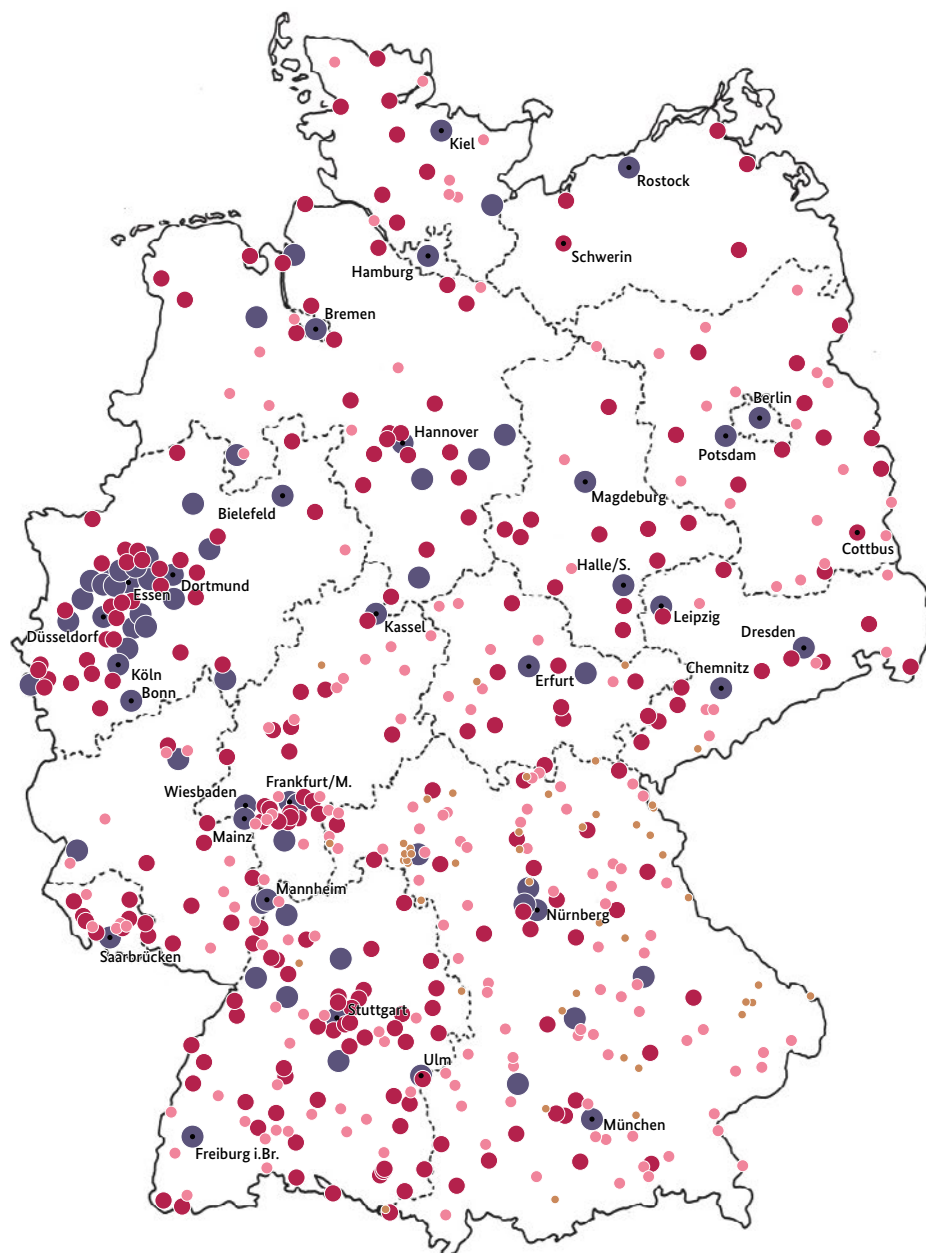


Abb. 05: Städte und Gemeinden im Programm Soziale Stadt 1999-2018

anderer Fachressorts in den Gebieten der Sozialen Stadt gewirkt. Mit dem ESF-Bundesprogramm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier – BIWAQ“ wurde 2007 durch das damalige Bundesbauministerium erstmals ein „echtes“ Partnerprogramm der Sozialen Stadt aufgelegt. Mit der gemeinsamen Umsetzung des ESF-Programms „Jugend stärken im Quartier“ durch die Bundesministerien für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) gelang auch auf Bundesebene ein fachübergreifender Schulter-schluss (vgl. Seite 9 „Bündelung mit anderen Fachprogrammen“).

Lernendes Programm

Die Soziale Stadt wurde als „lernendes“ Programm konzipiert: Von Beginn an wurde viel Wert auf Erfahrungsaustausch, Wissenstransfer und Evaluationen gelegt. Diese Aspekte werden durch personelle und finanzielle Ressourcen sowie organisatorische Rahmensetzungen und Hilfestellungen seitens des Bundes und der Länder unterstützt.

In der ersten Phase der Programmumsetzung (1999-2003) wurde von jedem Bundesland ein Modellgebiet nominiert, in dem eine externe Programmbegleitung vor Ort (PvO) begleitende, aktivierende und dokumentierende Aufgaben übernahm. Die Bundestransferstelle Soziale Stadt sorgt seit 2003 für den bundesweiten Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen allen an der Programmumsetzung Beteiligten. Zwei Zwischenevaluierungen des Programms auf der Bundesebene, die 2004 und 2017 veröffentlicht wurden, trugen mit ihren Erkenntnissen und Empfehlungen maßgeblich zur Weiterentwicklung des Programms bei (BBR/BMVBW 2004; BBSR/BMUB 2017).

Auch auf kommunaler Ebene können die Aktivitäten zur Evaluation und Selbstevaluation dazu genutzt werden, erprobte Ansätze oder Instrumente kritisch zu hinterfragen und bei Bedarf weiterzuentwickeln sowie Lernprozesse vor Ort zu initiieren. Die Entwicklung in den Quartieren kann anhand von sozialräumlichen Kontextindikatoren und eines laufenden quantitativen und qualitativen Monitorings erfasst werden, so dass auf einer transparenten Basis eine passgenaue Nachsteuerung in den Programmgebieten möglich wird.

Programmentwicklung, rechtlicher Rahmen und Förderung

Bereits vor der offiziellen Programmeinführung sprach die Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt der Städtebauförderung eine Leitfunktion und Koordination in einem integrierten Programmansatz zu. Die VV Städtebauförderung 1999 griff diese Zuschreibung für das neu in die Städteförderung aufgenommene Programm Soziale Stadt auf, das als Investitions- und Leitprogramm mit anderen stadtentwicklungspolitisch relevanten Politikfeldern zu einem neuen integrativen Ansatz verknüpft werden sollte.

Artikel 104b des Grundgesetzes bildet für alle Städtebauförderprogramme die rechtliche Grundlage. Danach kann der Bund den Ländern Finanzhilfen für bedeutsame Investitionen zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft im Bundesgebiet oder zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums gewähren. Die Mittelvergabe ist zu befristen, hinsichtlich ihrer Verwendung in regelmäßigen Zeitabständen zu überprüfen und degressiv zu gestalten. Als generelle Finanzierungsregel gilt: Von Seiten des Bundes werden ein Drittel, von Ländern und Kommunen die verbleibenden zwei Drittel der Finanzmittel bereitgestellt.

Im Jahr 2004 erhielt der Programmansatz der Sozialen Stadt eine wichtige Bestätigung durch die Einfügung des § 171e in das Baugesetzbuch (BauGB) und der damit verknüpften rechtlichen Verankerung der Programmphilosophie. Einen weiteren Impuls für das Programm stellten die im Jahr 2006 beschlossenen Modellvorhaben dar, die ergänzend zur Regelförderung eingesetzt werden konnten. Dazu wurden zusätzliche Bundesfinanzhilfen zwischen 2006 und 2010 bereitgestellt und bundesweit 781 Modellvorhaben durchgeführt, um die sozial-integrative Wirkung des Programms zu stärken. Hintergrund war die Erfahrung, dass die „fachübergreifende“ Zusammenarbeit auf kommunaler wie auch auf Landes- und Bundesebene noch nicht in allen erforderlichen Politikfeldern erreicht werden konnte. Die Modellvorhaben stießen bei den Kommunen auf eine überwiegend positive Resonanz – wie auch das

Bundesfinanzhilfen je Stadt/ Gemeinde im Programm Soziale Stadt 1999-2018

Bis einschließlich 2018 haben Bund, Länder und Kommunen rund 5,3 Milliarden Euro für Investitionen in den Programmkommunen bereitgestellt. Der Anteil des Bundesfinanzhilfen liegt insgesamt bei rund 1,9 Milliarden Euro.

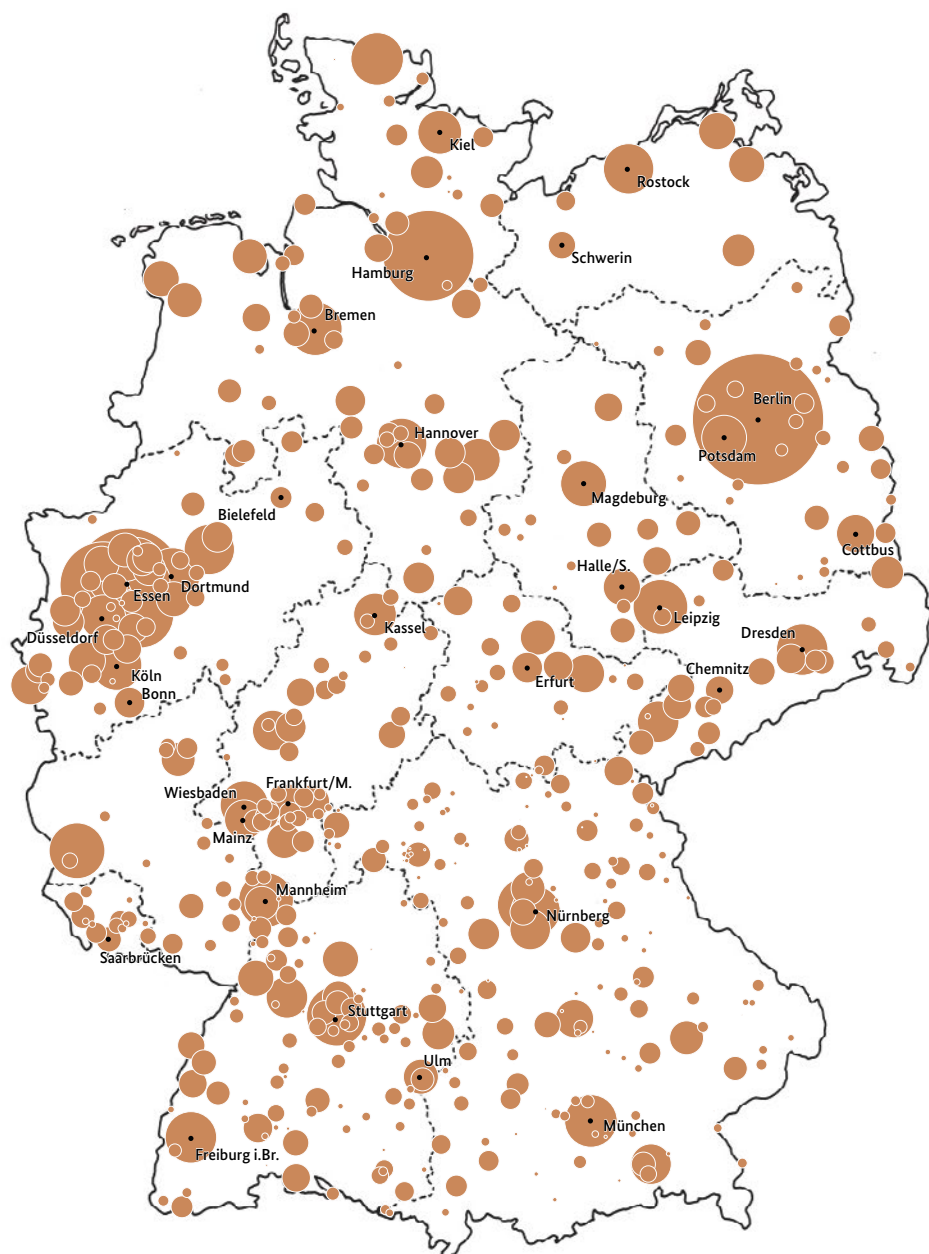
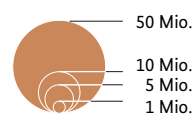


Abb. 06: Bundesfinanzhilfen je Städte/Gemeinde im Programm Soziale Stadt 1999-2018

gesamte Programm sich zehn Jahre nach seiner Einführung auf allen Politikebenen etabliert hatte. Im Gegenzug nahm jedoch die fachliche Verantwortung anderer Fachressorts ab. Im Jahr 2010 wurden rund 600 Programmgebiete (inklusive Modellvorhaben) gefördert und die Bundesfinanzhilfen hatten sich in diesem Zeitraum zwischen 80 und 100 Millionen Euro jährlich eingependelt.

Im Zuge der Haushaltskonsolidierung im Jahr 2011 sank die Bundesförderung mit 28,5 Millionen Euro auf das bislang niedrigste Niveau – die Modellvorhaben wurden gestrichen und das Programm erhielt den Titel „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“, was den baulich-investiven Charakter des Programms als Bestandteil der Städtebauförderung sowie den ressortübergreifenden Ansatz betonte. Die erhebliche Reduzierung der Bundesmittel löste bundesweit in der Fachwelt und auf der lokalen Ebene großes Unverständnis und Sorge im Hinblick auf die Entwicklung der Quartiere aus. Auch in den meisten Ländern wurde die Mittelkürzung als einschneidend empfunden.

Der Regierungswechsel 2013 brachte eine abermalige Neujustierung des Programms, das im Rahmen der Städtebauförderung zum Leitprogramm der sozialen Integration wurde. Weitere Ressorts und Akteure aus Unternehmen, Stiftungen und Zivilgesellschaft sollten zur Mitwirkung gewonnen werden. Im August 2016 verabschiedete das Bundeskabinett als weiteren Meilenstein in der Programmumsetzung die „Ressortübergreifende Strategie Soziale Stadt – Nachbarschaften stärken, Miteinander im Quartier“. Zur Umsetzung der Strategie sind für die Jahre 2017 bis 2020 vom Bund jährlich 10 Millionen Euro vorgesehen. Im Schulterschluss mit anderen Ressorts werden modellhaft Kooperationen auf Quartiersebene mit dem Ziel einer strukturellen Verankerung gefördert. Seit 2017 wurden bislang vier Modellprogramme mit anderen Bundesressorts angestoßen.

Der insgesamt erhöhte Mitteleinsatz, seit 2014 von zunächst 150 Millionen Euro auf zuletzt 190 Millionen Euro jährlich seit dem Jahr 2017, im Rahmen der Städtebauförderung und die erneute Betonung des ressortübergreifenden Handelns stärken die Ausrichtung des Programms Soziale Stadt als Leitprogramm der sozialen Integration. In den vergangenen 20

Jahren stellte der Bund den Ländern Bundesfinanzhilfen in Höhe von rund 2,1 Milliarden Euro zur Verfügung (Stand 2019).

Nahezu alle deutschen Großstädte sind im Programm Soziale Stadt vertreten. Im Jahr 2017 verteilten sich jeweils rund ein Drittel der geförderten Maßnahmen auf die Groß- und Mittelstädte, das restliche Drittel der Maßnahmen lag in Kleinstädten und ländlichen Gemeinden (BBSR 2019: 33). Die Gebietskulissen sind aufgrund ihrer Bau- und Nutzungsstruktur, Lage und Einwohnerzahl sehr unterschiedlich. Mit Blick auf die abgerechneten und ausfinanzierten Maßnahmen liegt die Laufzeit im Programm Soziale Stadt in der Regel unter 10 Jahren (ebd.: 42).

Die Verantwortung der Länder

Die Zuständigkeit für die Programmumsetzung liegt bei den Ländern, die eigene Förderrichtlinien erlassen. Mit wenigen Ausnahmen haben die Länder das Programm seit 1999 durchgehend kofinanziert. Die Länder können zusätzlich zu den Bundes- und Landesfinanzhilfen die Maßnahmen mit weiteren Landesmitteln fördern. Die Finanzhilfen der Sozialen Stadt können von den Ländern auch als nationale Kofinanzierung für EU-Förderprogramme (EFRE) verwendet werden.

Die Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen weisen die größte Anzahl und einen kontinuierlichen Zuwachs von Fördergebieten im Laufe der Jahre auf. Die Unterschiede zwischen den Ländern beim Einsatz des Programms resultieren aus unterschiedlichen politischen und strategischen Festlegungen. An der quantitativen Verteilung der Programmgebiete lässt sich beispielsweise ein Ost-West-Gefälle ablesen: In den alten Bundesländern hat das Programm einen deutlich höheren Stellenwert als in den neuen Ländern, wo die Soziale Stadt häufig flankierend zu anderen Städtebauförderprogrammen eingesetzt wird. Besonders häufig gibt es in den ostdeutschen Ländern Überlagerungen mit den Fördergebieten des Programms Stadtumbau.

Die Ausrichtungen und Besonderheiten in den Ländern haben mit dazu beigetragen, dass die Programmgestaltung vor Ort nach 20 Jahren ein sehr vielfältiges Bild ergibt.

Im Laufe der Jahre haben sich die grundlegenden Verfahrensregeln und der Umgang mit den zentralen Instrumenten des Programms aber zunehmend angenähert.

Aufgaben, Handlungsfelder und Perspektiven

Soziale Ungleichheit bei der Einkommensverteilung, beim Zugang zum Arbeitsmarkt und zur Bildung oder bei der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe, bildet sich in den Städten und Gemeinden in kleinräumigen Segregationsprozessen ab. Diese räumlichen Disparitäten zeigen sich sowohl in wachsenden, prosperierenden als auch schrumpfenden Regionen, in Großstädten sowie auch in kleinen Gemeinden im ländlichen Raum. In vielen Kommunen hat sich der Prozess der sozial-räumlichen Polarisierung seit den 1990er Jahren weiter verstärkt. Auch die „Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ hat 2007 die Aufgabe einer nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik zum Abbau innerstädtischer Disparitäten noch einmal bekräftigt (BMUB 2013).

Das Programm Soziale Stadt richtet sich an Stadt- und Ortsteile, die im Hinblick auf ihre Sozialstruktur, den baulichen Bestand, das Arbeitsplatzangebot, das Ausbildungsniveau, die Ausstattung mit sozialer und stadtteilkultureller Infrastruktur, die Nahversorgung sowie die Qualität der Wohnungen, des Wohnumfeldes und der Umwelt Defizite aufweisen. Die benachteiligten Gebiete sind zumeist durch eine Konzentration komplexer und sich überlagernder Problemlagen geprägt, oftmals wird die problematische Einkommens- und Lebenssituation der Quartiersbevölkerung durch städtebauliche, funktionale und ökologische Defizite überlagert. Die Kumulation der Problemlagen beeinträchtigt schließlich das Image der benachteiligten Gebiete und die Adresse stigmatisiert oft die Bewohnerschaft.

Obwohl sich der gesellschaftliche, demografische und ökonomische Wandel in den Städten und Gemeinden Deutschlands räumlich differenziert auswirkt und die Rahmenbedingungen sich im Laufe der Programmumsetzung verändert haben, sind die beschriebenen Problemkonstellationen in den Programmgebieten nach wie vor bundesweit

aktuell. Mittel- und langfristig werden neue Herausforderungen auf die Städte und Gemeinden zukommen, die eine soziale Polarisierung noch verstärken können. In den benachteiligten Quartieren gilt ein erheblicher Anteil der Bevölkerung weiterhin oftmals als armutsgefährdet. Bildungs- und berufsbedingte Binnenwanderungen, Zuwanderung aus den EU-Staaten sowie anhaltende Flüchtlingsbewegungen stellen die Akteure in den Programmgebieten der Sozialen Stadt vor zusätzliche Integrationsaufgaben. Vor allem in den Großstädten führt eine erhöhte Wohnungsnachfrage in innerstädtischen Lagen zu einem vermehrten Aufwertungsdruck, der auch auf die Gebiete der Sozialen Stadt einwirkt. Diese Rahmenbedingungen lassen darauf schließen, dass der Programmansatz auch in Zukunft von hoher Bedeutung sein wird (BBSR/BMUB 2017: 115).

Handlungsfelder

Den genannten Problemlagen können die Städte und Gemeinden im Rahmen des Programms mit einem breiten Kanon von städtebaulichen und sozialorientierten Maßnahmen und Projekten begegnen, die sich verschiedenen inhaltlich-thematischen Handlungsfeldern zuordnen lassen. Vor Ort wird das Programm Soziale Stadt sehr unterschiedlich mit Leben gefüllt. In den Programmgebieten bildet die Analyse der spezifischen Ausgangsbedingungen die Grundlage für die Entwicklung der Projekte und Maßnahmen in den inhaltlich relevanten Handlungsfeldern, die Prioritätensetzung ergibt sich in der Regel aus den Zielsetzungen der integrierten Entwicklungskonzepte – die vier Quartierportraits im nachfolgenden Kapitel veranschaulichen die unterschiedlichen Problemlagen und die Vielfalt der Handlungsansätze. Die Bezeichnungen und Schwerpunkte innerhalb der inhaltlichen-thematischen Handlungsfelder haben sich im Laufe der Jahre verändert – die aktuelle Programmstrategie benennt neun inhaltliche Handlungsfelder.

Die Vielfalt der Handlungsansätze lässt sich allein mit dem städtebaulichen Programm nicht bearbeiten, daher sind die instrumentell strategischen Handlungsansätze – wie unter anderem das integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept, das Quartiersmanagement und die ressortübergreifende Arbeitsweise – eine wesentliche Voraussetzung für

die erfolgreiche Umsetzung der integrierten Quartierskonzepte. Einige Instrumente und Verfahrensinnovationen, wie beispielsweise der Verfügungsfonds oder das Quartiersmanagement, haben mittlerweile auch Eingang in andere Städtebauförderprogramme sowie andere Fachpolitiken gefunden.

Perspektiven

Im Laufe der Jahre hat das Programm Soziale Stadt das Verwaltungshandeln vor Ort geprägt und beeinflusst. Das Programm hat einen erneuten Aufschwung erfahren. Die Erkenntnisse und Empfehlungen der Zwischenevaluierung und vor allem das erneuerte Bekenntnis der Bundes- und Landesebene zu dem ressortübergreifenden integrierten Ansatz des Programms – verbunden mit einer erhöhten Mittelausstattung in den letzten beiden Legislaturperioden – haben eine neue Entwicklungsphase initiiert. Angesichts der gesellschaftlichen und demografischen Herausforderungen in den Städten und Gemeinden wird neben den materiellen Wirkungen und verfahrensbezogenen Verbesserungen die stabilisierende und motivierende Wirkung des Programms generell geschätzt.

Insgesamt wurden mit dem Städtebauförderprogramm Soziale Stadt in den Programmgebieten bauliche Voraussetzungen für die Verbesserung der Lebensbedingungen in Stadtteilen mit besonderen Integrationsanforderungen und besonderem Unterstützungsbedarf geschaffen. Mit Partnerprogrammen, dem Quartiersmanagement sowie den Verfügungsfonds werden Netzwerke aufgebaut, Akteure zusammengebracht, unterschiedliche Bewohnergruppen mobilisiert und damit das Zusammenleben und die soziale Integration in den Quartieren verbessert (BBSR 2018: 8). Gleichzeitig wird aber auch deutlich, dass die Stabilisierungs- und Integrationsanforderungen in vielen Quartieren eine Daueraufgabe sind. Alleine eine städtebauliche Förderung reicht oftmals nicht für eine langfristige Stabilisierung aus. Vielmehr muss die umfassende Verbesserung der Wohn- und Lebensverhältnisse in vielen Quartieren als gemeinschaftliche Daueraufgabe verstanden werden, um einer sich verfestigenden Polarisierung in den Städten entgegenzuwirken und benachteiligte Stadtteile und Quartiere effektiver zu unterstützen.

Programmstrategie

Inhaltliche Handlungsfelder

- Wohnen und Wohnumfeld, öffentlicher Raum
- Zusammenleben und soziale Integration
- Schule und Bildung
- Umweltschutz und Umweltgerechtigkeit, Verkehr
- Gesundheitsförderung
- Stadtteilkultur und Sport
- Lokale Ökonomie
- Sicherheit
- Image und Öffentlichkeitsarbeit

Instrumentell-strategische Handlungsfelder

- Ressortübergreifende Zusammenarbeit und Einbindung weiterer Partner aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft
- Gebietsbezug
- Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept
- Quartiersmanagement
- Aktivierung und Beteiligung
- Verfügungsfonds
- Monitoring und Evaluierung
- Verstetigung





Herausforderungen und Aufgaben

Vier Quartiersportraits

Das Förderprogramm Soziale Stadt widmet sich komplexen Problemlagen auf einem kleinräumigen Maßstab und begegnet städtebaulichen und sozialen Herausforderungen im Quartier. Eine Besonderheit im Rahmen der Städtebauförderung ist der integrierte, fachübergreifende Ansatz mit einem breiten Akteursnetzwerk in der Umsetzung.

Die Soziale Stadt definiert ihre Schwerpunkte über inhaltliche und instrumentell-strategische Handlungsfelder. Beide Typen beziehen sich auf den für das Förderprogramm Soziale Stadt charakteristischen Kanon aus städtebaulich-investiven und sozial(raum)orientierten Maßnahmen.

Das vorliegende Kapitel widmet sich den inhaltlichen Handlungsfeldern: Wohnen und Wohnumfeld, öffentlicher Raum; Zusammenleben und soziale Integration; Schule und Bildung; Umweltschutz und Umweltgerechtigkeit, Verkehr; Gesundheitsförderung; Stadtteilkultur und Sport; Lokale Ökonomie; Sicherheit; Image und Öffentlichkeitsarbeit.

Jedes Förderquartier der Sozialen Stadt hat in Bezug auf die zu bearbeitenden inhaltlichen Handlungsfelder besondere Problemstellungen, eigene Bedarfe sowie landesspezifische oder lokale Rahmenbedingungen in der Förderlogik. Die soziale Polarisierung und die Konzentration von Problemlagen in benachteiligten Quartieren gehören gestern wie heute zu den generellen Herausforderungen und Aufgaben in der integrierten Quartiersentwicklung. In vielen Quartieren bestehen Handlungsbedarfe in allen hier aufgeführten Handlungsfeldern. Sie bleiben häufig auch nach der Ausfinanzierung von Fördergebieten drängende Herausforderungen. Eine Verstetigung der umgesetzten Maßnahmen gelingt nicht immer.

Die Dokumentation fokussiert das Quartier als wichtigen Planungsmaßstab und Fördergegenstand anhand von vier ausgewählten Gebieten. Die sogenannten „Quartiersportraits“ zeigen die Bandbreite der umgesetzten Gesamtmaßnahmen des Förderprogramms in Bezug auf den Quartiersmaßstab (Großstadt, Mittelstadt und Kleinstadt). Zum anderen bilden sie auch die komplexen Problemstellungen, die spezifischen Aufgaben und die Handlungsansätze nach Gebietstypen ab (Arbeiterquartier, Plattenbau- /Großwohnsiedlung, 60er Jahre Wohnsiedlung und Innenstadtquartier).

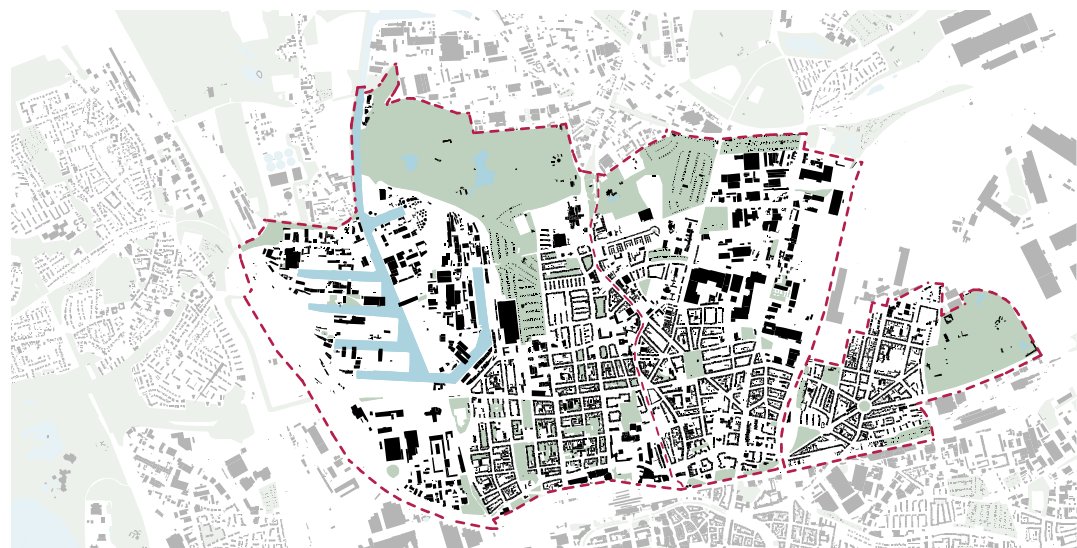


Abb. 07: Schwarzplan mit Verortung des Förderquartiers, M 1:50.000

Ein Pionier der ersten Stunde

Die Dortmunder Nordstadt

Problemlagen und Aufgaben im Gebiet

Ein bekanntes Soziale Stadt-Quartier ist die „Nordstadt“ der nordrhein-westfälischen Großstadt Dortmund. In unmittelbarer Nähe zur prosperierenden Innenstadt gelegen, besteht es aus drei Teilbereichen – Hafen, Nordmarkt und Borsigplatz. Circa 60.000 Einwohnende mit rund 150 Nationalitäten leben hier auf nur 300 ha. Das hochverdichtete, gründerzeitliche Arbeiterquartier charakterisieren zahlreiche, sich überlagernde Problemlagen. Handlungsbedarf zeigt sich in städtebaulichen Missständen, einer im Stadtvergleich erhöhten Leerstandsquote und niedriger Aufenthaltsqualität im Freiraum. Eine der größten Herausforderungen stellt die grundsätzlich doppelt so hohe Arbeitslosigkeit wie in der Gesamtstadt dar. Besonders betroffen sind auch junge Menschen mit Migrationshintergrund. Damit einher gehen nach wie vor eine hohe Armutsquote und ein niedriges durchschnittliches Bildungsniveau.

Die Nordstadt ist dauerhafter Ankunftsort – mit der besonderen Funktionsmischung eines urbanen Lebensumfeldes mit kultureller und sozialer Vielfalt. Durch den hohen Grad an Zuwanderung – vor allem in den 1970er bis 1990er Jahren und seit 2009 vermehrte Armutszuwanderung aus Ländern der jüngsten EU-Osterweiterung – steht die soziale Stadtteilentwicklung zusätzlich vor großen Herausforderungen: besonders aufgrund der häufig wechselnden Bewohnerschaft fehlt es an Stabilität im Quartier. Bereits erreichter Mehrwert der Quartiersarbeit kann nur mit großen Anstrengungen aufrechterhalten werden. Dieser Prozess wird in den letzten Jahren auch begleitet von negativer medialer Berichterstattung, die zusätzlich auf das schlechte Stadtteilimage einwirkt.

Stabilisierung und Verbesserung der Verhältnisse – Ziele und Maßnahmen in den Förderphasen

Ein zentraler Leitgedanke des Förderprogramms Soziale Stadt ist die Stabilisierung und Verbesserung der sozialen, ökonomischen, strukturellen und städtebaulichen Verhältnisse. In der Dortmunder Nordstadt überlagern sich die Handlungsbedarfe auf all diesen Feldern, sodass die

Steckbrief:

- Aufnahme in das Förderprogramm: 1999, Programmende: 2019 (seit 1993 im „Integrierten Handlungsprogramm der Landesregierung Nordrhein-Westfalen für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“)
- Quartiersmanagement seit 2002
- Förderung Bund-Länder-Programm Soziale Stadt: rund 7,6 Millionen Euro Bundesmittel; davon Modellvorhaben: 316.000 Euro
- Zusätzliche Förderung durch Europäische Strukturfonds (URBAN II): 28,8 Millionen Euro
- Gebietstypus: innerstädtische, gemischte Bebauung mit einem hohen Anteil Gründerzeit; heute Ankunfts- und Durchgangsquartier für die Gesamtstadt

Quartiersentwicklung nur über eine integrierte Vorgehensweise zu gestalten ist. Die Entwicklung der Nordstadt baute maßgeblich auf dem ersten integrierten Handlungskonzept (IHK) auf, das im Jahr 1996 erstellt wurde. Die Zielsetzungen sollten die bereits in den Jahren zuvor durchgeführten, überwiegend städtebaulichen Verbesserungen absichern und weiterhin erforderliche Maßnahmen fortentwickeln. Einzelne Projekte aus dem sozioökonomischen Bereich wurden in dieser Zeitspanne über die EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN II gefördert. Hierzu zählte auch das 2002 eingerichtete Quartiersmanagement.

Soziale Stadt als baulich-investives Programm

Die Programmatik „Lebenswerte Nordstadt“ fasste im Jahr 2010 mit dem Ziel der Verstetigung der bereits erreichten Ergebnisse aus dem ersten IHK und der Erstellung einer Strategie zur Bearbeitung aktueller Problemlagen verschiedene Aktivitäten der Kommune zusammen und schob die soziale Stadtteilentwicklung nochmals intensiv an. So konnte an die Erfolge der URBAN II Strategie zur Stabilisierung der bisher erzielten Erfolge angeknüpft werden. Dabei wurde an den zwei auch vor dem Konzept bearbeiteten inhaltlichen Handlungsfeldern Wohnen und Arbeiten sowie soziale und ethnische Integration festgehalten. Ziele waren unter anderem die Profilierung und Standortaufwertung, die Verbesserung des öffentlichen Raums, des Wohnumfeldes und der Erschließung sowie die sich daraus ableitenden Möglichkeiten zur Image- und Standortförderung. Die Fortschreibung des Konzeptes setzte ab 2015 wiederum eigene Schwerpunkte, unter anderem die Aufwertung von (Problem-) Immobilien, wie auch größere Investitionen im Stadthafen und im Hoeschpark. Viele Partner, wie beispielsweise die ansässigen Wohnungsunternehmen, arbeiten dabei mit der Stadt Dortmund eng zusammen. Durch die Förderung der Sozialen Stadt konnte die partielle Aufwertung von Freiflächen – vor allem im Hinblick auf die Verbesserung der Aufenthaltsqualität und des Sicherheitsgefühls – sowie eine zielgruppenspezifische Erweiterung von Aufenthaltsbereichen realisiert werden.

Soziale Stadt als Motor der integrierten Stadtteilentwicklung

Mit dem Ziel des Interessenausgleichs in der heterogenen Bewohnerschaft mit über 150 Nationalitäten wurden die baulich-investiven

Maßnahmen mit Förderungen der Bewohneraktivierung und -beteiligung verbunden. Dazu wurden und werden laufend Vertretende aus Politik, Verwaltung, Polizei sowie Bewohnerinnen und Bewohner und zentrale Akteure im Stadtteil intensiv vernetzt und die Zusammenarbeit untereinander gefördert. Um diese Vernetzung in dem von Instabilität gezeichneten Stadtteil dauerhaft zu gewährleisten, kümmert sich ein Team aus Quartiersmanagerinnen und -managern mit Sitz in jedem der drei Teilbereiche aktiv um die Kommunikation und bringt die unterschiedlichen Partner und Akteure wie z. B. Bewohnerschaft, Eigentümerschaft, Polizei (Sicherheitsfragen), Feuerwehr, Ordnungsamt, Soziale Träger in verschiedenen Kontexten (Eigentümerforen, nachbarschaftliche Austausch etc.) zusammen. Ergänzend unterstützt das sogenannte Immobilienteam des Quartiersmanagements private Immobilieneigentümer, fördert kooperative Immobilienentwicklungen und berät in Sanierungsfragen.

In Kombination mit der Initiative „Starke Quartiere – starke Menschen“, die die Strukturfondsmittel des Landes NRW bündelt, wurden in der Dortmunder Nordstadt auch Problemlagen im Bereich der Lokalen Ökonomie, Beschäftigung und Bildung in Angriff genommen. Zu nennen sind hier Maßnahmen zur Unterstützung von „Existenzfestigungen“ ebenso wie intensive Beratung von jungen Menschen in multiplen Problemlagen.

Die Soziale Stadt ist der wichtigste Motor der Akteursvernetzung auf allen Ebenen und gilt als unverzichtbarer Teil des „Integrationsinkubators“ Nordstadt (O-Ton Stadt Dortmund). Nur mit dem über das Programm geschaffenen Netzwerk konnten passgenaue Problemlösungsstrategien für das Quartier erarbeitet werden. Gemeinsam mit den baulich-investiven Maßnahmen bildet dieser Dreiklang aus Vernetzung, Entwicklungsstrategie und Investition den Mehrwert der Förderung durch die Soziale Stadt.

Kein Förderprogramm kann alle Bedarfe eines so heterogenen und anspruchsvollen Quartiers abdecken. Deshalb wird über die Neuauflage des IHK der Nordstadt, die nach wie vor in gleichem Maße von der Zuwanderung betroffen ist, ein erneuter Förderzugang eröffnet.



Abb. 08: Uta Wittig-Flick

Trotz der Umsetzung nachhaltiger Maßnahmen sind, durch wechselnde Herausforderungen an den Ankunftsstadtteil, stetig neue Strategien zu entwickeln. Geprägt durch die hohe Bewohnerfluktuation sind die Zugezogenen immer wieder neu zu integrieren. Andere Fördergebiete werden nach intensiver Unterstützung aus der Förderung entlassen, der „Integrationsinkubator“ Dortmund Nordstadt benötigt auch weiterhin Unterstützung.

Vorrangiges Ziel des Programms „Soziale Stadt“ ist es, den Stadtteil weiter zu stabilisieren und aufzuwerten. Die herausragenden Investitionen, wie die Hafenenwicklung im Westen, die Ertüchtigung des Hoeschparks zum Integrations-, Sport- und Freizeitpark im Osten und der restriktive Umgang mit Problemimmobilien, setzen deutliche Signale, die sich in Folgeinvestitionen von Investoren und Eigentümern zeigen.

Grundsätzlich führen diese Handlungsweisen nur dann zum Ergebnis, wenn alle Akteure, Politik und Verwaltung ein gemeinsames Ziel fokussieren. Durch eine derart vertrauensvolle Zusammenarbeit kann erfolgreiches Handeln gelingen

Uta Wittig-Flick, Amt für Stadterneuerung, Programmleitung „Soziale Stadt Dortmund Nordstadt“



Abb. 09: Martin Gansau

Für die Erfolge der Sozialen Stadt in der Nordstadt ist die Entwicklung des Nordmarktes beispielhaft. In den 90er Jahren war der zentrale Platz in der Nordstadt mit sehr viel Negativem belegt: vom Erscheinungsbild des Umfeldes bis hin zur Problematik der Nutzergruppen. Man mied diesen Ort.

Das alles hat sich grundlegend verbessert. In entscheidendem Maße haben die Menschen aus dem Umfeld daran mitgewirkt. Viele haben sich in Maßnahmen qualifiziert und ihre Langzeitarbeitslosigkeit überwunden. Alteingesessene und neu hinzugezogene Bewohner/innen leben gern in den gründerzeitlichen Häusern, die zum Teil sehr liebevoll und zeitgemäß saniert wurden.

Der Nordmarkt ist ein beliebter Aufenthaltsort für Familien. Er bietet viel Stadteilkultur und trendige Gastronomie. All das ist Erfolg einer vorbildlichen Mitwirkung und Zusammenarbeit aller Beteiligten. Das sorgt dafür, dass Menschen aus rund 150 unterschiedlichen Herkunftsländern hier nun gut miteinander auskommen.

Martin Gansau, Stadteilschule e.V., Büroleiter Quartiersmanagement Nordstadt



Abb. 10: Freundeskreis Fredenbaumpark e.V. – einer von vielen wichtigen Akteuren der Nordstadt



Abb. 11: Logo der Dortmunder Nordstadt



Abb. 12: Fassadengestaltung und -beleuchtung Bornstraße



Abb. 13: Elterncafés der Nordstadt Grundschulen

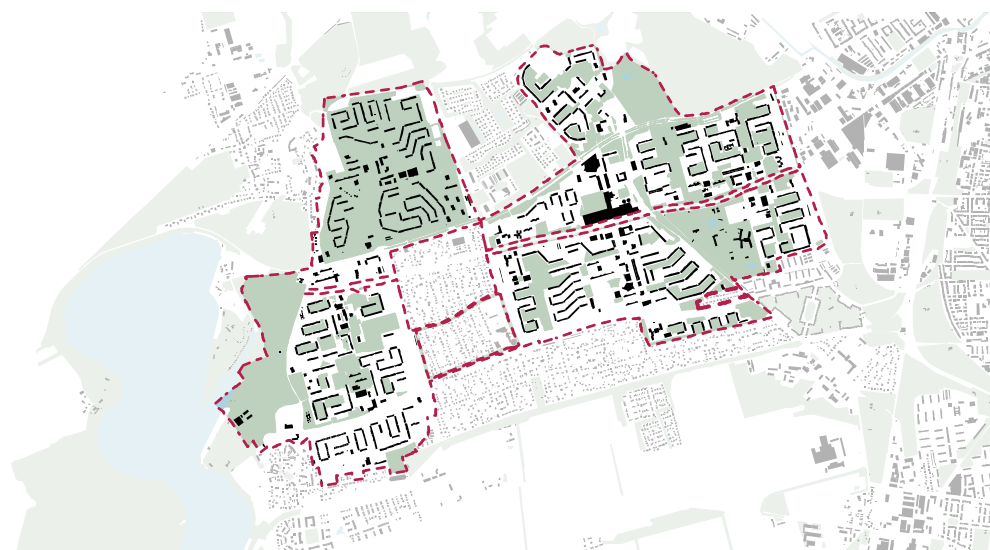


Abb. 14: Schwarzplan mit Verortung des Förderquartiers, M 1:50.000

Plattenbausiedlung mit vielen Bedarfen

Die Großwohnsiedlung Leipzig Grünau

Problemlagen und Aufgaben im Gebiet

Grünau, das größte Plattenbaugebiet Sachsens, wurde zwischen 1976 und 1987 am westlichen Stadtrand Leipzigs errichtet. Die Großwohnsiedlung ist ein gutes Beispiel für eine Entwicklung, die viele Stadtteile nach der politischen Wende 1989 ereilte. Abwanderung, daraus resultierender Wohnungsleerstand und städtebauliche Missstände durch nicht erfolgte Sanierungen, zum Beispiel bei Fassaden, waren die Folgen. Auch (soziale) Infrastruktureinrichtungen litten unter der Abwanderung, deren Angebote waren stark rückläufig. Heute besteht die Großwohnsiedlung aus insgesamt sieben in industrieller Plattenbauweise errichteten Wohnkomplexen, wird aber auch durch kleinere Einfamilienhausgebiete ergänzt.

Die städtebauliche Entwicklung des Quartiers war in den 1990er Jahren maßgeblich von Rückbau geprägt. Bis 2010 wurde die Zahl der Wohnungen von insgesamt 38.000 auf rund 30.000 Wohneinheiten reduziert.

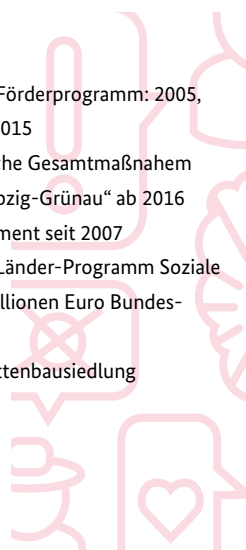
Heute leben noch circa 43.000 der ehemals 85.000 Einwohnenden im Gebiet. Auch die Folgen des demographischen Wandels waren eine zusätzliche Herausforderung für den Stadtteil: ein hohes durchschnittliches Alter führt zusätzlich zu einem negativen natürlichen Bevölkerungssaldo. Die Gesamtstadt Leipzig hingegen boomt und verzeichnet einen der stärksten Bevölkerungszuwächse bundesweit. Erst seit 2012 zeichnet sich auch in Grünau ein Wachstum ab, auch wenn es hinter dem Wachstum der Gesamtstadt deutlich zurückbleibt. Im Vergleich zur Gesamtstadt steigt die Anzahl der Bewohnenden mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich stark, auch durch die zunehmende Unterbringung von Geflüchteten in leerstehenden Wohnungen des Quartiers. Die Integrationsaufgaben gewinnen in Grünau stark an Bedeutung.

Quartiere transformieren – durch kombinierte Städtebauförderung zur Trendumkehr

Um den massiven baulichen und städtebaulichen Problemlagen zu begegnen, wurden in Grünau Förderungen mit unterschiedlichen

Steckbrief:

- Aufnahme in das Förderprogramm: 2005, Programmende: 2015
- Neue städtebauliche Gesamtmaßnahmen „Soziale Stadt Leipzig-Grünau“ ab 2016
- Quartiersmanagement seit 2007
- Förderung Bund-Länder-Programm Soziale Stadt: rund 3,1 Millionen Euro Bundesmittel
- Gebietstypus: Plattenbausiedlung



Schwerpunktsetzungen kombiniert. Bevor der Stadtteil im Jahr 2005 in das Förderprogramm Soziale Stadt aufgenommen wurde, wurden über das Programm „Weiterentwicklung großer Neubaugebiete“ zwischen 1993 und 2005 vor allem Grün- und Freiflächen neugestaltet, die soziale Infrastruktur wieder ausgebaut und das Quartierszentrum gestärkt.

Streckenweise wurde parallel über das Landesrückbauprogramm und das Städtebauförderprogramm „Stadtumbau Ost“ zwischen 2001 und 2010 eine Anpassung des Wohnungsangebotes unterstützt. Rückbau und die räumliche Konzentration der Bewohnerinnen und Bewohner sowie der Infrastrukturen waren in dieser Dekade das Credo. Im Zuge des Stadtumbau Ost (Programmteil Aufwertung) konnten zwischen 2003 und 2006 auch Schulsanierungen vorgenommen werden. Über die „Entwicklungsstrategie Grünau 2020“ aus dem Jahr 2007, die als Grundlage für die Maßnahmen erarbeitet wurde, sollte vor allem der ansässigen Bevölkerung wieder ein positives Bild der anstehenden Quartiersentwicklung vermittelt werden – die Stadt sprach nun von kreativer Aufwertung statt Rückbau.

Das weiterentwickelte Stadtteilentwicklungskonzept „STEK 2030“, das 2018 beschlossen wurde, beinhaltet Schwerpunkte in den Bereichen Wohnen, Nachhaltigkeit und Infrastruktur. Auch über zahlreiche nicht-investive Maßnahmen soll sich Grünau zu einem durchmischten, attraktiven und dynamischen Stadtteil entwickeln.

Investive und nicht-investive Maßnahmen – Lebensqualität nach Grünau (zurück) bringen

Im Jahr 2005 wurde Grünau in das Programm Soziale Stadt aufgenommen – zehn Jahre später lief die Förderung aus. Während der Programmlaufzeit wurden neben der zielgruppenspezifischen Anpassung des Wohnungsangebotes vor allem die Handlungsfelder „Freiraum und Mobilität“, „Bildung, Betreuung und Kultur“ sowie das Feld „Gebietsbegleitung und Bürgerbeteiligung“ bearbeitet. Investive und nicht-investive Maßnahmen wurden in Grünau für eine integrierte Quartiersentwicklung kombiniert. Der Ausbau qualifizierter Grünflächen, die Erneuerung von Spielplätzen sowie die Sanierung von Bildungs- und Begegnungsstätten

wurde erst durch die Soziale Stadt ermöglicht. Im Bereich der investitionsbegleitenden Maßnahmen sind die Installierung eines Quartiersmanagements, eines Stadtumbaumanagements sowie die Unterstützung und Etablierung eines überregional bekannten Kulturfestivals zu nennen. Das Quartiersmanagement wird heute durch das Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung der Stadt Leipzig getragen und wurde damit verstetigt.

Seit 2007 existiert das Quartiersmanagement mit dem Schwerpunkt der Netzwerkarbeit unter starker Einbindung der Bewohnerschaft und der Bündelung von stadtteiligen Ressourcen. Seit Beginn der Förderung agiert im Stadtteil auch ein Quartiersrat als zentrales Beteiligungsinstrument. Er setzt sich aus elf Bürgersitzen sowie zehn Mandaten zusammen, die von Vertreterinnen und Vertretern aus den Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit, Kultur, Bildung, der lokalen Ökonomie, Wohnungsunternehmen und Kirchen besetzt werden. Der Rat gibt Empfehlungen in Quartiersentwicklungsfragen – vor allem hinsichtlich Projektfinanzierungen – bündelt die Aktivitäten und Akteure und fungiert als Ansprechpartner sowohl innerhalb des Quartiers als auch nach „außen“ zu Stadtverwaltung und Politik. Außerdem entscheidet der Quartiersrat gemeinsam mit dem Quartiersmanagement über Förderanträge an den Verfügungsfonds. Über den Fonds konnten bereits zahlreiche soziale Projekte verwirklicht werden, wie ein Kita-Lerngarten, Angebote für Seniorinnen und Senioren oder Theaterprojekte für Jugendliche. Insbesondere werden so die Handlungsfelder Bildung und Gesundheit, aber vor allem auch die Stadteilkultur gefördert.

Grünau ist Leipzigs größte Wohnsiedlung. Ein Ort der fortwährenden Transformation mit immer neuen Problemlagen und Handlungsfeldern. Diesen sich wandelnden, zahlreichen und meist kostenintensiven Herausforderungen konnte und kann das Quartier nur mit einer Mittelbündelung und starkem Engagement der Bewohnerschaft begegnen. Grünau hat durch die spürbaren Verbesserungen in der Wohn- und Lebensqualität, die durch die Soziale Stadt ermöglicht wurden, zukünftig das große Potenzial, nach Leerstand, Rückbau und Abwärtsspirale die Transformation in ein Gebiet mit attraktiver Zukunft erfolgreich zu schaffen.



Abb. 15: Dorothee Dubrau

Seit 1990 gab es große städtebauliche sowie soziale Veränderungen in der Großwohnsiedlung Grünau. Zwischen 1990 und 2011 verringerte sich die Zahl der Einwohner von 84.800 auf 39.703, d.h. um 53%. Die Folgen waren ein hoher Leerstand und der Abriss von ca. 8.000 Wohnungen. Seit 2012 steigt die Zahl der Einwohner wieder, woraus sich neue Aufgaben und Herausforderungen für den Stadtteil ergeben. Es muss nicht nur auf die sozialen, demografischen und wirtschaftlichen Veränderungen, sondern auch auf die Anforderungen an die Infrastruktur reagiert werden. Durch Rückbaumaßnahmen bestand die Chance zur Entdichtung und zur Schaffung neuer Freiraumstrukturen. Seit 2005 wird diese Entwicklung Grünaus durch den Einsatz des Programms Soziale Stadt begleitet. Neben dem Umbau einer Umformerstation zu einer Skatehalle, dem Um- und Neubau des Theatriums, der Gestaltung von Schulhöfen, der Sanierung der Gebäude sowie der Errichtung einer Freiluftfitnessanlage uvm. wurde auch ein Quartiersmanagement beauftragt. Das Programm Soziale Stadt ist in seiner Vielfalt sehr gut geeignet, um auf die Anforderungen benachteiligter Gebiete reagieren zu können.

Dorothee Dubrau, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Stadtentwicklung und Bau der Stadt Leipzig



Abb. 16: Antje Kowski

Besondere Bedeutung für ein Gebiet hat eine gesunde soziale Durchmischung und das immer wieder neu zu organisierende Zusammenleben unterschiedlicher Bewohnergruppen. Dabei geht es nicht nur um Themen der Migration, sondern auch um soziale Fragen zwischen Jung und Alt, Arm und Reich oder kinderreichen und kinderarmen Familien. Sei es auf Grund persönlicher oder gesellschaftlicher Umstände, die Menschen zu Wegzug oder Zuzug bewegen, so können städtebauliche Maßnahmen wie die des Programms „Soziale Stadt“ dazu beitragen, diese Durchmischung zu erhalten und die Grundlage für ein respektvolles Miteinander zu schaffen. In Grünau wurden z.B. durch die gezielte Ansiedlung von Bildungs- und Freizeiteinrichtungen in einem Gebiet mit hoher Überalterung Brücken zwischen den Generationen geschlagen, die inzwischen in zahlreichen Mehrgenerationen- und interkulturellen Projekten münden und verschiedenste Alters- und Sozialgruppen zusammenführen. Ohne derartige Maßnahmen bestünde die Gefahr von Ausgrenzung und letztendlich Stigmatisierung von Menschen und Gebieten, die nur schwer wieder korrigierbar wären.

Antje Kowski, Stadtteilmoderatorin Leipzig-Grünau



Abb. 17: Gemeinschaftsgarten im Quartier – Treffpunkt für Jung und Alt



Abb. 18: Der geförderte Gemeinschaftsgarten vor Grünauer Zeilenbauten



Abb. 19: Kletterfelsen in Grünau



Abb. 20: Schwarzplan mit Verortung des Förderquartiers, M 1:25.000

Die Soziale Stadt im homogenen Wohnumfeld

Die 1960er Jahre Siedlung „Am Bergsteig“ in Amberg

Problemlagen und Aufgaben im Gebiet

Um den Handlungsbedarf in dem im Südosten der bayerischen Mittelstadt gelegenen Gebiet zu verstehen, muss man sich die noch recht junge Geschichte der 1950/60er Jahre Siedlung anschauen. Die hier schnell und kostengünstig errichteten Baracken für Geflüchtete und Vertriebene des Zweiten Weltkriegs wurden ab Mitte der 50er Jahre für den Bau der ersten Wohnblocks durch den Bund abgerissen. Erst nach und nach kamen einzelne Infrastruktureinrichtungen hinzu. Lange fehlten zentrale Versorgungseinrichtungen. Von Beginn an ist die Siedlung ein Ort der Zuwanderung, Veränderung und fehlenden Identität. Die stadträumlich isolierte Lage – bedingt durch die Lage des Stadtteils zwischen Bahntrasse, Bundesstraße, Kaserne und industriell genutzten Flächen und die nicht vorhandene öffentliche Verkehrsanbindung – trug zusätzlich dazu bei, dass sich das Quartier nicht in gewünschtem Maße entwickelte. Ein Symptom dafür ist auch die „Glasmacherkathedrale“, entworfen von

Walter Gropius. Obwohl ein Großteil der damals 3.500 Einwohnenden des Quartiers im Glaswerk arbeitete, trug der unter Denkmalschutz stehende, beeindruckende Bau bis heute nicht zur Identitätsstiftung im und für das Quartier bei (Stadt Amberg 2012: 6).

Das Gebiet „Am Bergsteig“ wurde 1999 in das Förderprogramm Soziale Stadt aufgenommen. Zu diesem Zeitpunkt waren die rund 630 bundeseigenen Wohneinheiten in einem sehr schlechten Zustand. Da der Bund die Sanierungen nicht selbst vornahm, kaufte die stadteigene Tochterfirma Stadtbau Amberg GmbH 2001 den Bestand vom Bund, um eine Entwicklung des Quartiers in Eigenregie anstoßen zu können. Basierend auf dem mangelhaften Sanierungszustand sorgten niedrige Mietpreise für den Zuzug vieler einkommensschwacher Mieterinnen und Mieter an den Bergsteig. Eine hohe Arbeitslosenquote und „Sozialhilfedicke“ gingen damit einher. Der Bergsteig wurde in der Stadt Amberg und darüber hinaus als sozialer Brennpunkt stigmatisiert. Vor diesem Hintergrund eignete sich das Programm Soziale Stadt passgenau für die Entwicklung des Quartiers.

Steckbrief:

- Aufnahme in das Förderprogramm: 1999, Programmende: 2010
- Quartiersmanagement: seit 2000
- Förderung Bund-Länder-Programm Soziale Stadt: rund 4,8 Millionen Euro Bundesmittel
- Investitionsvolumen Stadtbau Amberg GmbH: 6,5 Millionen Euro
- Zusätzliche Förderung über ESF-Förderprogramm „LOS - Lokales Kapital für Soziale Zwecke“ des BMFSFJ: 340.000 Euro
- Gebietstypus: 50er Jahre Siedlung

Durch einen integrierten Prozess zu wirkungsvollen Maßnahmen

Der Verkauf der bundeseigenen, unsanierten Wohneinheiten an die städtische Wohnungsbaugesellschaft und die Aufnahme in das Förderprogramm Soziale Stadt ebnete den Weg für die integrierte Quartiersentwicklung. Dazu wandte die Stadt Amberg ein gestuftes Verfahren zur Verbesserung des Wohnquartiers an. Eine Bewohnerumfrage sowie eine Sozialraumstudie im Beitrittsjahr lieferten die Grundlage für eine sozialräumliche Beurteilung des Quartiers – eine städtebauliche Voruntersuchung bezog sich auf die baulich-räumliche Situation. Die Ergebnisse der drei Erhebungen wurden in einem integrierten Handlungskonzept zusammengeführt. Zusätzlich wurde im Jahr 2003 ein städtebaulicher Ideenwettbewerb als Grundlage für den Bebauungsplan „Am Bergsteig Mitte“ ausgelobt. Die Umsetzung des Gewinnerentwurfs wurde als Zielzustand vorgegeben. Daraus ergaben sich folgende Sanierungsziele: die Neugestaltung des gesamten Planungsgebietes, auch durch erhebliche Abriss- und Modernisierungsmaßnahmen sowie die Schaffung von neuem, zielgruppenspezifischen Wohnraum. Zur Umsetzung des städtebaulichen Entwurfs gehörte auch die Sanierung des erhaltenswerten Altbestandes. Die Herausforderung war eine kostengünstige Sanierungsstrategie, um die weitere Abwanderung einkommensschwacher Haushalte einzudämmen. Zusätzlich wurden auf den durch Rückbau frei gewordenen Flächen Reiheneigenheime durch die Stadtbau Amberg GmbH entwickelt, die junge Familien anlocken und somit der Überalterung des Quartiers entgegenwirken, aber auch die soziale Durchmischung der Bewohnerschaft unterstützen sollten. Die Grundstücke wurden den Käuferinnen und Käufern in Erbpacht zur Verfügung gestellt.

In dem Handlungsfeld Umwelt und Verkehr der Sozialen Stadt wurden auch größere Infrastrukturprojekte angestoßen. Dazu gehörten der Aus- und Umbau von Straßen zur Verbesserung der Erschließung innerhalb und des Anschlusses des Stadtteils an die Gesamtstadt. Zu diesem Zweck wurden durch die Stadt auch Flächen von privaten Eigentümerinnen und Eigentümern erworben und entwickelt. Auch die Sanierung der Grün- und Freiflächen konnte in Angriff genommen, aus Sicherheitsgründen gesperrte Kinderspielflächen instandgesetzt und zuvor nichtexistierende Freizeitanlagen angelegt werden.

Die Bedeutung des Quartiersmanagements für die Quartiersentwicklung

Mit dem „Stadtteilbüro am Bergsteig Amberg“ zog die zentrale Stelle der Aktivierung und Beteiligung der Anwohnerinnen und Anwohner ins Zentrum des Quartiers. Die Handlungsfelder soziale Aktivitäten und soziale Infrastruktur, das Zusammenleben unterschiedlicher sozialer und ethnischer Gruppen, Stadtteilkultur sowie Imageverbesserung, Öffentlichkeitsarbeit und Beschäftigung (die räumliche Verknüpfung von Arbeiten und Wohnen) wurden hier gebündelt und mit dem Ziel der Imageförderung und Identifikationsstärkung im Quartier bearbeitet. Zahlreiche kulturelle Aktionen sollten eine neue Sichtweise auf den Stadtteil erwirken. Dazu wurden alle zentralen Akteure – Kirchen, Vereine, Schulen, Bewohnerschaft, aber auch Politik und Verwaltung – über das Quartiersmanagement zusammengebracht. Die aufgeführten Maßnahmen zielten auf die Entwicklung ab, dass die Anwohnerinnen und Anwohner laut einer späteren Bewohnerbefragung (wieder) gern am Bergsteig leben und das Gebiet heute – auch über die Quartiersgrenzen hinaus – als grünes, gut gelegenes Viertel anerkannt ist.

Zahlreiche Maßnahmen aus dem Handlungsfeld Bildung wurden über das ESF-Förderprogramm „LOS – Lokales Kapital für Soziale Zwecke“ gefördert mit den Zielen der Reduzierung der Arbeitslosenquote, berufsbegleitender Qualifizierungen, aber auch der Aktivierung der Eigeninitiative und Vernetzung der Akteure vor Ort. Die Einrichtung des Stadtteilbüros und das darüber entstandene Netzwerk werden auch heute sowohl von Bewohnerinnen und Bewohnern als auch von den Akteuren selbst als wichtigster Beitrag für die Kontinuität der Arbeit vor Ort bewertet. 2010 beschloss der Stadtrat den Ausstieg aus dem Programm Soziale Stadt. Seitdem arbeitet der Quartiersmanager ehrenamtlich, die Unterstützung durch eine Mitarbeiterin der Stadt Amberg in verwaltungstechnischen Angelegenheiten gibt es mittlerweile nicht mehr. Aktuell baut die Stadt wieder am Bergsteig und investiert weiterhin in die städtebauliche Aufwertung. Die Verstetigung der Verbesserungen im sozialen Bereich und im Miteinander wird weiterhin auch in Amberg eine Herausforderung bleiben.



Abb. 21: Dr. Hans Reichhart

Ein Quartiersmanagement bündelt die Stadterneuerungsmaßnahmen, initiiert und unterstützt bewohnergetragene Stadtteilprojekte, sorgt für Bürgerbeteiligung und bildet die Schnittstelle zwischen Bewohnerschaft und Verwaltung. Kurzum: beim Quartiersmanager laufen die Fäden zusammen.

Am Beispiel von Amberg sehen wir, welchen wichtigen Beitrag das Quartiersmanagement für das Gelingen der Städtebauförderungsmaßnahmen in der Sozialen Stadt leistet. All das funktioniert aber nur, wenn sich aktive Menschen mit Begeisterung und Herzblut einbringen. Darum möchte ich allen danken, die sich in der Sozialen Stadt engagieren, allen ehrenamtlich Tätigen, aber vor allem unseren Quartiersmanagerinnen und Quartiersmanagern.

Der Erfolg des Quartiersmanagements am Bergsteig zeigt sich nicht zuletzt darin, dass dieses auch nach Abschluss der Fördertätigkeiten fortgeführt wurde. Denn das ist ein weiterer Kerngedanke der Sozialen Stadt: die Verstetigung des Engagements und die langfristige Aufrechterhaltung hilfreicher Angebote.

Dr. Hans Reichhart, Bayerischer Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr



Abb. 22: Carsten-Armin Jakimowicz

Mit dem Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ fand sich für den Amberger Stadtteil Bergsteig erstmalig eine geeignete Form eines interdisziplinären Handelns im Hinblick auf eine nachvollziehbare und umsetzbare Weiterentwicklung des Stadtteils. Durch das Programm gab es sowohl Instrumentarium als auch Finanzmittel, um eine integrierte und interdisziplinäre Entwicklung des Stadtteils angehen zu können. Für die Bewohnerschaft vor Ort waren oft kleine, niederschwellige Lösungen, Angebote und Veranstaltungen wichtig, durch die eine hohe Akzeptanz und die Bereitschaft zum Mitwirken und zum bürgerschaftlichen Engagement im Stadtteil und für den Stadtteil resultierten. Von Anfang an wirkte hierbei als wichtigster Dreh- und Angelpunkt, als Ideengeber und Motor und bisweilen auch Anwalt der Bürger und „Wächter“ der Gemeinwesenorientiertheit aller Maßnahmen das Quartiersmanagement mit seinem „Stadtteilbüro am Bergsteig Amberg (SamBA)“. In der Retrospektive bleibt anzumerken, dass es für die Nachhaltigkeit der Anliegen der Sozialen Stadt ganz wesentlich ist, dass von Anfang an Ziele und Maßnahmen entwickelt und vorbereitet werden, die eine Verstetigung des Erreichten im Blick haben. Die Beplanung des weiteren Engagements der Kommune innerhalb des Fördergebietes in Art, Umfang sowie personeller und finanzieller Ausstattung nach Beendigung der Förderphase sollte ein wesentlicher Aspekt der Programmdurchführung sein, die nicht erst gegen Ende der Förderphase bearbeitet werden sollte.

Carsten-Armin Jakimowicz, Stadtteilmanager, 1. Vorsitzender Bürgerverein am Bergsteig e.V.



Abb. 23: Der vormalig leerstehende Getränkemarkt wurde durch ESF-Mittel und gemeinsam mit arbeitslosen Bewohnern des Quartiers zum Bürgertreff am Bergsteig „La BamBA“ umgebaut



Abb. 24: Brunnenfest am Seelöwenbrunnen. Die Anlage wurde mit Mitteln der Sozialen Stadt saniert



Abb. 25: Der Bürgertreff „La BamBA“ im Claudiweg 52 am Tag der Einweihung 2006



Abb. 26: Die Bewohner gestalteten Plakatwände für das Stadtteilfest „Bergsteig-Kirwa“

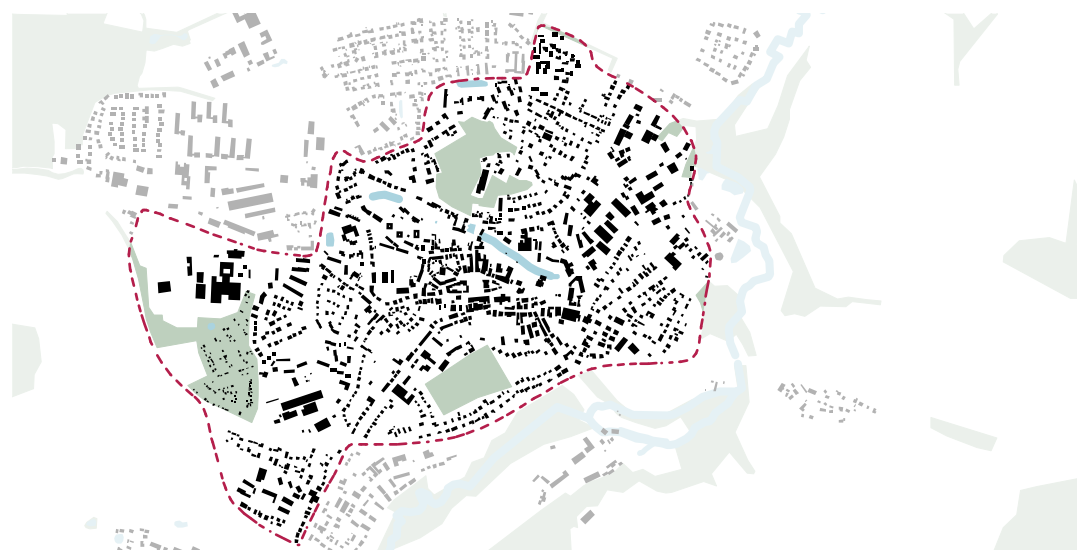


Abb. 27: Schwarzplan mit Verortung des Förderquartiers, M 1:25.000

Fokus auf der Gesamtstadt

Die Kleinstadt Lütjenburg, Gildenplatz/ Kieler Straße

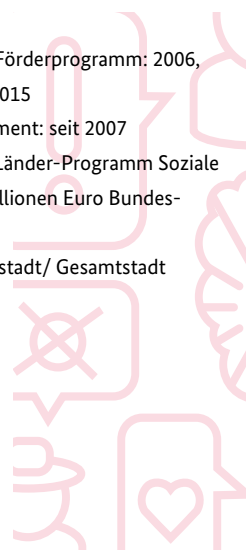
Problemlagen und Aufgaben im Gebiet

Die Kleinstadt Lütjenburg (Schleswig-Holstein) – ein idyllischer Luftkurort östlich von Kiel – ist vom Tourismus und der Vergangenheit als Bundeswehrstandort geprägt. Die über 800 Jahre alte Stadt zeichnet sich durch eine ortsspezifische Baukultur mit einem besonders geschlossenen Kleinstadtbild mit rotem Sichtmauerwerk und Fachwerk aus. Bereits seit 1991 besteht zum Schutz des markanten Erscheinungsbildes der Kleinstadt eine Gestaltungssatzung, die bis heute Gültigkeit hat. Sie soll vor allem die historisch gewachsene Grundstücksstruktur (schmale, lange Zuschnitte) und die geschlossene Straßen- und Platzrandstruktur mit deutlich ablesbaren Einzelbaukörpern erhalten.

Das heute rund 5.000 Einwohnende starke Unterzentrum war lange Garnisonsstadt, bis die Bundeswehr 2012 die Schill-Kasernen im Zuge der Bundeswehrreform verließ und die Stadt zusätzlich vor

Steckbrief:

- Aufnahme in das Förderprogramm: 2006, Programmende: 2015
- Quartiersmanagement: seit 2007
- Förderung Bund-Länder-Programm Soziale Stadt: rund 7,5 Millionen Euro Bundesmittel
- Gebietstyp: Innenstadt/ Gesamtstadt



Herausforderungen in der Stadtentwicklung, aber auch im Bereich der sozialen Infrastruktur stellte.

Im Jahr 2006 wurde das Sanierungsgebiet „Erweiterte Innenstadt – Gildenplatz/Kieler Straße“ in das Förderprogramm Soziale Stadt aufgenommen. Das verhältnismäßig kleine Gebiet grenzt unmittelbar an die touristisch frequentierte Innenstadt. Dieser Teil der Kleinstadt zeichnete sich gegenüber dem baukulturell hochwertigen Ortskern durch teils vernachlässigte Bausubstanz und eine damit zusammenhängende niedrige Wohnqualität aus. Zum Zeitpunkt der Aufnahme in das Förderprogramm gab es sowohl im Gebäudebestand als auch im öffentlichen Raum hohen Sanierungs- und Modernisierungsbedarf. Außerdem war eine räumliche Konzentration sozialer Problemlagen in diesen Wohnlagen mit überwiegend Mietgeschosswohnungen festzustellen. Eine deutlich über dem Landesdurchschnitt liegende Arbeitslosigkeit, besonders bei den unter 25-Jährigen, bedingte hier einen hohen Anteil an Transferleistungsempfängerinnen und -empfängern. Auch durch die Konzentration niedriger Einkommen kam es zu verbreiteter Armut unter Kindern und

Jugendlichen im Gebiet. Das Fehlen von Kultureinrichtungen und Begegnungsmöglichkeiten für Anwohnerinnen und Anwohner zwang die Stadt außerdem, auf entstehende Abwanderungs- und Leerstandstendenzen – auch in gewerblich genutzten Einheiten – zu reagieren.

Von der übergeordneten Strategie...

Die Stabilisierung der Bewohnerstruktur, die Erweiterung der vorhandenen Qualifizierungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten sowie die Verbesserung des Wohnumfeldes mit einer attraktiven Freiraumgestaltung hatte sich Lütjenburg bei der Aufnahme in das Förderprogramm als Zielmarken gesetzt. Im Rahmen des 2008 erstellten und 2011 fortgeschriebenen integrierten Entwicklungskonzepts (hier: IEK) wurden in einem umfangreichen partizipativen Prozess mit verschiedenen Befragungen von Anwohnerinnen, Anwohnern und Gewerbetreibenden sowie durch Workshopformate drei Leitziele identifiziert. Diese bezogen sich übergreifend auf fünf inhaltliche Handlungsfelder der Sozialen Stadt – Bildung, Bürgermitwirkung, Familie, Wohn- und Lebensqualität sowie soziale und kulturelle Infrastruktur. Aus den bestehenden Problemlagen heraus wurde als erstes Leitziel die Verbesserung der Perspektiven für Jugendliche und Arbeitssuchende festgehalten. Die Verbesserung der Familienfreundlichkeit sowie der Wohn- und Lebensbedingungen wurde im IEK als Ziel der Sozialen Stadt ebenso verankert wie die Stärkung der Rahmenbedingungen für die lokale Ökonomie. Über eine städtebauliche Neuordnung sollte die Attraktivität für den Einzelhandel gesteigert und die räumliche Anbindung an den zentral gelegenen Markt und somit an andere Stadtteile verbessert werden.

... in die Praxis

Um die ambitionierten Vorhaben und Zielvorstellungen zu erreichen, arbeitete ein breit aufgestelltes Akteursnetzwerk an der Umsetzung. Im Jahr 2007 wurde das Quartiersmanagement für die Koordination und Vermittlung eingesetzt. Das Quartiersmanagement zog in das Erdgeschoss des Rathauses ein und dient bis heute als Anlauf- und Beratungsstelle. So konnte erstmals ein zentraler Anlaufpunkt im Quartier installiert werden. Innerhalb der Stadtverwaltung wurde eine Lenkungsgruppe gebildet, in der der Bürgermeister, Vertreterinnen und Vertreter

der Amtsverwaltung sowie der Sanierungsträger die übergeordnete Projektsteuerung übernahmen. Zusätzlich wurde der Beirat Soziale Stadt gegründet, der die zuständigen städtischen Ausschüsse bei der Planung der konkreten Maßnahmen unterstützte sowie bei der Entwicklung, Abstimmung und Begleitung von Projekten und bei Vergaben aus dem Topf des Stadtteifonds beriet und Entscheidungen traf. Im rund zwanzig Mitglieder starken Gremium saßen Bewohnerinnen und Bewohner, Eigentümerinnen und Eigentümer, Institutionen, Vereine, Schulen, Kitas, Gewerbetreibende und Politiker aus der Stadtvertretung. Regelmäßig fanden auch Einwohnerversammlungen statt, bei denen Probleme und vor allem Ideen für den Stadtteil zusammengetragen wurden.

Die Verbesserungen im Rahmen der Sozialen Stadt lassen sich in Lütjenburg konkret anhand der Aufwertungen im Straßenraum festhalten, wie zum Beispiel der Umbau der Nieder- oder Plöner Straße. Außerdem wurden mithilfe der Sozialen Stadt temporäre Umnutzungen von Leerstand und Brachflächen ermöglicht sowie Kultur- und Sportstätten gebaut. Ein weiterer Fokus lag, auch bedingt durch die starken Akteure vor Ort, in der Aktivierung der Bevölkerung. In Stadtteilkonferenzen, Einwohnerversammlungen, über Wettbewerbe, Kurse, Workshops und Planungswerkstätten wurden die Anwohnerinnen und Anwohner bis 2010 immer wieder aktiv in die Stadtteilentwicklung mit einbezogen. Die so entstandenen Ideen konnten über den flankierenden Stadtteifonds verwirklicht werden. Durch den Fonds und den Beirat konnte langfristig, auch über den Förderzeitraum hinaus, eine Verstetigung der Mitarbeit von Ehrenamtlichen im Fördergebiet erreicht werden.

2019, bereits nach der Ausfinanzierung der Gesamtmaßnahme im Jahr 2015, wurde die Umgestaltung der Innenstadt mit der Eröffnung des sanierten Rathauses als letzte große Einzelmaßnahme abgeschlossen. Hier ist nun auch ein Bürgerzentrum mit großzügigen Räumlichkeiten für zahlreiche Vereine und Verbände integriert.



Abb. 28: Hans-Joachim Grote

Ein Unterzentrum im ländlichen Raum mit problematischer Sozialstruktur bewarb sich im Jahr 2006 um die Aufnahme in das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“. Das war ungewöhnlich, selbst in einem in weiten Teilen ländlich geprägten Bundesland wie Schleswig-Holstein. Nach 13 Jahren kann ich sagen: Es war richtig und erfolgreich, die Stadt Lütjenburg in das Programm „Soziale Stadt“ aufzunehmen!

Entscheidend für diese positive Bilanz waren gleich mehrere Faktoren, die in Lütjenburg für eine erfolgreiche Entwicklung gesorgt haben: Eine engagierte Selbstverwaltung und Verwaltung, die dauerhaft hohe Mitwirkung von Vereinen und Verbänden, die Anwendung des Sanierungsrechts im Neuordnungsbereich, das Einwerben ergänzender Fördermittel für Teilprojekte – z.B. für den Umbau des Alten Pastorates, die Begleitung der investiven Projekte durch nicht-investive Maßnahmen, die frühzeitigen Überlegungen zur dauerhaften Sicherung des Erreichten (Verstetigung) durch den Umbau des Rathauses/Bürgerhauses, mit Bürgerbeirat und städtischer Finanzierung des Verfügungsfonds.

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration, Schleswig-Holstein



Abb. 29: Helge Stahl

Wir lernten als Sanierungsträger und Quartiersmanager gleich zu Beginn der Sanierung viele engagierte Bürger kennen und haben diese miteinander vernetzt. Wir übernahmen die Leitung des Bürgerbeirates und koordinierten den Verfügungsfonds. Die neutral moderierte, soziale Kommunikation war ein wichtiger Impulsgeber und hat die öffentliche Akzeptanz für unsere Vorhaben gesteigert: Rund um den zentral gelegenen Gildenplatz, der jetzt ein attraktives Einfallstor in den historischen Stadtkern bildet, wurden verschiedene Straßenzüge umgestaltet und dadurch das Wohnumfeld verbessert.

Bei der Vielzahl der sozialen Projekte sind besonders die jährlichen Nachbarschaftstreffen und Straßenfeste sowie die Etablierung der Ehrenamtsbörse hervorzuheben. Die Sanierung des historischen Rathauses ist das verbindende Element der städtebaulichen und sozialen Ziele. Mit der Errichtung eines modernen und barrierefreien Bürgersaals wurde der Standort als Ort der Begegnung für alle Lütjenburger gestärkt.

Helge Stahl, BIG Städtebau, Sanierungsträger Lütjenburg



Abb. 30: Lütjenburg aus der Vogelperspektive



Abb. 31: Marktplatz Lütjenburg – die roten Sichtmauerwerkfassaden sind ortsbildprägend



Abb. 32: Rathaus Lütjenburg – 2015 zog hier das Bürgerzentrum ein



Themen und Perspektiven

Vier Gastkommentare

Im vorherigen Kapitel wurden die Handlungsfelder der Sozialen Stadt konkret an verschiedenen Praxisbeispielen unterschiedlichen Maßstabs vorgestellt. Flankierend zu dieser Beschreibung "typischer" Quartiere in der Förderlandschaft des Programms kommen im folgenden Kapitel vier Gastkommentatorinnen und Gastkommentatoren aus Wissenschaft und Praxis zu Wort. Sie schöpfen aus einem langjährigen und breiten Erfahrungsschatz im Bereich der Sozialen Stadt und reflektieren aus ihrer Sicht relevante Inhalte und Aufgaben der Quartiersentwicklung:

Quartiere als räumliche Basis für eine integrierte Stadtteilentwicklung

Dr. Thomas Franke, Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH und
Dr. Olaf Schnur, vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.

„Das Potenzial der Quartiersebene für eine soziale Stadtentwicklung kann nur voll ausgeschöpft werden, wenn wir dieses Gegenüber von „Verwaltungs-“ und „Alltagsräumen“ noch stärker als bislang überwinden.“

Bau, Steine, Mensch: 20 Jahre Soziale Stadt und die Herausforderung der sozialen Integration aus der Perspektive der Freien Wohlfahrtspflege.

Karin Vorhoff, Caritas e.V.

„Obwohl der Kern der Förderung die baulich-investiven Maßnahmen sind, ist es Konsens, dass dieses Ziel nur durch einen Brückenschlag zum sozialen Sektor und zur Zivilgesellschaft erreicht werden kann.“

Wohnen und leben in benachteiligten Quartieren

Hans-Jörg Schmidt, Aufbaugemeinschaft Espelkamp

„Nach 10 Jahren und mehr als 20 umgesetzten Projekten in unserem Wohnungsunternehmen sind heute alle Beteiligten davon überzeugt, dass sich der Weg gelohnt hat.“

Bildung: Warum braucht Bildung den Quartiersansatz?

Meike Heckenroth und Timo Heyn, Bundestransferstelle Soziale Stadt

„Investive Quartiersansätze können Räume qualifizieren, sowohl in Bildungseinrichtungen wie Kitas, Grundschulen, [...] als auch in Gemeinschaftseinrichtungen wie Bürgerhäusern, Mehrgenerationenhäusern oder auch Quartiersbüros.“



Quartiere als räumliche Basis für eine integrierte Stadtteilentwicklung

Dr. Thomas Franke, Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH und Dr. Olaf Schnur, vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., Berlin

Langjährige Praxiserfahrungen mit der Umsetzung des Programms Soziale Stadt zeigen eindrücklich: Es war richtig und wichtig, mit dem Programmstart vor 20 Jahren das Quartier zu adressieren. Zahlreiche Forschungsergebnisse und kommunalpolitische Strategien mit einem Sozialraumbezug (auch außerhalb der Sozialen Stadt) bestätigen dies.

Klar ist auch, dass sich dafür die Rahmenbedingungen in den letzten beiden Jahrzehnten deutlich verändert haben: Quartiere werden mehr und mehr zu „globalisierten“ Orten, an denen sich soziale und ökonomische Phänomene zeigen – von internationalen Immobilieninvestitionen bis zum Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft. In diesem „glokalen“ Spannungsfeld entstehen neue Bedarfe auf der lokalen Ebene, wie etwa nach sozialer Verankerung und Selbstwirksamkeit, nach Mitgestaltungsmöglichkeiten oder nach zusätzlichen Ressourcen zur Bewältigung des Alltags (z.B. Beratungsangebote, Seniorentreffs im Kiez). Aus dieser Perspektive waren und sind Quartiere Orte, an denen baulich-strukturelle, lokal-ökonomische, kulturelle, umweltbezogene und vor allem soziale Phänomene und Prozesse unmittelbar ineinander-greifen und ein lebensweltliches Setting für die Menschen bilden, die hier wohnen, arbeiten, wirken.

Im Städtebauförderprogramm Soziale Stadt sind Quartiere – mehr oder weniger – kleine und nach bestimmten Kriterien klar definierte Programmgebiete, die in der Regel auf der Basis siedlungs- und sozialstruktureller Merkmalszuweisungen („Benachteiligungen“), statistischer Daten und/oder qualitativer Situationseinschätzungen von (kommunalen) Expertinnen und Experten abgegrenzt wurden. Innerhalb dieser Programmquartiere sollen die Lebensbedingungen in städtebaulich-struktureller und sozial-integrativer Hinsicht verbessert werden. Quartiere werden als Orte mit Ressourcen und Potenzialen betrachtet, die es zu nutzen gilt – zum Beispiel für Ältere, Jugendliche, Single-Haushalte, Familien, Arbeitssuchende, Freelancer, Menschen mit Migrationshintergrund. Quartiersbezogene Ziele, Strategien, Maßnahmen und Projekte werden meist unter Mitwirkung derjenigen Menschen erarbeitet und teilweise auch umgesetzt, die sich im Rahmen von Beteiligungsangeboten – koordiniert oder selbst durchgeführt von lokalen Quartiersmanagements – dafür haben gewinnen lassen.

Diese Zuschreibungsebene „Quartier“ und „Quartiersentwicklungsziele“ trifft vor Ort auf den Alltag aller hier Lebenden mit ihren subjektiven Quartiersbezügen: „Wo beginnt und endet ‚mein‘ Viertel?“ „Was gefällt mir hier, was nicht?“ „Wie kann ich meine Nachbarn kennenlernen?“ „Gibt es hier jemanden, der mir meine Betriebskostenabrechnung erklärt?“ Adressatinnen und Adressaten sozialraumbezogener Programme wie der Sozialen Stadt können zugleich innerhalb des „gesetzten“ Quartiers (z.B. über ihre Wohnadresse) verortet werden, zugleich werden ihre subjektiven Quartiersbezüge aber auch außerhalb oder quer zu den „Programmgebieten“ verlaufen (z.B. über Freundschaften oder Familiennetzwerke). Und sie werden Quartiersentwicklungsziele

gegebenenfalls anders bewerten bzw. andere Ziele formulieren, wenn man ihnen dazu die Möglichkeit gibt.

Die Programmgebiete und -ziele stimmen also mit großer Wahrscheinlichkeit mit den „alltäglichen“ Räumen und Zielen zumindest in Teilen nicht überein. Dies ist mittlerweile in Wissenschaft und Praxis weitgehender Konsens. Das Potenzial der Quartiersebene für eine soziale Stadtentwicklung kann nur voll ausgeschöpft werden, wenn wir dieses Gegenüber von „Verwaltungs-“ und „Alltagsräumen“ noch stärker als bislang überwinden. In den Vordergrund rücken also immer mehr Kommunikationsprozesse im Quartier – dafür werden „Kümmerer“ gebraucht, unter anderem Gemeinwesenarbeiterinnen und -arbeiter. Nach wie vor muss dann aber die Frage gestellt werden, wie es zukünftig gelingen kann, mit Fördermitteln nicht nur die – ohne Frage – wichtige „bauliche Hülle“ der Quartiere zu stärken, sondern eben auch die ebenso zentralen sozialen Prozesse – unter anderem vermittelt über Fachkräfte, also Personalressourcen. Dass dies gelingen kann, zeigte auf europäischer Ebene die Gemeinschaftsinitiative URBAN I (1994-1999) mit ihrem „Globalfonds“, aus dem gleichermaßen baulich-investive und „konsumptive“ Ausgaben bestritten werden konnten. Und heute zeigt beispielsweise das niedersächsische Programm „Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement“, dass mit Hilfe einer Landesförderung explizit auch Gemeinwesenarbeit entwickelt und umgesetzt werden kann.

Hier geht es also weniger darum, Fördermittel für „Produkte“ oder physische Strukturen einzusetzen. Im Vordergrund steht vielmehr, die so zentralen sozialen Prozesse – auch unabhängig von objekt- bzw. strukturbezogenen „Verwertungslogiken“ – zu initiieren und zu unterstützen.

Sollten sich die von uns skizzierten Trends zum sozialen Zusammenleben im Quartier fortsetzen, gilt jedoch auch unabhängig von Diskussionen über Ausrichtungen von Förderprogrammen: Es wird immer wichtiger, dass Kommunen eine Kultur der Ko-Produktion mit lokalen Akteuren und Initiativen (weiter-) entwickeln!



Abb. 33: Dr. Thomas Franke



Abb. 34: Dr. Olaf Schnur

Impressionen aus Soziale Stadt - Quartieren



Abb. 35: Hamm Weststadt Lippepark



Abb. 36: Bruckhausen in Duisburg



Abb. 37: Wohnumfeldverbesserung Schwerin Neu Zippendorf/ Mueßer Holz



Abb. 38: Gemeinsame Gestaltung des Bürgertreffs in Frankfurt/Oder Innenstadt



Abb. 39: Skywalk Berlin Marzahn - Hellersdorf



Bau, Steine, Mensch: 20 Jahre Soziale Stadt und die Herausforderung der sozialen Integration aus der Perspektive der Freien Wohlfahrtspflege.

Karin Vorhoff, Deutscher Caritasverband e.V. Freiburg

Armut ist ein „totales soziales Phänomen“, denn sie ist „nicht nur eine materielle Mangellage, sondern eine Form der Ausgrenzung aus dem Ensemble der für die [...] Gesellschaft kennzeichnenden Lebenschancen“ – so der Schweizer Soziologe Franz Schultheiß (Schultheiß 2017). Eine solche „Totale“ wird sehr anschaulich in den Gebieten der Sozialen Stadt, zeigt sich hier doch sozialräumliche Segregation als eine Folge von Armut: Eine benachteiligte Wohnsituation, mangelnde gesellschaftliche Teilhabe, Migrationshintergrund, Krankheit, Alter und andere Faktoren, die zu Brüchen im Leben führen, kennzeichnen die Lebenslage vieler Bewohnender dieser Quartiere.

Mit einer ähnlichen Perspektive starteten Bund, Länder und Kommunen vor 20 Jahren das Programm Soziale Stadt: Es reichte den Initiierenden nicht mehr nur die heruntergekommene Altstadtviertel und die Hochhausiedlungen der 1960er und 70er Jahre baulich aufzupolieren. Vielmehr hatte man erkannt, dass sich hier bauliche und soziale Probleme gegenseitig verstärken. Hergeleitet aus dem Baugesetzbuch (BauGB) soll das Programm als eine Gemeinschaftsinitiative sektorübergreifend und mit integriertem Ansatz die Lebensbedingungen in sozial besonders benachteiligten Gebieten verbessern und sozialräumlicher Polarisierung entgegenwirken.

Obwohl der Kern der Förderung die baulich-investiven Maßnahmen sind, ist es Konsens, dass dieses Ziel nur durch einen Brückenschlag zum sozia-

len Sektor und zur Zivilgesellschaft erreicht werden kann. Hier kommt die Freie Wohlfahrtspflege als Trägerin von sozialen Infrastrukturen, von Fachdiensten und Einrichtungen ins Spiel, aber auch als zivilgesellschaftlicher Akteur und als Expertin für die Gemeinwesenarbeit – als die sie schon zuvor in den Stadtteilen aktiv war. Die kirchlichen Verbände Diakonie und Caritas haben darüber hinaus mit den Kirchengemeinden eine weitere Struktur, die für die Arbeit am sozialen Miteinander steht. In ihrem Umfeld finden sich engagierte Menschen, die gegen Armut und andere Missstände aktiv werden und sich mit anderen Stadtteilinitiativen zusammenschließen.

Eine große Leistung des Programms ist es, über die Instrumente des integrierten Entwicklungskonzepts und des Quartiermanagements diese so unterschiedlichen Akteure mit ihren Ressourcen zusammenzubringen. Im besten Falle ist daraus ein echtes Zusammenwirken erwachsen, die Aktivitäten unterschiedlicher Bereiche erfolgen aufeinander abgestimmt. Die Bewohnerbeteiligung führt zu persönlichen Erfolgsgeschichten und diente nicht nur dazu, dass die Baumaßnahmen reibungslos umgesetzt werden konnten.

20 Jahre später sind die Herausforderungen für die Regionen und Städte die Gleichen geblieben: benachteiligte Wohnlagen als Ankunftsorte für Migrierende, Lebensmittelpunkt für Menschen mit schmalen Geldbeutel und alle, die aus verschiedenen Gründen den Anschluss an die Gesellschaft verloren haben. Vieles, das dem entgegenwirken kann, ist in der Sozialen Stadt erprobt und anerkannt – als Standard für die Sicherung des sozialen Zusammenhalts und zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Etabliert ist es allerdings noch lange nicht. Denn die Antworten auf Armut

und Ausgrenzung, Segregation, gesellschaftliche Polarisierung und die Herausforderungen von Integration und Inklusion werden vielstimmig und nicht immer harmonisch aufeinander abgestimmt gegeben – je nach Sektor, je nach Ressort unterschiedlich. So hat 2015 fast jedes Ministerium auf die verstärkte Flüchtlingszuwanderung mit einem eigenen Programm reagiert, statt auf integrierte Konzepte und Ressourcenbündelung zu setzen.

Der Brückenschlag zwischen BauGB und Sozialgesetzbuch bleibt immer noch eine Herausforderung: Die Sensibilität für den Raumbezug des Sozialen ist in der Wohlfahrtspflege gewachsen und sie hat ihren Blick vom Einzelfall in den Sozialraum geweitet. Doch bleiben die Begrenzungen des Sozialrechts auf das Defizit einzelner Personen (Arbeitslosigkeit, Heranwachsen und Bildungsverlauf, Krankheit, Integrationsbedarf etc.) bestehen. Dies führt vielfach dazu, dass die in den Programmgebieten etablierten sozialen Maßnahmen nur dann nachhaltig gesichert werden können, wenn die Kommune aktiv wird oder andere Quellen für eine Projektförderung erschlossen werden können. Denn aus den üblichen Leistungsentgelten der Sozialen Arbeit lässt sich kein Quartiersmanagement oder Stadtteilzentrum nachhaltig betreiben. Auch die Arbeitsförderung stellt keine Bezüge zum Quartier her. Die strukturelle und ganzheitlich angelegte Stärkung von benachteiligten Quartieren hat eben keinen eigenen Rechtskreis und Fonds.

Zugleich tut sich die Stadtentwicklung oftmals mit den Logiken des sozialen Sektors schwer: Die freie Wohlfahrtspflege wird zwar als Trägerin einzelner Maßnahmen in den Programmgebieten angesprochen, nicht aber als diejenige, die zwingend bei der Erarbeitung des integrierten Entwicklungskonzepts einbezogen werden muss: Weil sie die Sorgen der

Menschen im Stadtteil aus ihren Einrichtungen kennt, vor allem aber auch, weil sie sich nicht nur als sozialer Dienstleister versteht, sondern auch als Solidaritätsstifter und Anwalt für die oft artikulationsschwachen Bevölkerungsgruppen in den Armutsquartieren. Dabei verdienten noch viel mehr Dörfer und Stadtteile, die mit ihrer Bewohnerschaft in unterschiedlicher Weise von Abkopplungsprozessen betroffen sind, integrierte Handlungskonzepte und ein bereichs- und ressortübergreifendes Zusammenwirken – damit es nicht zu weiteren Polarisierungen in der Gesellschaft und einem Auseinanderdriften der Lebensbedingungen kommt.

Eine große, neue Herausforderung für die Programmgebiete sind die Entwicklungen auf den Wohnungsmärkten. Ist das Wohnumfeld einmal aufgewertet und die soziale Situation stabilisiert, werden diese Gebiete interessant für alle, die in die Städte drängen – ebenso wie für Investoren. Die angestammte Bevölkerung, die eigentlich von den Maßnahmen profitieren sollte, kann denjenigen, die mehr Durchsetzungsmacht auf umkämpften Wohnungsmärkten mitbringen, wenig entgegenhalten. Mittelfristig könnten so neue sozialräumliche Disparitäten entstehen: Alle, die sich die Stadt nicht mehr leisten können, müssen zu Arbeit, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen längere und mühsame Wege in Kauf nehmen und bleiben in den angehängten Regionen und Vierteln wieder unter sich.

Schon allein das mag ein Anlass sein, endlich ernst zu machen mit der ressortübergreifenden Strategie Soziale Stadt!



Abb. 40: Karin Vorhoff

Impressionen aus Soziale Stadt - Quartieren



Abb. 41: Selbsthilfwerkstatt im Kennedy Viertel, Oldenburg



Abb. 42: Skatepark Recklinghausen Hochlarmark



Abb. 43: Stadtteiltreff Eiskristall in Schwerin Neu Zippendorf / Mueßer Holz



Abb. 44: Eingang Bürgertreff in Duisburg Marxloh



Abb. 45: Dresden Prohlis



Wohnen und leben in benachteiligten Quartieren

Hans-Jörg Schmidt, Aufbaugemeinschaft Espelkamp

Wohnungsunternehmen stellen ein großes Wohnangebot für breite Schichten der Bevölkerung in ganz Deutschland zur Verfügung. Sie sind vielfach Eigentümer größerer Wohnquartiere und erleben den altersbedingten gesellschaftlichen Wandel der Mieterstrukturen täglich. Daher verfolgen in den letzten 10 Jahren immer mehr Wohnungsunternehmen einen ganzheitlichen Quartiersentwicklungsansatz.

Aus Sicht des Förderprogrammes Soziale Stadt wären Wohnungsunternehmen die geborenen Akteure, wenn es um die Revitalisierung oder Stabilisierung benachteiligter Quartiere geht. Dennoch greifen verhältnismäßig wenige Wohnungsunternehmen die Chancen dieses Förderangebotes auf. Der Hauptgrund ist sicherlich, dass die Städtebauförderung in der gesamten Systematik auf Kommunen zugeschnitten ist. Ohne Kooperation mit der eigenen Kommune wird für die Wohnungsunternehmen erst gar keine Förderung ermöglicht. Auch wirken die formalen Anforderungen für privatwirtschaftlich organisierte Unternehmen oft sehr abschreckend. Vor allem mit der Anwendung öffentlicher Vergaberegeln sind Privatunternehmen nicht vertraut. Anders als in der kommunalen Verwaltung gibt es keine Vergabefachleute. Dafür ist die Personaldecke meistens zu eng. Daher sind aufwendige Rechnungsprüfungen personell meist nicht darstellbar.

Auch für unser Unternehmen war die Beteiligung an dem Programm Soziale Stadt anfänglich wie die Entdeckung der wunderbaren Welt

der Bürokratie. Dennoch: Nach 10 Jahren und mehr als 20 umgesetzten Projekten in unserem Wohnungsunternehmen sind heute alle Beteiligten davon überzeugt, dass sich der Weg gelohnt hat. Anfänglich noch mit Angst und Respekt vor den ungewohnt hohen formalen Erfordernissen haben wir uns mit jedem Projekt weiter vorgewagt und auf einmal die vielfältigen und kreativen Möglichkeiten erkannt, aber vor allem den Nutzen in der Quartiersentwicklung. Während die Wohnungsbauförderprogramme der Länder und die KfW-Förderangebote klare allgemeine bauliche Ziele formulieren, können mit dem Förderprogramm Soziale Stadt passgenaue Ziele und Maßnahmen im Einzelfall abgestimmt werden. Bei der inhaltlichen Umsetzung unserer Projekte und den Antragsformulierungen waren alle beteiligten Behörden höchst kooperativ.

So konnten seit 2007 in Espelkamp öffentliche Flächen und private Wohnumfelder –abgestimmt – einheitlich neu gestaltet werden. In der gesamten Innenstadt ist so ein Fußwegenetz entstanden, das quartiersübergreifend von den Bewohnerinnen und Bewohnern angenommen wird. Neben vielen Sitzgelegenheiten, Hochbeeten, Kunstobjekten und abwechslungsreicher Bepflanzung ist erstmals die Möglichkeit entstanden, innerstädtische Wege auch zum Flanieren zu nutzen. Dieses neue Angebot hat zu einer erheblichen Belebung des öffentlichen Raums, auch innerhalb der Quartiere geführt. Mittlerweile werden abendliche Spaziergänge durch die Wohnquartiere auch von allen Schichten der Espelkamper Bevölkerung zur Naherholung genutzt – dies wäre vor 10 Jahren noch undenkbar gewesen. Völlig selbstverständlich kommt es dabei zu Begegnungen und Gesprächen.

Zu dieser hohen Akzeptanz hat insbesondere auch die Revitalisierung eines zentral gelegenen 50er Jahre Quartiers geführt, das überwiegend von türkischen Mieterinnen und Mietern bewohnt wird. Durch die Erfahrungen in den Moderationsveranstaltungen vorheriger Wohnumfeldgestaltungsmaßnahmen hat die Aufbaugemeinschaft sich an dieses große Projekt gewagt.

Die zweigeschossigen, in Zeilenbauweise errichteten Gebäude prägen die gesamte südliche Innenstadt. Die ursprünglich liebevoll angelegten Mietergärten waren zunehmend verfallen und ungepflegt, ebenso die schmucklosen Fassaden. In einem aufwendigen Partizipationsprozess mit türkischen Dolmetschern haben sich sämtliche Mieterinnen und Mieter an der Neugestaltung ihrer Gärten beteiligt. Gemeinsam wurde eine Gartenfibel mit Pflanz- und Gestaltungshinweisen erarbeitet. Letztlich wurden sämtliche Hausfassaden extrem farbig unter Verwendung der Farbvielfalt der Wohngebäude der Fischerinsel Burano vor Venedig gestaltet. Nach den Förderzusagen für diese Maßnahmen war die Aufbaugemeinschaft zusätzlich in der Lage in diesem Quartier in ein Fernwärmenetz zu investieren und die überalterten Nachtstromspeicheröfen auszutauschen.

Unmittelbar nach Fertigstellung ist in der gesamten Stadtbevölkerung eine extrem positive Wahrnehmung für das neue „Burano-Quartier“ entstanden. „Burano“ wird auch in der Region als Synonym für die positive Veränderung einer ganzen Stadt wahrgenommen. Dies drückt sich vor allem darin aus, dass der Bevölkerungsrückgang in der gesamten Stadt seit acht Jahren nahezu gestoppt wurde. Im Zusammenspiel zwischen privaten, investiven Maßnahmen und der Städtebauförderung

konnte das negative Image der Stadt in den letzten 10 Jahren komplett umgedreht werden. Dennoch ist es möglich, dass die Mieten bezahlbar bleiben. Mehr als 80% der Mietwohnungen in „Burano“ können sich auch Transferleistungsempfänger leisten. Es gibt zwar Wartelisten für die Wohnungen in Burano, aber es gibt keine Gentrifizierung.

Der Erfolg des Programms Soziale Stadt am Beispiel Espelkamp lässt sich aus Sicht eines Wohnungsunternehmens in der ständigen Wechselwirkung zwischen der Förderung nicht unmittelbar wirtschaftlich darstellbarer Maßnahmen und den daraus entstehenden Anreizen für weitere Investitionen festmachen. Einfacher gesagt, es macht überhaupt keinen Sinn, das Wohnumfeld attraktiv zu gestalten, wenn die Wohngebäude nicht gleichzeitig aufgewertet werden.



Abb. 46: Hans-Jörg Schmidt



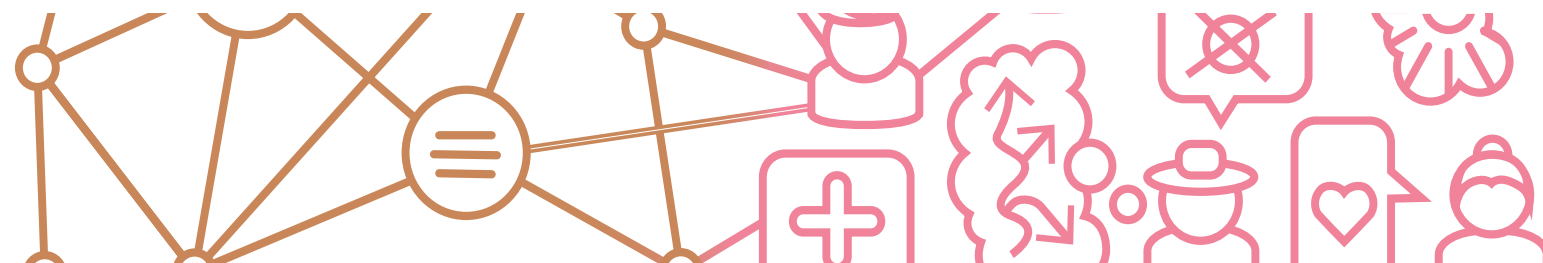
Abb. 47: Impression des Burano-Quartiers in Espelkamp



Abb. 48: Eindrücke aus dem Quartier



Abb. 49: Im Burano-Quartier dominieren kräftige Fassadenfarben



Bildung: Warum braucht Bildung den Quartiersansatz?

Meike Heckenroth und Timo Heyn, Bundestransferstelle Soziale Stadt

Die große und langfristige gesellschaftliche Aufgabe, die nach wie vor bestehende soziale Ungleichheit der Bildungschancen zu überwinden, bleibt in vielen Gebieten der Sozialen Stadt keine abstrakt formulierte Zielsetzung, sondern wird sehr konkret angegangen. Das mag auf den ersten Blick erstaunen, da ein Städtebauförderprogramm weder Einfluss auf die Besetzung von Lehrerstellen, den Stellenschlüssel in Kitas oder die Qualifizierung von Pädagogen hat. Es mag auch erstaunen, weil die Ausrichtung des quartiersbezogenen Ansatzes nicht einer einrichtungsbezogenen planenden oder ressourcenverteilenden Perspektive folgt. Was aber leistet der integrierte Quartiersansatz dann, um Entwicklungschancen insbesondere für Kinder und Jugendliche zu verbessern?

Die soziale Segregation in Einrichtungen übersteigt häufig noch die messbare wohnräumliche Segregation, weil das Entscheidungsverhalten der Eltern nicht auf eine soziale Mischung ausgerichtet ist. Die systematische Zusammenführung des Quartiersansatzes, der sich auf den Lebensraum von Familien mit höheren Anforderungen an die Bildungsteilhabe bezieht und den einrichtungsbezogenen Ansätzen, die sich dem hohen Kinderanteil mit höheren Anforderungen an die Bildungsteilhabe stellen, ist dabei eine Grundvoraussetzung. Dies ist mit dem gebietsbezogenen Ansatz vor allem im Bereich der vorschulischen Angebote sowie den Grundschulen leistbar, wenngleich eine weitaus selbstverständlichere Verknüpfung wünschenswert wäre.

Investive Quartiersansätze können Räume qualifizieren, sowohl in Bildungseinrichtungen wie Kitas, Grundschulen, manchmal weiterführenden Schulen, als auch in Gemeinschaftseinrichtungen wie Bürgerhäusern, Mehrgenerationenhäusern oder auch Quartiersbüros. Geeignete und für die jeweiligen Zielgruppen und Anforderungen ausgestattete Räume bilden die Grundlage für die anspruchsvollen Vermittlungsaufgaben. Gemeinschaftseinrichtungen sind besonders dann gefordert, wenn Bedarfe bestehen, die etwa aus Kapazitätsgründen oder auch aufgrund von Zugangshemmnissen nicht in den klassischen Einrichtungen bedient werden können. Das sind beispielsweise Sprachkurse für Eltern, frühkindliche Erziehung in Eltern-Kind-Gruppen, Angebote im Bereich der Hausaufgabenhilfe, kulturelle Bildungsarbeit oder ergänzende Förderungen bis hin zu Beratungen und Unterstützungsleistungen von Jugendlichen beim Übergang Schule – Beruf.

Angesichts vielfacher Investitionsrückstände oder den nach wie vor bestehenden Ausbaubedarfen der Kapazitäten frühkindlicher Bildung, ist die Bereitstellung geeigneter Räume in Quartieren der Sozialen Stadt genauso wie in anderen Stadtgebieten keine Selbstverständlichkeit. Es bedarf oft zusätzlichen Engagements, um knappe Ressourcen, früher meist „nur“ Geld und heute zunehmend auch Personalkapazitäten durch kommunale Prioritätensetzungen in Quartiere der Sozialen Stadt zu lenken. Die Erfahrungen landauf, landab zeigen, dass die Lobby für Handlungsprioritäten in den Sozialen Stadt-Gebieten sowie vergleichbaren Quartieren eher gering ist. Fachplanungen mit deutlichen Investitionsprioritäten in Quartiere mit höheren Entwicklungsaufgaben bilden seltene Ausnahmen. Umso wichtiger sind Förderimpulse, etwa der Sozialen Stadt oder des Investitionspakts Soziale Integration im Quartier,

um zunächst räumliche und baulich-qualitative Engpässe zu beseitigen. Räumliche Engpässe entstehen dabei nicht nur durch in die Tage gekommene Bausubstanzen oder eine wieder deutlich gewachsene Nachfragegruppe, sondern auch aufgrund veränderter Anforderungen. Gruppen mit einem hohen Anteil an Kindern mit individuellen Förderbedarfen benötigen mit Blick auf den erforderlichen Differenzierungsbedarf auch mehr Raum. Ebenso wichtig ist die Qualität der Ausstattung.

Selbstverständlich braucht es nicht nur angemessene Räume, um frühkindliche oder schulische Teilhabechancen zu verbessern, sondern vor allem engagierte Köpfe für diese anspruchsvollen Aufgaben. Vorausgesetzt ist eine hohe Motivation für die Aufgaben, die häufig viel mehr beinhalten als in den Bildungscurricula formuliert sind. Die reale Entwicklung führt jedoch oft in eine konträre Richtung, wie nicht zuletzt die jüngst veröffentlichte Verteilung der „Quereinsteiger“ in Berliner Grundschulen zeigt. Zudem gibt es Beispiele, dass Kitagruppen nicht eröffnet werden, weil sich keine Erzieherinnen oder Erzieher für Einrichtungen in den „schwierigen Gebieten“ finden.

Umso wichtiger ist für die einzelnen Einrichtungen, aber auch für jeden Akteur vor Ort, ein konstruktives Zusammenspiel aller Verantwortlichen. Hierzu zählt die Bündelung von unterstützenden Angeboten in den Einrichtungen oder zumindest im engen Austausch mit den Einrichtungen. Viel spricht mittlerweile dafür, dass die anspruchsvolle Aufgabe der Verbesserung der Bildungsteilhabe nicht durch einzelne, solitär agierende Einrichtungen erfolgreich sein kann, sondern ein aufeinander abgestimmtes Zusammenspiel unterschiedlicher Kräfte erfordert. Die Öffnung der Schulen und Kitas ins Quartier steht hierfür sinnbildlich.

Hierzu braucht es koordinierende und unterstützende Köpfe, die durch Kommunen oder im kommunalen Auftrag vor Ort arbeiten. Durch die Strukturen wie dem Quartiersmanagement, Steuerungsgruppen, Begleitforen oder AGs sowie Tenderprogrammen, wie dem Investitionspakt Soziale Integration im Quartier oder BIWAQ können Kräfte gebündelt, koordiniert und auf den vor Ort bestehenden Mangel gemeinsam ausgerichtet werden. Motivation wird dabei vor allem dann gefördert, wenn diese Gemeinschaftsaufgabe nicht als eine überfordernde Aufgabe der Nachsorge von sozialen Brennpunkten verstanden wird, sondern wenn auch öffentlich anerkannt wird, dass es eine anspruchsvolle und stadtentwicklungspolitisch relevante gesellschaftsgestaltende Entwicklungsaufgabe ist.



Abb. 50: Meike Heckenroth



Abb. 51: Timo Heyn

Impressionen aus Soziale Stadt - Quartieren



Abb. 52: Frankfurt a.M. Gallusviertel



Abb. 53: Bücherecke im Gebiet Stuttgart Hallschlag



Instrumente und Strategien

Acht „Werkzeuge“ und sechzehn Beispiele

Der Ansatz der Sozialen Stadt besteht darin, gemäß den abgestimmten Zielsetzungen des Integrierten Handlungskonzeptes zentrale Maßnahmen und Projekte in allen relevanten Handlungsfeldern zu entwickeln. Erfolge und der hohe Stellenwert des Programms resultieren jedoch nicht nur aus materiellen Verbesserungen in den Quartieren, sondern auch aus Innovationen in den Verfahren und neuen Organisationsformen. Auch die anspruchsvolle Prozesssteuerung mit einer Vielzahl von öffentlichen und nicht-öffentlichen Akteuren sowie die Umsetzung integrierter Handlungsansätze und ressortübergreifender Strategien sind als Erfolge der Sozialen Stadt zu werten.

Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung der integrierten Entwicklungskonzepte ist die Nutzung der Instrumente und Verfahren, die das Programm zur Verfügung stellt. Vielerorts haben sich auf der lokalen Ebene die Handlungsrouninen in der Stadt- und Quartiersentwicklung durch den Impuls aus dem Programm Soziale Stadt verändert.

Eine wichtige Voraussetzung für die ständige Weiterentwicklung des Programms ist der organisierte Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer mit und zwischen den am Programm teilnehmenden Städten und Gemeinden, flankiert von Begleitforschungen des Bundes und der Bundestransferstellen. Dabei geht es ebenso wie bei dem Erfahrungsaustausch zwischen den Bundesländern um gute Praxis, die Definition von Qualitätsstandards und den Abbau von Restriktionen bei der Umsetzung. Wertvolle Hinweise haben das Monitoring sowie die Evaluierungen des Programms auf Bundes- und Länderebene sowie in den Programmgebieten vor Ort geliefert. Dabei hat sich das Programm als flexibel erwiesen, indem sowohl Länder- als auch quartierspezifische Eigenarten und









Problemstellungen ihren Platz haben. So variieren auch die hier benannten Instrumente in ihrer inhaltlichen Ausprägung und Benennung von Bundesland zu Bundesland.

Die Grundintentionen der einzelnen instrumentell-strategischen Handlungsansätze werden im folgenden Kapitel jeweils kurz erläutert. In der Gesamtschau illustrieren sie gemeinsam mit dem Anwendungsbezug in den Fallbeispielen den „Werkzeugkasten“ der Sozialen Stadt. Kennerinnen und Kenner des Programms, die sich auf die ein oder andere Weise in ihren Arbeits- und Forschungszusammenhängen mit der Sozialen Stadt beschäftigt haben, kommen ergänzend mit kurzen Kommentaren zu Wort.

- **Integriert planen!** In Konz (Karthaus) und Empfinger (Ortskern III)
- **Ressortübergreifend kooperieren!** In Saarbrücken (Malstadt) und Aachen (Nord)
- **Ressourcen bündeln!** In Stendal (Stadtsee) und Belm (Powe)
- **Quartiere managen!** In Berlin (Rollbergsiedlung) und Sömmerda (Neue Zeit)
- **Bewohnerschaft aktivieren!** In Dietzenbach (Spessartsiedlung) und Berlin (Bülowstraße/Wohnen am Kleistpark)
- **Gemeinschaftlich über Mittel verfügen!** In Frankfurt/Oder (Innenstadt) und Stralsund (Altstadinsel)
- **Bündnisse schmieden!** In Halle (Neustadt) und Nürnberg (Stadtteilpartnerschaften)
- **Erfolge verstetigen!** In Dorsten (Hervest) und Dachau (Ost)

Verortung der sechzehn Beispiele

-  Großstadt
-  Mittelstadt
-  Kleinstadt
-  Landgemeinde

-  **Integriert planen!** in Konz (Karthaus) und Empfingen (Ortskern III)
-  **Ressortübergreifend kooperieren!** in Saarbrücken (Malstadt) und Aachen (Nord)
-  **Ressourcen bündeln!** in Stendal (Stadtsee) und Belm (Powe)
-  **Quartiere managen!** in Berlin (Rollbergsiedlung) und Sömmerda (Neue Zeit)
-  **Bewohner aktivieren!** in Dietzenbach (Spessartsiedlung) und Berlin (Bülowstraße/Wohnen am Kleistpark)
-  **Über Mittel verfügen!** in Frankfurt/Oder (Innenstadt) und Stralsund (Altstadtinsel)
-  **Bündnisse schmieden!** in Halle (Neustadt) und Nürnberg (Stadtteilpartnerschaften)
-  **Erfolge verstetigen!** in Dorsten (Hervest) und Dachau (Ost)

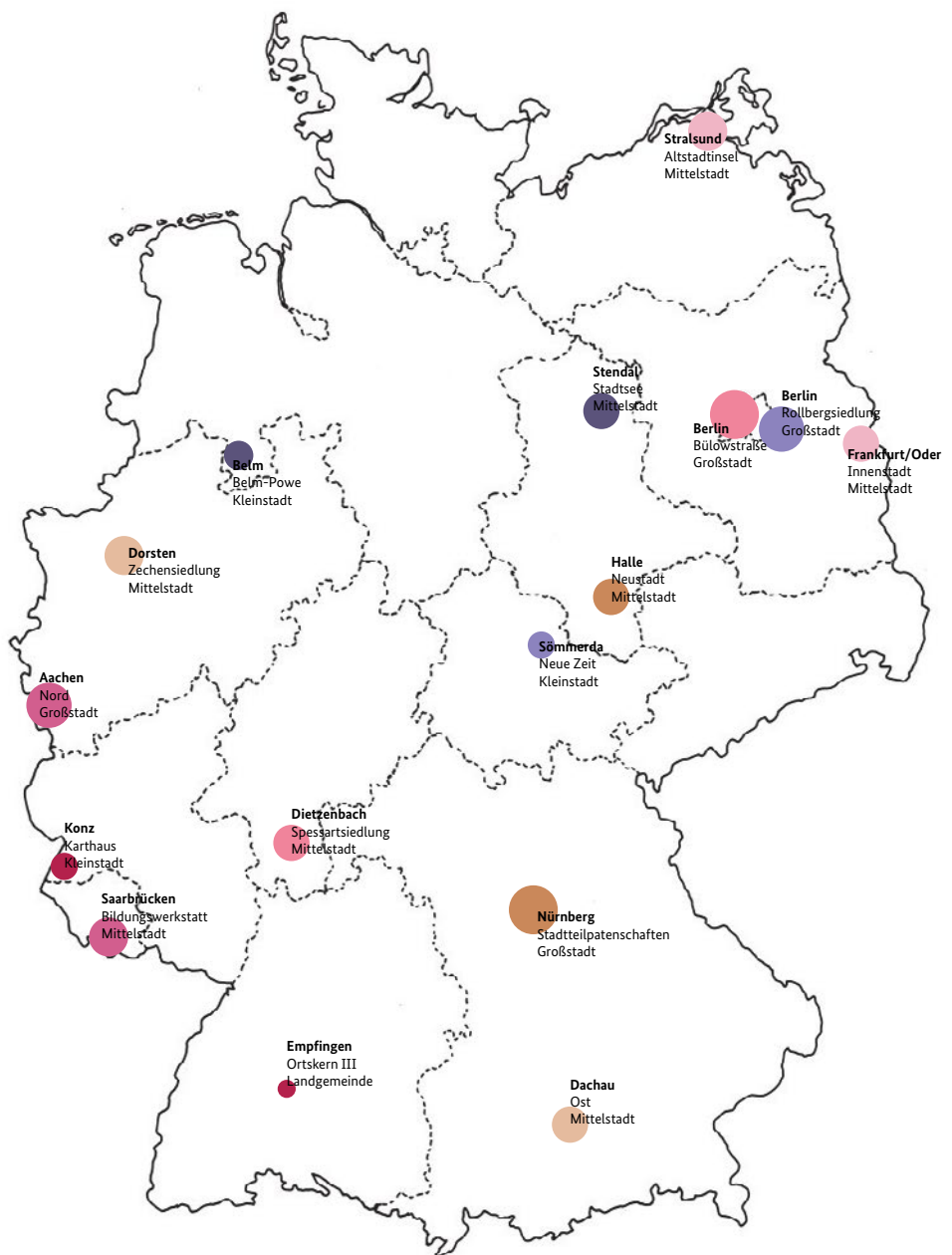


Abb. 54: Verortung der Beispiele



Abb. 55: Förderquartier Frankfurt/Oder Innenstadt – ein Beispiel für die gelungene Bündelung von Fördermitteln

„Der integrierte Ansatz der Stadtplanung berücksichtigt alle Facetten der Stadtentwicklung. Diese mitunter konkurrierenden Ziele gilt es gesamtheitlich zu betrachten und sinnvoll abzuwägen. Eine ernsthafte integrierte Planung, die Ziele, Strategien, Maßnahmen und Evaluationsmöglichkeiten von Anfang an mitdenkt und verbindlich festsetzt, sollte Grundlage sein für die Schaffung lebenswerter Stadtteile und einem sozial-gerechten Zusammenleben.“

Cordula Fay, GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V.

„Das Potenzial der integrierten Planung muss auf jeden Fall weiter ausgeschöpft werden. Allgemein wächst die Bereitschaft und das Verständnis dafür, fachübergreifend zu denken und Quartiere in ihrer Ganzheitlichkeit zu sehen.“

Deik Esser, Johann Daniel Lawaetz-Stiftung; Bezirksamt Bergedorf

„Integrierte Stadtentwicklung bedeutet weit mehr, als Ziele und „Maßnahmen“ aus unterschiedlichen Ressorts zusammenzutragen. Es geht darum, baulich-räumliche, soziale, kulturelle, ökonomische und ökologische Fragen und Kompetenzen zu verbinden. Ämterübergreifendes Arbeiten ist für viele Kommunen eine neue Erfahrung. Zur integrierten Vorgehensweise gehören unterschiedliche Blickwinkel – Alter, Herkunft, Lebenslagen, die besonderen Voraussetzungen in den einzelnen Quartieren. Sie betrifft auch die Methoden der Planung und Zusammenarbeit – qualitative und quantitative. Schließlich ist eine integrierte Stadtentwicklung nicht nur Aufgabe der Stadtpolitik und -verwaltung, sondern sie geht die gesamte Stadtgesellschaft an: die private Wirtschaft ebenso wie die Zivilgesellschaft mit ihren Organisationen, Initiativen und engagierten Einzelnen.“

Gabriele Steffen, Weeber+Partner Institut für Stadtplanung und Sozialforschung

Integriert planen!

Das integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept (ISEK) ist ein zentrales strategisches Instrument, um die Ziele und Maßnahmen im Rahmen des Programms Soziale Stadt – auch im Kontext gesamtstädtischer Entwicklungen – umzusetzen.

Schon der Einführung des Programms Soziale Stadt im Jahr 1999 lag die Idee zugrunde, dass den komplexen Problemlagen in benachteiligten Quartieren nur mit räumlich integrierten und fachübergreifenden Handlungsansätzen zu begegnen sei. Die integrierten Konzepte kombinieren investive, investitionsvorbereitende und -begleitende Maßnahmen; sie benennen Entwicklungsziele, den notwendigen Finanzierungsrahmen und die Laufzeit – und definieren notwendige Partnerschaften. Die Erstellung eines integrierten Entwicklungskonzeptes als verpflichtende Fördervoraussetzung für das Programm Soziale Stadt ist seit dem Jahr 2012 bundesweit im Baugesetzbuch (§ 171e Abs. 4 BauGB) festgehalten – die Soziale Stadt gilt als Vorreiter für die Einführung von integrierten Entwicklungskonzepten in andere Städtebauförderprogramme. Die eigentlichen Fördervoraussetzungen werden in der jährlichen Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung geregelt. Wesentliche Elemente eines ISEK sind die frühzeitige Prozessbeteiligung der Bewohnenden sowie der relevanten Akteure, die regelmäßige Fortschreibung der gebietsbezogenen Konzepte und Einbettung in gesamtstädtische Entwicklungskonzepte. Das federführende Ressort der Kommunalverwaltung, das Quartiersmanagement oder andere Gebietsbeauftragte nehmen bei der Erstellung, Fortschreibung und Umsetzung des ISEK eine wichtige, steuernde Rolle ein.

ISEK werden sowohl von Fachleuten als auch von lokalen Akteuren als ein wirkungsvolles Steuerungs- und Koordinierungsinstrument anerkannt. Sie eröffnen auch der Bürgerschaft Einfluss auf Zielrichtungen und Schwerpunktsetzungen. Auch kann das ISEK bei der lokalen Verwaltung und Politik die Aufmerksamkeit für die benachteiligten Quartiere stärken. Bei der Ausgestaltung der integrierten Konzepte haben die Kommunen Spielräume; bundesweit resultiert daraus eine große Variationsbreite von integrierten Konzepten.

Durch eine breit angelegte Partizipation zu einem Integrierten Stadtteilentwicklungskonzept

Konz-Karthaus, Rheinland-Pfalz, Förderzeitraum: 2010-2016

Das im Jahr 2011 in weniger als sechs Monaten erstellte integrierte Stadtteilentwicklungskonzept der rheinland-pfälzischen Gemeinde Konz koordiniert investive und nicht-investive Maßnahmen im Fördergebiet Karthaus. In einer gezielt ämterübergreifenden und interdisziplinären Zusammenarbeit im Format einer Lenkungsgruppe – beteiligt waren Politik, verschiedene Fachbereiche der Verwaltung, Kreisjugendamt, Bau-gesellschaften, Polizei und externe Fachleute aus Planungs- und Landschaftsarchitekturbüros – wurde das Konzept entwickelt und in verschiedenen Beteiligungs- und Dialogformaten mit den Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Schlüsselakteuren des Sanierungsgebietes rückgekoppelt. Damit verfolgte die Gemeinde das Ziel, aus möglichst vielen verschiedenen Perspektiven Informationen über das Sanierungsgebiet zu erhalten, schon früh die Aktivierung der Menschen im Stadtteil zu fördern und somit die Akzeptanz der Sanierungsmaßnahmen zu steigern. Die Einrichtung eines Quartiersmanagements, vor allem vor dem Hintergrund der Vermittlung zwischen Verwaltung und Bevölkerung, war Bestandteil der Maßnahmenvorschläge des integrierten Entwicklungskonzeptes und erfolgte im Jahr 2012.



Abb. 56: Der Sanierungsbedarf des Bahnhofs Karthaus wurde im ISEK vermerkt

Vorausschauend befragen: Bewohnerschaft und Eigentümerinnen und Eigentümer von Beginn an in integrierte Konzepte einbeziehen

Empfingen-Ortskern III, Baden-Württemberg, Förderzeitraum: 2017-2018

Das integrierte Entwicklungskonzept der Gemeinde Empfingen in Baden-Württemberg aus dem Jahr 2017 dient als Grundlage der Sanierungsmaßnahme „Ortskern III“ im Rahmen der Sozialen Stadt. Der Fokus des Konzeptes liegt auf städtebaulichen Erneuerungsmaßnahmen. Ausgegebenes Ziel der Gemeinde Empfingen ist die Verbesserung des Wohnumfeldes und der Wohnverhältnisse im Sanierungsgebiet. Gefördert wurden Sanierungen, Modernisierungen, aber auch der Abriss und Neubau privater Wohngebäude zum Teil mit gewerblich genutzten Einheiten. Die vorbereitende Untersuchung enthielt eine Trägeranhörung und eine umfangreiche Beteiligtenbefragung. Der Fokus der Befragung lag auf der Erhebung baulicher und städtebaulicher Defizite im Untersuchungsgebiet, beispielsweise des Gebäudezustandes. Außerdem wurde die Absicht und Bereitschaft der Eigentümerinnen und Eigentümer zur Sanierung der eigenen Immobilien abgefragt. Damit sich sanierte Gebäude oder Neubauten nach der Maßnahme in das Ortsbild einfügen, hat die Gemeinde flankierende Gestaltungsgrundsätze festgelegt. Durch das integrierte Entwicklungskonzept konnte die Gemeinde auch private Eigentümerinnen und Eigentümer aktivieren und eine positive Stadterneuerung maßgeblich voranbringen.



Abb. 57: Der Ortskern nach der Sanierung

„Gesundheitsförderung ist als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu verstehen. Eine intensivere Zusammenarbeit der Bereiche Gesundheit und Stadtentwicklung im Quartier, in der Kommune sowie auf den verschiedenen föderalen Ebenen unterstützt dabei, Erfordernisse zu erfassen, Fachwissen einzubringen, Ressourcen zu bündeln und Parallelstrukturen zu vermeiden sowie die Qualität der Planung und Umsetzung von Maßnahmen kontinuierlich weiter zu entwickeln.“

Geschäftsstelle des Kooperationsverbundes Gesundheitliche Chancengleichheit

„Ressortübergreifende Kooperationen sind essentiell für die Bewältigung der Herausforderungen vor Ort. Nur durch das Zusammenspiel unterschiedlicher fachlicher Bereiche oder auch Menschen im Quartier lassen sich die komplexen Zusammenhänge erkennen und lösen.“

Dr. Timo Munzinger, Deutscher Städtetag

Ressortübergreifend kooperieren!

Die Programmkulisse der Sozialen Stadt setzt vor allem in den Städten und Gemeinden Impulse für neue Strukturen ressortübergreifender Zusammenarbeit.

Von Beginn an war das fachübergreifende Vorgehen aller beteiligten Akteure ein Kernanliegen des Programms Soziale Stadt; in der Umsetzung hat der integrierte Ansatz an vielen Orten das Verwaltungshandeln verändert und neue Verfahren in Gang gesetzt. Ziel ist es, in den Programmgebieten das Fachwissen und die finanziellen Ressourcen aus unterschiedlichen Politikbereichen und Fachdisziplinen zu bündeln, um die vielschichtigen Probleme und Aufgaben mit einem breiten Spektrum von Maßnahmen zu bearbeiten. Zu den an der Quartiersentwicklung beteiligten Fachgebieten zählen neben der Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik insbesondere die Fachpolitiken Bildung, Integration und Teilhabe, Arbeit, Beschäftigung und Wirtschaft, Umwelt, Gesundheit und Pflege, Mobilität, Förderung von Engagement sowie Kultur und Sport.

Das Programm Soziale Stadt hat in vielen Städten und Gemeinden mit dem sozialräumlichen Ansatz den Anstoß für neue Prozesse der Kommunikation, Kooperation und Entscheidungsfindung gegeben, die besonders durch den Einsatz des Quartiersmanagements nicht nur auf der Politik- und Verwaltungsebene verbleiben, sondern effizient und pragmatisch in die Akteurslandschaft der Quartiere hineinwirken. Da die Problemlagen und planungskulturellen Voraussetzungen vor Ort sehr unterschiedlich sein können, ist die Bandbreite der ressortübergreifenden Arbeitsweisen und -gremien sehr groß. Aber auch nicht immer und überall ist die Stabilität neu geschaffener Strukturen über die Programmlaufzeit hinaus gewährleistet. Vielerorts werden Grenzen der Zusammenarbeit sichtbar, nicht alle Programme und Herangehensweisen der eingebundenen Ressorts lassen sich nahtlos mit dem sozialräumlichen Ansatz der Sozialen Stadt verknüpfen.

Ämterübergreifende Planung einer Bildungswerkstatt Saarbrücken-Malstatt, Saarland, Förderzeitraum: 2014-2017

Das Bauvorhaben „Bildungswerkstatt für Malstatt“ – einer Bildungseinrichtung mit Freiraum – wurde 2018 als Leuchtturmprojekt in die Förderung der Sozialen Stadt Saarbrücken aufgenommen und repräsentiert einen gelungenen Ansatz ressortübergreifender Zusammenarbeit. Als innovatives pädagogisches Konzept mit dem Schwerpunkt „Sprache“ soll die Werkstatt auf der „Grünen Insel Kirchberg“ auf wachsende Zahlen an Kindern, Sprachen, sozialen Lagen und Bildungshintergründen im Stadtteil reagieren. Neben dem Stadtplanungsamt als Schnittstelle zur Städtebauförderung hat das Zuwanderungs- und Integrationsbüro eine tragende Rolle als Anknüpfungspunkt an das Organisationsteam aus Stadtverwaltung, Integrationsmanagement, Gemeinwesenarbeit und Hochschule für Technik und Wirtschaft. Außerdem steuert es das Beteiligungsverfahren. Die Freiraumplanung am Standort der Werkstatt erfolgt durch das Amt für Stadtgrün und Friedhöfe. Diese ressortübergreifende Kooperation ermöglicht die Abstimmung und Verzahnung der parallelen Entwicklung des pädagogischen Konzepts, des Betreiberkonzepts und der Architekturplanung zum Beispiel im Hinblick auf Inhalte, Finanzierung und Zeitpläne.



Abb. 58: Einweihung eines Spielfeldes auf der „Grünen Insel Kirchberg“

Ämterübergreifende Zusammenarbeit für die Entwicklung und Umsetzung eines IHK Aachen-Nord, Nordrhein-Westfalen, Förderzeitraum: 2009-2016

Unter Federführung der Bereiche Wirtschaftsförderung, Soziales und Wohnen sowie Stadtentwicklung und Verkehrsanlagen erfolgte die Erarbeitung des integrierten Handlungskonzepts (IHK) für Aachen Nord. Ergebnisse aus ressortübergreifenden Arbeits- und Kooperationsstrukturen in unterschiedlichen Austauschformaten, die zum Teil in der Umsetzung fortgeführt werden, flossen in das Konzept ein. Neben ämterübergreifenden Verwaltungsworkshops zu Teilräumen und Maßnahmen, stimmten sich die federführenden Fachbereiche in verwaltungswirtschaftlichen Jours fixes sowie in der Projektgruppe Aachen-Nord gemeinsam mit den beauftragten Planungsbüros ab. Im Rahmen einer intern-extern gemischten Arbeitsgruppe arbeiteten Vertreterinnen und Vertreter der federführenden Fachbereiche gemeinsam mit den Fachbereichen „Kinder, Jugend und Schule“ und „Soziales und Ausländerwesen/Integrationsbeauftragter“ sowie externen Akteuren, wie zum Beispiel Beschäftigungsträgern, an der Konzeptentwicklung des IHK. Die für die Fortentwicklung des IHK sowie für die Vernetzung und Projektbetreuung zuständige Lenkungsgruppe setzt sich zusammen aus Politik, Akteuren aus dem Stadtteil sowie aus nicht-stimmberechtigten Vertreterinnen und Vertretern aus der Verwaltung, der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft und dem Stadtteilbüro.



Abb. 59: Auftaktveranstaltung für das IHK

Ressourcen bündeln!

Die komplexen Problemlagen in den Programmgebieten der Sozialen Stadt erfordern eine sozialraumorientierte Mittelbündelung aus verschiedenen Fachpolitiken.

Im Rahmen des Programms Soziale Stadt ist es daher erklärtes Ziel, auch weitere Programme, Partnerinnen und Partner einzubinden. Knapp 70 Prozent der Fördermaßnahmen bündeln die Mittel aus dem Programm Soziale Stadt mit weiteren Landes-, Bundes- und EU-Programmen oder binden Unternehmen und Stiftungen mit ein (Stand 2016). Mit der ressortübergreifenden Strategie Soziale Stadt „Nachbarschaften stärken, Miteinander im Quartier“ hat der Bund im Jahr 2016 den notwendigen Handlungsbedarf einer besseren Verzahnung der Ressortpolitiken und Ressortprogramme aufgegriffen. In den Ländern wird die Finanzierung komplementärer nichtinvestiver Aufgaben und die Einbindung ergänzender Förderprogramme unterschiedlich gehandhabt – einzelne Länder und Kommunen haben große Fortschritte bei der Mittelbündelung erzielt.

Auf allen Politikebenen existieren viele Programme, Instrumente und Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Teilhabe zu ermöglichen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Deren zielgruppenorientierte Ausrichtung wird jedoch noch nicht hinreichend mit dem sozialraumbezogenen Programm der Sozialen Stadt kombiniert.

Die Ressortübergreifende Strategie Soziale Stadt

Ziel der ressortübergreifenden Strategie Soziale Stadt ist es, Synergien zu schaffen und vor Ort in den Kommunen ein kohärentes und damit effizienteres und bedarfsgerechtes Vorgehen zu ermöglichen.

Dabei gilt es neben der Bündelung von Fördermitteln vor allem, das Fachwissen zwischen den Ressorts noch besser zu verzahnen und die Informationen der betroffenen Bundesressorts für die handelnden Akteure in den betreffenden Quartieren besser zugänglich zu machen.

Die ressortübergreifende Strategie stellt dabei den Auftakt für eine kontinuierliche Zusammenarbeit der betroffenen Bundesressorts für Quartiere mit besonderen sozialen Integrationsanforderungen dar.

Nicht-investive Maßnahmen werden flankierend zur Städtebauförderung kofinanziert Stadtsee Stendal, Sachsen-Anhalt, Förderzeitraum: 1999-2016

Die Großsiedlung Stadtsee mit den Siedlungen Stadtsee I, II und III wurde in drei städtebauliche Förderprogramme aufgenommen – die Soziale Stadt (1999), Stadttumbau-Ost Programmteil Rückbau (2002) und Programmteil Aufwertung (2003). Der Stadtteil kämpft bis heute mit multiplen Problemlagen, wie einem starken Bevölkerungsrückgang, hoher Arbeitslosigkeit, starken städtebaulichen Missständen, einer sehr hohen Leerstandsquote und wenig Wohn- und Lebensqualität. Die großen städtebaulichen Handlungsbedarfe ließen auch bei der Förderung durch die Soziale Stadt nur wenig Fördermöglichkeiten für die nicht-investiven Maßnahmen zu.

Als starker Akteur im Quartier hat sich der Verein „Kinderstärken e.V.“ gegründet. Er wird gemeinsam gefördert über das Förderprogramm Soziale Stadt und die Förderrichtlinie Demokratie leben! des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die Europäische Union, die Robert-Bosch-Stiftung, die Stadt Stendal, BIWAQ, die Hochschule Magdeburg-Stendal und einige weitere Partnerinnen und Partner. Der Schwerpunkt der Quartiersarbeit des Vereins liegt in der Förderung von Kinder- und Jugendengagement. Er arbeitet in integrativen Fragestellungen eng mit Kitas und Schulen in Stadtsee zusammen. Somit flankiert die Arbeit des Vereins die Förderungen der Städtebauförderung.

Gemeinsame Quartiersentwicklung über das Förderprogramm Soziale Stadt hinaus Belm-Powe, Niedersachsen, Förderzeitraum: 2000-2010

Der Handlungsbedarf im Stadtteil Powe der Gemeinde Belm lag – neben städtebaulichen Missständen – vor allem im Bereich der Integration. Der Anteil an Migrantinnen und Migranten lag im Quartier bei 75 Prozent.

Rückbau, die Sanierungen des Bestandes und die Aufwertung des öffentlichen Raums konnten über das Programm Soziale Stadt im Bereich der investiven Maßnahmen erfolgreich realisiert werden. Gemeinsam mit dem Fachbereich Geografie der Universität Osnabrück und der BauBeCon GmbH als Sanierungsträger wurden die städtebaulichen Maßnahmen von sozialen Aktivitäten flankiert. Zur Förderung der nicht-investiven Maßnahmen wurde das Quartier zusätzlich in die ESF-Bundesprogramme „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS) (2003-2007) und „STÄRKEN vor Ort (2009-2011)“ aufgenommen. Das Programm „BIWAQ – Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ (2015-2018) förderte das Projekt „BIBA – Belmer Initiative für Bildung und Arbeit“. Leuchtturmprojekt ist die über den Europäischen Sozialfonds geförderte Belmer Integrationswerkstatt, die den Herausforderungen der Integration mit Kursen zur beruflichen und sozialen Integration von Jugendlichen begegnet – ein Projekt, welches nur durch die Bündelung von Fördermitteln umgesetzt werden konnte.



Abb. 60: Gemeinsamer Workshoptisch des QM und der Kinder- und Jugendvertretung beim Kinder- und Familienfest Stadtsee 2019



Abb. 61: Ein Wohnblock in Powe

„Quartiersmanagement wird weiter an Bedeutung gewinnen, auch außerhalb der Sozialen Stadt. Der geradezu inflationäre Gebrauch des Begriffes stellt dabei ein Risiko dar - hier gilt es Qualitäten verbindlich zu beschreiben.“

Markus Hirth, projekt.stadt

„Ein Quartiersmanagement ist in der Lage, baulich-physische Erneuerungsprozesse, die Mitwirkung der Zivilgesellschaft und eine sozialraumorientierte Gemeindeentwicklung prozedural zusammenzudenken. Zu jedem Städterneuerungsprozess gehört eine Sphäre der kommunalen Sozialraumorientierung, eine Sphäre der Gemeinwesenarbeit und eine Sphäre der Stadtentwicklung. Quartiersmanagement bringt diese Sphären zusammen.“

Dr. [des] Arvid Krüger, SRL e.V., Universität Kassel

„Das Stadtteil- bzw. Quartiersmanagement wird weiterhin eine wichtige Katalysatorfunktion in der Stadtteilentwicklung übernehmen. Nichtsdestotrotz ist es von Anfang an Aufgabe und Ziel, sich selbst abzuschaufen.“

Philip Klein, Weeber+Partner Institut für Stadtplanung und Sozialforschung

Quartiere managen!

Das Quartiersmanagement in der Sozialen Stadt übernimmt eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der integrierten Handlungskonzepte und trägt wesentlich zur Aktivierung und Vernetzung der Quartiersakteure bei.

In den vergangenen zwanzig Jahren hat sich das Quartiersmanagement zu einem „Motor“ der Sozialen Stadt entwickelt und als Instrument über den Programmkontext hinaus auch Eingang in andere Städtebauförderprogramme und Politikbereiche gefunden. Als investitionsvorbereitende und -begleitende Maßnahme wurde das Quartiersmanagement mit dem Beginn des Programms Soziale Stadt als Instrument in die Städtebauförderung eingeführt und bildet ein wesentliches Kernelement des Programms.

Die Aufgabengebiete der Quartiersmanagements sowie deren konkrete Umsetzungsformen in den Quartieren variieren sehr stark – in Abhängigkeit von den örtlichen Rahmenbedingungen und Trägerformen sowie den Förderrichtlinien der Länder. Trotz der großen Unterschiede in der lokalen Praxis lässt sich ein Aufgabenprofil des Quartiersmanagements erkennen, das in der Regel drei Bereiche umfasst: das Informieren, Beteiligen, Aktivieren und Einbinden der Quartiersbevölkerung; das Vernetzen und Steuern der relevanten Akteure und ihrer Aktivitäten im Quartier und das Vermitteln zwischen Quartier und den Fachpolitiken der Verwaltung. Räumlich verortet ist das Quartiersmanagement oftmals in gut erreichbaren Stadtteilbüros im Quartier. Im Laufe der Jahre hat sich das Instrument Quartiersmanagement stets an sich wandelnde Anforderungen angepasst und zugleich in der Programmumsetzung vor Ort zunehmend professionalisiert. Die Flexibilität des Instruments gilt als große Stärke, die sich auch zukünftig für weitere Bündelungs- und Vermittlungsaufgaben im Quartier nutzen lässt.

Quartiersmanagement Rollbergsiedlung

Berlin-Neukölln, Berlin, Förderzeitraum: 1999-2016

Seit 1999 wird die Neuköllner Rollbergsiedlung durch ein vom Sanierungsträger getragenes und durch die Soziale Stadt finanziertes Quartiersmanagement betreut. Das Team vor Ort besteht auch heute noch aus vier Mitarbeitenden, die unter anderem über Erfahrung aus den Bereichen Kunst, Kultur- und Medienwissenschaft, Stadtentwicklung und Sozialplanung verfügen und gezielt – wie in Berlin obligatorisch – interkulturell zusammengesetzt sind. Unter Federführung des Quartiersmanagements werden Bewohnende in Teilnehmungsformaten wie Befragungen und Workshops in Entscheidungsgremien wie dem „Quartiersrat“ zur Fortschreibung des Integrierten Handlungs- und Entwicklungskonzept oder durch die „Aktions-Fonds Jury“ zur Vergabe von Fördermitteln aktiviert. Außerdem bildet das Quartiersmanagement die Schnittstelle der Vermittlung und Kommunikation zwischen Akteuren, Verwaltung, Wohnungsgenossenschaften und Bewohnerschaft. In verwaltender Tätigkeit unterstützt es zudem die Initiierung von Projekten (so bei der Trägersuche und Antragstellung) und begleitet deren Umsetzung. In dieser Rolle hat das Quartiersmanagement die Möglichkeit, Kooperationen und Projekte anzustoßen, die sich ohne gezielte Unterstützungs- und Kommunikationsarbeit nicht in dieser Form entwickelt hätten.



Abb. 62: Kiezfest Rollbergsiedlung 2019

Stadtteilbüro Sömmerda

Sömmerda-Neue Zeit, Thüringen, Förderzeitraum: 2003-2015

Das Stadtteilbüro Sömmerda – Neue Zeit wurde 2006, drei Jahre nach dem Programmstart, eingerichtet. Getragen wird dieses durch den freien Träger THEPRA LV e.V., dessen Fokus auf der Jugend- und Sozialarbeit liegt. Die Stadt Sömmerda finanziert eine Stelle des Quartiersmanagements, die jeweils zu 20 Stunden durch eine Ansprechpartnerin mit kunsttherapeutischer Ausbildung und langjähriger ehrenamtlicher Erfahrung und einen Ansprechpartner aus der Pädagogik besetzt ist. Unterstützt wird die Arbeit durch eine Vielzahl Ehrenamtlicher, die Bewohnende des Quartiers oder ehemalige Mitarbeitende des Trägervereins sind. Der Aufgabenschwerpunkt liegt in der Ausrichtung von Veranstaltungen und Aktionen zur Aktivierung der Quartiersbevölkerung und in der Vermittlung zwischen dieser und den Wohnungsgesellschaften im Stadtteil. Mit diesen Schwerpunkten ermöglicht das Quartiersmanagement Sömmerda der einkommensschwachen Bevölkerung den Zugang zu beratender Unterstützung sowie zu politischer und kultureller Teilhabe.



Abb. 63: Team des Quartiersmanagements

Bewohnerschaft aktivieren!

Die Vorstellung von Beteiligung geht in der Programmatik der Sozialen Stadt oft über Partizipation hinaus – die Menschen im Quartier sollen nicht Betroffene sein, sondern Beteiligte werden.

Bei den Programmzielen stehen die umfassende Mitwirkung der Quartiersbevölkerung und die Mobilisierung zivilgesellschaftlichen Engagements im Zentrum; die Ansprüche an die Beteiligungsstrukturen gehen über die gängigen Standards anderer Städtebauförderprogramme hinaus. Zum Zielkanon der Sozialen Stadt gehört es, das Stadtteilleben und soziale Miteinander zu unterstützen, das Zusammenleben im Quartier zu fördern, die örtlichen Potenziale zu stärken sowie die Bewohnerschaft zur Mitwirkung und dauerhaften Selbstorganisation zu motivieren.

Die Erfahrungen mit der Umsetzung des Programms in den Quartieren zeigen, dass ein breites Repertoire an Methoden und Formaten zur Beteiligung, Aktivierung und Mitwirkung bereitsteht und angepasst an die Anlässe und Ziele vor Ort genutzt wird. Gebräuchlich ist im Rahmen des Programms Soziale Stadt eine Unterscheidung zwischen „Aktivierung“ (von Personen oder Gruppen) mit weniger formalisierten Verfahren (aufsuchende Arbeit, Versammlungen, Stadtteilfeiern) und „Beteiligung“ mit stärker strukturierten oder formalisierten Praxisformen (Projektbeteiligungen, Zukunftswerkstätten, Stadtteilkonferenzen). Das so genannte „Empowerment“ geht über diese Partizipationsformate noch hinaus mit dem Anspruch, benachteiligte Bevölkerungsgruppen im Quartier durch gezielte Förderung wieder zur Teilhabe am Quartiersleben zu befähigen.

Obwohl Beteiligungsverfahren auch mal ins Leere laufen, benachteiligte Zielgruppen nicht immer erreicht werden oder ehrenamtliches Engagement hinter hochgesteckten Erwartungen zurückbleibt, eröffnen die im Programm gesetzten hohen Standards der Beteiligung Möglichkeitsräume. Diese werden vor Ort zumeist umfassend genutzt, um die vielschichtige Quartiersbevölkerung und engagierten Gebietsakteure in die Quartiersentwicklung einzubeziehen sowie neue Formen des Miteinanders und des sozialen Lebens im Quartiers zu erproben.

„Die Einbeziehung der Bewohnerschaft geht in der Sozialen Stadt vielfach über die herkömmliche Beteiligung hinaus. Gerade durch die große Bedeutung nichtinvestiver Maßnahmen ist die Schwelle für eine umfassende Partizipation niedriger als in anderen Programmen oder bei investiven Maßnahmen. Mit diesen niedrigschwelligeren Angeboten gelingt es vielfach besser, die Bewohner in die Entwicklungsprozesse einzubeziehen, die sich sonst selten am kommunalpolitischen Diskurs beteiligen.“

Tobias Krinner, Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr

„Die Bewohnerinnen und Bewohner sind die wahren Experten ihres Quartiers. Ihr kollektives und oftmals implizites Wissen ist von unschätzbarem Wert und zusammen mit ihrem Engagement für eine nachhaltige Quartiersentwicklung unverzichtbar!“

Markus Hirth, projekt.stadt

Bürgerkompetenz im Spessartviertel

Kreisstadt Dietzenbach-Spessartviertel, Hessen, Förderzeitraum: 1999-2009

Im östlichen Spessartviertel der Kreisstadt Dietzenbach wurden bauliche Maßnahmen in der Wohnanlage und in den Außenbereichen von Beteiligungsprozessen und sozialen Projekten begleitet. Im Rahmen der Planung und Umsetzung der Wohnumfeldverbesserung des Quartiers mit 95 Prozent Bewohnenden mit Migrationshintergrund, wurden im Beteiligungsprozess „Bürgerkompetenz im Spessartviertel“ gezielt Kinder und Jugendliche in die Sanierung des Viertels integriert. Der Prozess umfasste die Errichtung einer Planerinsel in Form einer betreuten „Kinderbaustelle“, ein Jugendbeteiligungsmodell mit Wanderausstellungen und die Erarbeitung eines Freiraumkonzepts mit Umsetzung. Auf Grundlage der stetigen Beteiligung konnte eine hohe Akzeptanz der baulichen Eingriffe erzielt werden. Die erhöhte soziale Kontrolle durch gesteigerte Nutzungen bewirkte die Reduzierung von Gewaltproblemen und Vandalismus. Mit Bezugnahme auf die gelungene Integrationsarbeit und die Erfolge der Beteiligung wurde dieser Prozess mit dem Preis Soziale Stadt 2002 ausgezeichnet.



Abb. 64: Bildungshaus im Spessartviertel

Aktive Gestaltung des Lebensumfelds durch nachbarschaftliches Engagement im Gemeinschaftsgarten

Berlin, Bülowstraße/Wohnen am Kleistpark, Förderzeitraum: 1999-2018

Im Rahmen des zweijährigen Projekts „Interkultureller Garten der Künste“ in Berlin-Schöneberg wurden nachbarschaftliche Begegnung und Engagement durch gemeinschaftliches Gärtnern aktiviert. Das 2012 und 2013 mit Mitteln der Sozialen Stadt geförderte und über das Quartiersmanagement koordinierte Projekt baute auf der nachbarschaftlichen Entwicklung des PallasParks auf einem ehemaligen Parkplatz im Quartier auf. Durch die Teilhabe an Aufbau und Pflege des Gemeinschaftsgartens wurde den Bewohnenden Verantwortung und Achtsamkeit für ihr eigenes Wohnumfeld übertragen und vermittelt, um einer Negativentwicklung entgegenzuwirken und interkulturelle Begegnung zu fördern. Im Rahmen von Veranstaltungen wie Saatgutbörsen, Pflanzentauschmärkten, Workshops, Müllsammelaktionen oder Kulturfesten wurde die Bewohnerschaft zusätzlich aktiviert. Arabische, türkische, kurdische, rumänische, amerikanische und deutsche Gärtnerinnen und Gärtner kümmerten sich gemeinsam um den Garten. Mit erfolgreicher Gründung des Vereins Pallasgärten e.V. konnte der Garten in den Folgejahren auch ohne Förderung durch die Soziale Stadt weitergeführt werden.



Abb. 65: PallasPark auf ehemaligem Parkplatz

Gemeinschaftlich über Mittel verfügen!

Verfügungsfonds im Rahmen der Städtebauförderung können in den Quartieren der Sozialen Stadt zur Aktivierung und Einbindung der Bewohnerschaft beitragen, da sie zeitnah und unbürokratisch Mittel für kleinteilige Maßnahmen und Aktivitäten im Quartier bereitstellen.

Mit der Einführung des Programms Soziale Stadt im Jahr 1999 wurde auch das Instrument der Verfügungsfonds in die Städtebauförderung aufgenommen und später aufgrund der positiven Erfahrungen auch in unterschiedlicher Weise in andere Städtebauförderprogramme übertragen. Die Fonds können als Städtebaufördermittel investiv oder investitionsvorbereitend und -begleitend eingesetzt werden. Wenngleich es sich um vergleichsweise geringe Budgets handelt, bieten die Verfügungsfonds den Akteuren vor Ort die Gelegenheit, selbständig Projekte umzusetzen. Angesichts der schwierigen Problemlagen und begrenzter sonstiger Ressourcen können in den Gebieten der Sozialen Stadt bis zu 100 Prozent der Kosten aus den Mitteln der Städtebauförderung finanziert werden. Über die Verwendung der Mittel aus dem Verfügungsfonds entscheidet ein lokales Gremium, das sich in der Regel aus Gebietsakteuren zusammensetzt. Verfügungsfonds ermöglichen auch, dass private Mittel von Stiftungen und Unternehmen integriert werden und somit neue Kooperationen geschaffen werden können.

Die Umsetzungspraxis der Verfügungsfonds in den Programmgebieten zeigt angesichts der unterschiedlichen örtlichen Gegebenheiten ein vielfältiges Bild – vor allem, da die Länder sehr unterschiedliche Rahmenbedingungen setzen. Gemeinhin gelten die Verfügungsfonds als wichtiges Instrument der Beteiligung und Aktivierung, das die Selbstverantwortung der Bewohnerschaft stärkt. Besonders hervorgehoben wird stets die Bandbreite und Vielfalt der ausgelösten Aktivitäten.

„Mittel des Verfügungsfonds stellen einen besonderen Anreiz für Bewohnerinnen, Bewohner und Stadtteilakteure dar, sich im Stadtteilgremium und in die Entwicklung des Quartiers einzubringen. Diese Mittel erreichen durch die niederschwellige Antragstellung sowohl Stadtteileinrichtungen, kleinere Initiativen als auch einzelne Bewohnerinnen und Bewohner, die Ideen für Aktivitäten für die Nachbarschaft entwickeln.“

Jutta Kirchhoff, Bezirksamt Hamburg-Nord,
Fachamt Sozialraummanagement

„Die Kombination verschiedener Förderprogramme mit z.B. Stiftungsmitteln erweitert das Spektrum von Ressourcen. Zum Teil wirken sie als „goldener Zügel“ und motivieren erst zu sektorübergreifendem Handeln. Mittel aus einem Verfügungsfonds stoßen bürgerschaftliche Projekte an und binden Bürger und Akteure im Stadtteil in die Entscheidung über die Mittelverwendung ein, bis zur Auflage von Stadtteilbudgets. Sie sind aber auch mit erheblichem zusätzlichem Verwaltungsaufwand verbunden.“

Wiebke Claussen, EG DU Entwicklungsgesellschaft
Duisburg mbH

Städtebauförderung und private Spenden kombiniert – Verfügungsfonds für Frankfurt/Oder Innenstadt

Frankfurt/Oder – Innenstadt Beresinchen, Brandenburg, Förderzeitraum: 2007-2016

Seit dem Programmstart Soziale Stadt im Jahr 2007 war das Quartiersmanagement in Frankfurt/Oder Innenstadt – getragen von der Stiftung Sozialpädagogisches Institut "Walter May" Niederlassung Brandenburg (SPI) – für die Bewirtschaftung des Verfügungsfonds zuständig und nimmt bis heute eine beratende Funktion bei der Bewerbung um die Mittel ein. Der Verfügungsfonds besteht zu 50 Prozent aus Spenden lokaler Institutionen und Unternehmen, welche mit Mitteln der Städtebauförderung entsprechend der Förderrichtlinien Brandenburgs mindestens verdoppelt werden. Das Entscheidungsgremium ist die ressortübergreifende, lokale Lenkungsgruppe „AG Soziale Stadt“ unter Einbezug von Vertretenden des Bauamts, des Sozialamts und der Zivilgesellschaft. Die Mittelvergabe, rund 250 Euro pro Projekt, erfolgt vor allem investitionsbegleitend für kleine Stadtteilfeste, Kulturveranstaltungen oder kleinere Verschönerungsmaßnahmen, wie Pflanzaktionen im Quartier. Dies bietet lokalen Akteuren die Möglichkeit, in Eigenverantwortung das Leben im Quartier zu gestalten, ohne sich an bestehende Vereinsstrukturen binden zu müssen und fördert so neu entstehende Initiativen. Durch den Verfügungsfonds konnten die knapper werdenden kommunalen Ressourcen entlastet und eigentlich nicht zu finanzierende, zivilgesellschaftliche Projekte realisiert werden.



Abb. 66: Spielplatz im Frankfurter Stadtteil Beresinchen (Innenstadt)

Verfügungsfonds für die Altstadtinsel Stralsund

Stralsund-Altstadtinsel, Mecklenburg-Vorpommern, Förderzeitraum: 2007-2016

Teile der Stralsunder Frankenvorstadt im Bereich der Sanierungsgebietserweiterung „Altstadtinsel“ wurden 2007 in das Fördergebiet Soziale Stadt aufgenommen. Entsprechend der Förderrichtlinien Mecklenburg-Vorpommerns können Projekte kleinen Maßstabs mit bis zu 100 Prozent aus Mitteln der Sozialen Stadt durch den Verfügungsfonds bezuschusst werden: Hierzu zählen Veranstaltungen, Informationsmaterial, Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen ehrenamtlicher Tätigkeiten und kleinere Maßnahmen der Wohnumfeldverbesserung. Die Verwaltung des Verfügungsfonds wird durch das vom Sanierungsträger getragene Quartiersmanagement geleitet, das den Antragstellenden – Vereinen, Verbänden und Initiativen – beratend und initiiierend zur Seite steht und die Projektumsetzung betreut. In den vergangenen Jahren konnten Stadtteilfeste und Gemeinschaftsaktivitäten, Kleidertauschaktionen, „gesund Kochen im Quartier“ sowie Kunstinstallationen im öffentlichen Raum realisiert werden. Der Einsatz des Fonds ermöglichte die Förderung von Eigeninitiative und den Aufbau neuer Projektgruppen, die ihre Aktivitäten mittlerweile ohne beratende Unterstützung fortführen.



Abb. 67: Neuer Markt im Zentrum der „Insel“

„Um Chancengleichheit gesamtgesellschaftlich zu entwickeln, bedarf es des Zusammenwirkens von Politik und Gesellschaft, von Wirtschaft und Wissenschaft, von Interessensgruppen und Betroffenen, wie dies nur auf kommunaler Ebene gelingen kann. Mit dem Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit mit seinen mittlerweile 74 Mitgliedern aus allen Bereichen, ist ein Bündnis entstanden, das auch im Rahmen der gesundheitsförderlichen Quartiersentwicklung Partner zusammenbringt.“

Geschäftsstelle des Kooperationsverbundes Gesundheitliche Chancengleichheit

„Unsere Erfahrungen zeigen immer wieder, dass die besten Ergebnisse dort erreicht werden, wo es kollaborative Netzwerke aller betroffenen und beteiligten Akteure gibt. Passende Kooperationen und Vernetzung mit vielfältigen Akteuren/Institutionen im Stadtteil sind neben dem partizipativen Ansatz erfahrungsgemäß ein Garant für die Schaffung nachhaltiger Strukturen und nicht zuletzt ein Weg zur Steigerung von Empathie in der Nachbarschaft.“

Kristina Rahe, Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e.V.

Bündnisse schmieden!

Die Quartiersentwicklung erfordert neben der Unterstützung auf allen staatlichen Ebenen, den Aktivitäten von Initiativen, sozialen Trägern und der Zivilgesellschaft auch das Engagement von Akteuren aus der Wirtschaft, Unternehmen, Gesellschaften, Verbänden und Stiftungen.

Mit der Idee der Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt verband sich schon bei der Programmeinführung Ende der 1990er Jahre die Hoffnung, neben einer sektorübergreifenden Förderung durch Bund, Länder und Kommunen die breite Unterstützung der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft für eine integrierte Entwicklung in benachteiligten Quartieren zu mobilisieren. Das Potenzial, die Aufgaben der öffentlichen Hand mit dem Engagement von Wohlfahrtsverbänden, Vereinen, Kirchen, Initiativen, Unternehmen und Stiftungen sowie der Bewohnerschaft zu verknüpfen, wurde vor allem auch darin gesehen, deren Mitverantwortung an der langfristigen Stabilisierung der Quartiere zu etablieren.

In der Umsetzungspraxis der vergangenen Jahre kommt den Wohnungsunternehmen – vor allem in den großen Wohnquartieren – eine große Bedeutung zu. Sie beteiligen sich vielerorts an Maßnahmen zur Stabilisierung der Quartiere und greifen die Anstoßwirkung der Städtförderung auf, um private Mittel in die Wohnungsbestände, deren Umfeld und weitere soziale Maßnahmen zu investieren.

Anhaltende und zunehmende soziale Herausforderungen in den benachteiligten Quartieren waren in den letzten Jahren der Anlass, die Kooperationen mit Dritten, beispielsweise Stiftungen und Unternehmen, verstärkt zu suchen. Dabei sollen das private Engagement zusätzlich erfolgen und die privaten Ressourcen eine sinnvolle Ergänzung der öffentlichen Mittel darstellen. So können auch über die zeitliche Begrenzung der Städtebauförderung hinaus wirkungsvolle Maßnahmen zur Stabilisierung der Quartiere erreicht werden.

Zusammenschluss in der „Stadtteilgenossenschaft Halle-Neustadt“ Halle-Neustadt, Sachsen-Anhalt, Förderzeitraum: 1999-2016

Im Jahr 2011 fanden sich lokale Akteure in Halle-Neustadt – einem von Fluktuation, Leerstand und Imageproblemen geprägten Stadtteil – über die Gründung einer Stadtteilgenossenschaft zusammen mit dem Ziel der Förderung lokaler Ökonomie und der Reintegration Langzeitarbeitssuchender in den Arbeitsmarkt. Als Teilprojekt des Netzwerks „WABI - Wohnen, Arbeiten, Bildung und Integration in Halle-Neustadt“ erhielt es für die Vorbereitung, Gründung und Konsolidierung der Genossenschaft Fördermittel aus dem ESF-Programm „BIWAQ - Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“. Neben den Initiatoren SPI „Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH“ und „innova eG“ (Entwicklungsagentur für Selbsthilfegenossenschaften) gehörten Wohnungsgenossenschaften, Vereine, freie Träger und private Akteure zu den Gründenden und Finanzierenden der Genossenschaft. Bis zu ihrer Auflösung 2016 finanzierte sich die Genossenschaft über einen gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb, der zum Beispiel die Betreuung eines Cafés, des Treffpunktes Neustadt, die Herausgabe der Stadtteilzeitschrift und das Angebot von hausnahen Dienstleistungen beinhaltete – danach konnte die Finanzierung durch dieses Modell nicht mehr gewährleistet werden.

Stadtteilpatenschaften durch regionale Unternehmen

Nürnberg, Bayern, St. Leonhard/Schweinau (2007-2018), Galgenhof/Steinbühl (1999-2010, 2012-2016, 2018), Gibitzenhof (2015-2016, 2018)

Aus einer Zusammenarbeit der Stadt Nürnberg mit Unternehmen, Stiftungen und Fördervereinen gingen sogenannte „Stadtteilpatenschaften“ für insgesamt sechs Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf hervor – drei davon sind Soziale Stadt- Gebiete. Auf gesamtstädtischer Ebene durch das Referat für Jugend, Familie und Soziales initiiert, ist hier ein Modell entstanden, das ausschließlich durch private Mittel regionaler Partnerinnen und Partner getragen wird. Jedem der sechs Stadtteile ist jeweils ein Pate zugeordnet, der lokale Initiativen und Projekte sowohl durch eine jährliche Zuwendung zwischen 20.000 bis 25.000 Euro als auch durch ideelles und personelles Engagement unterstützt. Während lokale Stadtteilkoordinierende aus dem Kontext der Sozialen Stadt den Bedarf vor Ort durch engen Kontakt zur Bewohnerschaft ermitteln und die Mittelverteilung organisieren, ist das kommunale Referat für eine enge Betreuung der Paten zuständig. In den drei Sozialen Stadt-Gebieten – St. Leonhard/Schweinau, Galgenhof/Steinbühl und Gibitzenhof – wurden so Synergien zwischen privater und Programmförderung ermöglicht. Im Fall von St. Leonhard/Schweinau wurden die Mittel des Paten für die Fortführung von Projekten verwendet, deren Ideen aus der Sozialen Stadt hervorgingen.



Abb. 68: Nachbarschaftsprojekt in Halle Neustadt



Abb. 69: Wohngebiet am Nordostbahnhof

Erfolge verstetigen!

Das Programm Soziale Stadt stellt in den benachteiligten Quartieren eine befristete Intervention dar. Um eine nachhaltig stabilisierende Wirkung zu erzielen, sollten bereits während der Programmlaufzeit Konzepte und Maßnahmen zur Verstetigung mitgedacht werden.

Die Soziale Stadt kann als Städtebauförderprogramm mit einem begrenzten Förderzeitraum zu einer positiven Entwicklung benachteiligter Quartiere beitragen. Daher ist mit dem Programm die Erwartung verknüpft, dass strategische Konzepte, Leuchtturmprojekte, aufgebaute Strukturen und Netzwerke nachhaltig weiterwirken. Der in frühen Programmphasen häufig benannte Anspruch, selbsttragende lokale Strukturen der Eigenorganisation in den Programmgebieten innerhalb der Programmlaufzeit zu erreichen, stellt für die Akteure vor Ort jedoch eine Herausforderung dar.

Verstetigungskonzepte werden in den letzten Jahren von den Programm-beteiligten immer deutlicher und früher eingefordert. Die praktische Erfahrung in den Programmgebieten hat gezeigt, dass die Diskussion der Verstetigung ausreichend Zeit benötigt, um Verständnis vor Ort, in der Verwaltung und den politischen Gremien zu schaffen sowie tragfähige Strukturen mit den entsprechenden Ressourcen aufzubauen. Welche Projekte, Strukturen und positiven Entwicklungen langfristig zu sichern sind, variiert von Gebiet zu Gebiet. Eine zentrale Rolle bei der Verstetigung wird aber stets in der verantwortlichen Fortführung der Aufgaben des Quartiersmanagements oder auch des Verfügungsfonds gesehen. Als „Erfolgsfaktoren“ der Verstetigung werden Akteursnetzwerke im Quartier, kontinuierliche, gebietsbezogene Verantwortlichkeiten in der Verwaltung und finanzielle Spielräume in den kommunalen Haushalten benannt. Maßnahmen der Verstetigung werden vielfach auch durch zivilgesellschaftliche Akteure, soziale Träger oder Wohnungsunternehmen gewährleistet.

„Drei, fünf, gar zehn Jahre sind schneller vorbei, als man glauben mag. Leider erleben wir viel zu oft, dass die Bewohnerinnen, Bewohner und Akteure in den geförderten Quartieren in ein tiefes Loch fallen, sobald das lokale Soziale-Stadt-Programm ausläuft. Quartiersmanagement, Quartiersfonds, Quartiersbeirat; plötzlich ist kein Geld mehr da für Dinge, die für die Menschen in den Quartieren selbstverständlich geworden sind. Dabei lässt sich für vieles eine nachhaltige Lösung finden. Damit das gelingt, müssen die örtlichen Programmverantwortlichen frühzeitig das Gespräch suchen mit den unterschiedlichen Ressorts der städtischen Verwaltung, den Quartiersakteuren und den Bewohnerinnen und Bewohnern. Gemeinsam muss entschieden werden, was fortgeführt werden soll, wer welche Aufgaben übernehmen kann und welche alternativen Finanzierungsquellen möglich sind. Zwei gute Beispiele für einen gelungenen Verstetigungsprozess kennen wir aus den Städten Emden und Velbert.“

Stadtraumkonzept GmbH

„Ein Quartier blickt nach vorn“ – Nachhaltige Stärkung der Nachbarschaft Zechensiedlung Dorsten-Hervest, Nordrhein-Westfalen, Förderzeitraum: 2009-2015

Im Zuge der Erneuerung der Zechensiedlung Hervest initiierte das zuständige Wohnungsunternehmen die Entwicklung eines tragfähig finanzierten Verstetigungskonzepts, um eine nachhaltige Stärkung der Nachbarschaft nach Ende der Förderung zu erwirken. Unter dem Motto „w – Ein Quartier blickt nach vorn“ erarbeitete das Unternehmen gemeinsam mit der Stadt Dorsten, dem Verein für Bergbau-, Industrie- und Sozialgeschichte und der evangelischen Kirche ein Konzept für den Ausbau und die Sicherung von vorhandenen sozialen Initiativen. Mithilfe dieser öffentlich-privaten Partnerschaft konnten der Erhalt des Kultur- und Begegnungszentrums am Brunnenplatz mit Freizeitangeboten gesichert sowie ein interkultureller Siedlungsgarten, Ferienfreizeiten und Projekte der Geflüchtetenhilfe realisiert werden. Ideen aus dem Stadtteil, die in regelmäßig abgehaltenen Ideenkonferenzen, sogenannte „Hervest-Konferenzen“ mit Bewohnenden entstanden, wurden soweit wie möglich umgesetzt.



Abb. 70: Der Brunnenplatz – Heimat des Kultur- und Begegnungszentrums im Zentrum der Siedlung

Bürgertreff-Ost – ein gemeinnütziger Verein für Verstetigung Dachau-Ost, Bayern, Förderzeitraum: 2008-2015

Frühzeitig wurde in Dachau-Ost die Verstetigung von Ideen, vereinzelt Maßnahmen und des bürgerschaftlichen Engagements der Sozialen Stadt nach der Förderung angestrebt. Zu diesem Zweck wurde begleitend zu den Maßnahmen der Städtebauförderung an Ideen zur Weiterführung des Quartiersmanagements gearbeitet. Durch den Bau eines neuen Bürgertreffs, dessen Funktionserhalt durch die Gründung und den strukturellen Aufbau des gemeinnützigen Vereins „Bürgertreff-Ost e.V.“ im letzten Programmjahr sichergestellt wurde, konnte das Quartiersmanagement auch nach der Ausfinanzierung des Programms zentral im Quartier verortet und weitergeführt werden. Durch einen jährlichen Zuschuss der Stadt Dachau und durch Weiterführung und Neuorganisation bestehender Arbeitsgruppen aus dem Programm, konnten die Aufgaben und Angebote des Soziale Stadt-Quartiersmanagements sowie dessen Beteiligungsmöglichkeiten verstetigt werden. Begleitet von Kultur, Sport- und Freizeitaktivitäten werden im Bürgertreff noch heute die Themen Stadtteilentwicklung, Verkehr und Grünflächen bearbeitet. Das Quartiersmanagement und der Bürgertreff sind heute Imagetragende des Stadtteils.



Abb. 71: Der Dachauer Bürgertreff

Impressionen aus Soziale Stadt - Quartieren



Abb. 72: Ansicht des Bürgertreffs in Dachau



Abb. 73: Fest der Nachbarn 2019 vor dem MGH Mikado in Frankfurt/Oder, welches durch Mittel der Sozialen Stadt und des Stadtumbaus gefördert wurde



Der Blick nach vorne

Lernen von der Sozialen Stadt

Die Soziale Stadt ist ein Städtebauförderprogramm mit vielen Besonderheiten, dessen grundsätzliche Programmatik in verschiedenen Phasen immer wieder Modifikationen erfahren hat und dessen Umsetzung in den Programmgebieten der Kommunen bundesweit ein vielfältiges Bild integrierter Quartiersentwicklung erzeugt – dies spiegelt auch die vorliegende Dokumentation wider. Im Schlusskapital stellt sich nun die Frage, was man aus den vergangenen beiden Jahrzehnten der Programmumsetzung für die zukünftigen Herausforderungen im Quartier lernen kann.

Die Antwort auf diese Frage soll eine Gesprächsrunde mit Kennerinnen und Kennern des Programms finden, die vom Bund bis in die Kommune, von der Wissenschaft und aus der Praxis in verschiedenen Rollen und Funktionen über viele Jahre hinweg die Anliegen der Sozialen Stadt befördern, erforschen, verhandeln, umsetzen und vermitteln. Ihre Erfahrungen mit der Sozialen Stadt wurden auf unterschiedlichen Ebenen gesammelt – und sie sind jeweils geprägt vom zeitlichen Einstieg in die Thematik, den länderspezifischen Gebietskenntnissen sowie dem beruflichen oder ehrenamtlichen Zugang zu dem Programm, sodass auch hier vielfältige Sichtweisen den „Blick nach vorne“ prägen.

Über die Anfänge der Sozialen Stadt, deren Intentionen und Erfolge und vor allem die zukünftigen Herausforderungen und Problemdimensionen tauschen sich aus:

Jörg Fischer, Bürgermeister Donauwörth

Nicole Graf, Leiterin des Referats SW III 1 – Allgemeine Angelegenheiten der Städtebauförderung und –förderpolitik, Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

Gisela Schmitt, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, RWTH Aachen, Fakultät für Architektur, Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung

Reinhard Thies, Geschäftsführer, Wohnbau Gießen GmbH

und

Monika Thomas, Abteilungsleiterin Stadtentwicklung, Wohnen, Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

Moderation: Prof. Dr. Agnes Förster, Inhaberin des Büros STUDIO | STADT | REGION und Professorin für Planungstheorie und Stadtentwicklung, RWTH Aachen



Abb. 74: Jörg Fischer, Bürgermeister Donauwörth



Abb. 76: Reinhard Thies, Wohnbau Gießen GmbH



Abb. 75: Gisela Schmitt, RWTH Aachen



Abb. 77: Monika Thomas, BMI

Agnes Förster (AF): *Ich danke Ihnen allen, dass Sie heute nach Berlin gekommen sind, um über 20 Jahre Soziale Stadt und die zukünftigen Herausforderungen in den Quartieren zu sprechen. Die erste Frage richtet sich an alle: Wie haben Sie die Anfänge der Sozialen Stadt im Jahr 1999 erlebt?*

Monika Thomas (MT): Die Einführung des Programms stellte damals eine große Veränderung dar. Die Notwendigkeit, die Städtebauförderung nicht mehr nur baulich, sondern auch verstärkt sozial auszurichten, wurde auch institutionell in dieser Zeit erkannt. Damals war ich Stadtbaurätin der Stadt Seelze, nahe Hannover. Das Programm beschäftigte sich mit eben diesen Kleinstädten am Rande, die häufig die sozialen Lasten der Großstädte mitgetragen haben. Wir hatten alle schon Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung, aber in dieser Ganzheitlichkeit, in dieser Komplexität, war das neu. Die Einführung hatte auch eine politische Bedeutung: die politischen Organe, wie beispielsweise Stadträte, wurden viel direkter miteinbezogen. So konnte die Distanz zur Politik abgebaut werden.

Jörg Fischer (JF): In Donauwörth wurde die Soziale Stadt in dem ehemaligen Nobelstadtteil Parkstadt eingeführt, der, nachdem große Flächen dort mit sozialem Wohnungsbau bebaut wurden und viele Russlanddeutsche zuzogen, zu Beginn der 2000er Jahre in Verruf geraten war. Das Förderprogramm Soziale Stadt bot die Möglichkeit, in der Parkstadt die Themen Städtebau und Integration gemeinsam zu bearbeiten. Der Schlüssel war hier die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern, die wir immer wieder zu Bürgerversammlungen eingeladen haben. Dass ich berufsbedingt die russische Sprache gelernt habe, war dabei sehr hilfreich. Es sind damals Arbeitsgruppen entstanden, die sich um Themen wie Zuwanderung und städtebauliche Veränderungen in den großen Wohnblocks kümmerten, und wir haben ein Netzwerk aufgebaut, das bis heute existiert.

Gisela Schmitt (GS): Nordrhein-Westfalen ist eines der Bundesländer, das für sich beansprucht, die Wiege dieses Programms „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ zu sein. Der damalige Bauminister Zöpel hat

die Programmidee in der Bauministerkonferenz vertreten. Der Handlungsanlass resultierte natürlich aus dem Strukturwandel im Ruhrgebiet und der Stagnation in vielen Stadtteilen dort. Auf der anderen Seite aber auch aus der Großsiedlungsproblematik, wo es auch schon früh, Ende der 80er Jahre in den westdeutschen Bundesländern, Leerstand und Nachbesserungsbedarf gab. Meine Bezüge zur Sozialen Stadt kommen aus der Beschäftigung mit der Stadterneuerung und vor allem ihrer Hinwendung zur behutsamen und bewohnerorientierten Stadterneuerung. Die Stadtforschung hat in dieser Zeit mit ihrer These von der geteilten Stadt und der Problembeschreibung, einer sich verfestigenden, sozialen Ausgrenzung, der Programmidee einen weiteren Impuls gegeben.

Reinhard Thies (RT): In Hessen waren soziale Fragen in den Quartieren im Zuständigkeitsbereich des Sozialministeriums. Mit den Themen des Städtebaus oder gar Wohnungsbaus wurden diese aber nicht kombiniert. Für Problemstadtteile, wie die „Obdachlosensiedlung Margaretenhütte“ in Gießen, wurde lange versucht über pädagogische Konzepte die Probleme anzugehen. Nach dem Motto: ‚Pädagogen, befriedet mal das Quartier mit guten Worten und Pädagogik!‘. In Hessen ging es also ab den 1980er Jahren darum, eine sozialpolitische mit einer wohn- und städtebaulichen Strategie zu verbinden. Rot-Grün in Hessen war eine historische Chance für ein neues Programm mit einem Gemeinwesenansatz in der Zuständigkeit des Wohnungsministeriums. Nun gab es da die erste interministerielle Arbeitsgruppe. Die Entwicklungen an der Margaretenhütte wurden Grundlage des Programms Soziale Stadt, als im Jahr 1998 der damals zuständige Bundesminister Töpfer das Gebiet in Gießen besuchte. Spätestens danach war im Ministerium klar: Das müssen wir auf die Bundesebene bringen. In den 2000er Jahren habe ich dann – anknüpfend an meine Arbeit als Sozialpädagogin im Quartier – die Bundesarbeitsgemeinschaft „Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit“ mitbegründet.

Nicole Graf (NG): Ich habe das Referat Soziale Stadt, Städtebauförderung im Bundesministerium nach dem Bundeskongress zu 10 Jahren Soziale Stadt übernommen. Diese zweite Phase war für mich sehr spannend, da

sich in dieser das Förderprogramm und im Speziellen das Instrument des Quartiersmanagements in unterschiedlicher Weise und Funktion weiterentwickelt hat und professioneller geworden ist.

AF: *Das ist ein schöner Übergang zu der Frage, was eigentlich die Grundphilosophie der Sozialen Stadt über die verschiedenen Phasen hinweg war. Wie würden Sie aus Ihrer Sicht diese Philosophie umreißen und den Wandel oder die Modifikation in diesen 20 Jahren beschreiben?*

MT: Ich finde, dass wir mit den vielen Instrumenten der Stadtentwicklung ein hohes Gut in der Bundesrepublik haben – besonders auch im internationalen Vergleich. Es ist wichtig, das zu pflegen und immer wieder anzupassen. Beispielsweise die städtebaulichen Leitbilder nach dem Zweiten Weltkrieg: als man gemerkt hat, so machen wir die ganzen alten, schönen Städte kaputt. Da kamen dann die ersten Sanierungsprogramme der Städtebauförderung in den Siebzigern, die Vernachlässigung der Gründerzeitviertel und die Phase der Sanierung der Großwohnsiedlungen. Aus allem haben wir Erkenntnisse gezogen und die Programme der Städtebauförderung laufend optimiert.

JF: Das Zentrale ist doch der starke Einbezug der Anwohnerinnen und Anwohner in die Quartiersentwicklung. Wir haben Strukturen geschaffen, durch die die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in Arbeitskreisen und Lenkungsausschüssen vertreten werden konnten. Die Bürgerschaft sitzt auch selbst als Betroffene in den Gremien. Wir haben 91 unterschiedliche Ethnien in der Parkstadt Donauwörth. Das ist es, was die Philosophie für uns ausmacht, dass wir nur gemeinsam etwas auf den Weg bringen können und zwar mit den Menschen, die dort leben.

RT: Aus meiner Sicht war es ganz wichtig, dass auch ein Signal von staatlicher Ebene kam: Wir schauen nicht nur auf die Mitte der Stadt, sondern beschäftigen uns auch mit den Rändern. Das war ein ganz großer Wechsel in der Wahrnehmung.

GS: Das ist eine hohe Qualität der Sozialen Stadt: Also, dass ein Bund-Länder-Programm in ganz vielen Bereichen einen Paradigmenwechsel ausgelöst hat. Und dass die Soziale Stadt ein lernendes Programm ist, mit einer Strategie, die immer wieder evaluiert wurde. Da ist eine Qualität in den Verfahrensweisen erreicht worden, die eben auch in der Praxis verstanden und geschätzt – und nicht nur als bürokratischer Aufwand oder Gängelung gesehen – wird.

MT: Es gab auch sicherlich viele Kommunen, wo man die integrierte Vorgehensweise nicht hätte umsetzen können, wenn es dieses Programm nicht gegeben hätte. Freiwillig ein ISEK zu machen bedeutet einen großen Aufwand, besonders für kleinere Kommunen. Die großen Städte haben ähnlich wie wir das Problem gehabt, ihre unterschiedlichen Ressorts zusammenzubringen. Da ist viel Überzeugungsarbeit nötig. Auf Bundesebene ist die ressortübergreifende Strategie ein riesiger Erfolg.

NG: Es ist tatsächlich so, dass am Anfang auch häufig Unsicherheit auf der Ebene der verschiedenen Bundesressorts herrschte – da gab es Aussagen, wie: „Wir brauchen doch keine Programme, die im Quartier, im Sozialraum agieren“. Der Erläuterungsprozess, welche Zielgruppen in den Quartieren leben und dass man gemeinsam kooperieren kann, war ganz schön zäh. Geholfen hat, dass Erfolge gezeigt werden konnten. Deshalb ist da auch langsam durch das, was von „unten“ entstanden ist, ein Umdenkprozess in den Ressorts in Gang gekommen.

JF: Auch auf kommunalpolitischer Ebene war die Einführung des Programms eine Herausforderung. Wir haben intensiv Öffentlichkeitsarbeit betrieben und dem Stadtrat wiederholt geschildert, wo die Probleme im Quartier liegen und welche Maßnahmen wir zur Verbesserung einsetzen. Das haben wir so lange gemacht, bis der Stadtrat gemerkt hat: In dem Quartier tut sich was, da verändert sich wirklich etwas. Wir haben wirklich Überzeugungsarbeit leisten müssen.

GS: Also, dass Quartiere wieder gesehen werden und damit die Leute in den Quartieren, die aktiv sind, die sich kümmern und dass auch die

Politik in diese Stadtteile kommt, ist schon ein Verdienst des Programms. Durch die Soziale Stadt bekommt das Engagement in den Quartieren ein „Label“. Es gibt einen „gefühlten“ immateriellen Mehrwert in dem Programm, der auch über das Fördervolumen hinaus eine wichtige Rolle spielt.

JF: Mit dem „Label“ identifiziert sich auch die Bewohnerschaft im Stadtteil. Das zeigt unsere Parkstadt mittlerweile. Wir erleben seit vier, fünf Jahren einen neuen Zuzug von jungen Familien.

RT: Ich glaube, die zivilgesellschaftlichen Akteure sind in hohem Maße die Nachhaltigkeits-Garanten. Wo eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe gelungen ist, sind die Veränderungen meiner Erfahrung nach nachhaltig. Wo dies nicht gelungen ist, bricht alles auch schnell wieder zusammen. Daher ist es wichtig, schon früh über Verstetigungsstrategien nachzudenken und sie mit allen beteiligten Akteuren abzustimmen. Dazu gehört aber auch die Selbstreflektion in den kommunalen Verwaltungen.

AF: *Die Frage, was eigentlich nachhaltige Wirkungen des Programms sind, können wir auch anders stellen: Wo steht das Programm heute? Wie wirkt es? Und was sind die Routinen und Instrumente, die man in der Hand hat? Was mich sehr beeindruckt, ist die Entdeckung des Raums als etwas Wirkungsvolles. Wir sagen ‚Raum‘, wenn wir etwas räumlich bündeln und vor Ort aktiv sind. Das hat eine große Wirkung.*

MT: Diese Verräumlichung findet ja häufig über Begegnungsräume, also Treffpunkte, soziale Infrastrukturen oder Bildungseinrichtungen vor Ort, statt. Wenn ich jetzt an die Dimension großer Stadtsanierungsmaßnahmen im Verhältnis dazu denke, dann sind doch das Instrument des Quartiersmanagements und die Einrichtung von Treffpunkten im Quartier leicht umzusetzende und erschwingliche Maßnahmen. Und in der Wirkung teilweise sogar nachhaltiger.

NG: Das Quartiersmanagement und die damit verbundenen Maßnahmen bergen große Chancen, identifikationsstiftend für die Bürgerinnen und

Bürger zu sein. Daher ist es auch wichtig, ressortübergreifend strukturfördernd und strukturgebend zu agieren und dies auch in der Förderung der Quartiere abzubilden. Daher wurden Instrumente wie das Quartiersmanagement auch in andere Förderprogramme integriert. Der Raum bietet eine große Chance, auch die Zielgruppen besser zu erreichen.

RT: Wir gehen mittlerweile mit dem Quartiersmanagementansatz in Sanierungen von Großobjekten, auch außerhalb von Soziale Stadt-Quartieren. Die nennen wir „Ombudsleute“. Da werden praktisch aus dem Sanierungsprogramm der Wohnbau, also meines Unternehmens, intermediäre Akteure aus der Wohlfahrtspflege eingesetzt. Das sind alles Erfahrungen aus der Sozialen Stadt, aus den Quartiersmanagementstrategien, die jetzt auch woanders erfolgreich greifen.

JF: Genau das ist es, da kann ich Ihnen nur zustimmen. Wir arbeiten gerade an einem Programm oder Strukturpapier für die Verstetigung, weil wir natürlich als Kommune immer damit rechnen müssen, dass das Förderprogramm irgendwann mal endet. Wir brauchen auf der Verwaltungsebene in Zukunft ein neues Berufsbild: das des Kümmerers. Dieser sollte alle Ämter oder Referate und die Vorgänge im Quartier koordinieren, um gesamtstädtisch der Frage nachzugehen: Was benötigen die Stadtteile oder Brennpunkte in einer Stadt für eine Perspektive des friedlichen, gemeinschaftlichen Zusammenlebens?

GS: Das Kerngeschäft der Städtebauförderung sind ja auch die Investitionen in städtebauliche Missstände, das sollte man hier nicht übersehen. Vernachlässigung und fehlende Investitionen sind weiterhin ein Hauptproblem der Gebiete, das man über sozial-integrative Maßnahmen und zivilgesellschaftliches soziales Engagement nicht in den Griff bekommt. Deshalb glaube ich, ist es wichtig bei all dem, was man an immateriellem Mehrwert rund um die Soziale Stadt benennt, nicht zu vergessen, dass es in der Städtebauförderung auch darum gehen muss, private Eigentümerinnen und Eigentümer dazu zu bringen, in ihre Immobilien und deren Umfeld zu investieren.



Abb. 78: Prof. Dr. Agnes Förster, STUDIO | STADT | REGION und RWTH Aachen



Abb. 79: Jörg Fischer, Bürgermeister Donauwörth



Abb. 80: Impression der Gesprächsrunde



Abb. 81: Nicole Graf, BMI

MT: Da stimme ich Ihnen zu. Es ist aber auch wichtig, im Bereich Migration, Soziales oder Kultur die soziale Balance einer Stadt zu denken. Es braucht immer jemanden vor Ort, der die Fahne hochhält. Ich denke schon, dass die Aufgabe, sich um Quartiere und Stadtteile zu kümmern, sehr intensiv bleiben wird. Man kann ja nicht sagen: „Das ist jetzt vorbei. Wir haben die Probleme gelöst“. Wir sind immer noch in einer Situation, wo unsere Probleme noch wesentlich geringer sind als sonst auf der Welt, aber es ist vielleicht auch deswegen so, weil wir uns früh dieser Themen angenommen haben.

AF: *Das wäre jetzt auch der Schwenk auf diese letzte Perspektive – sie haben es auch schon angefangen – diese Frage der zukünftigen Herausforderungen für die Soziale Stadt.*

RT: Ich denke, wir haben immer wieder wechselnde Schwerpunkte: Seit 2015 ist es das Thema Integration, vorher die Gesundheitsfrage oder das Thema Bildung in den Quartieren. In Gießen ist es aktuell eher die Wohnungsfrage. Dazu bräuchten wir aber nicht unbedingt ein Städtebauförderprogramm, sondern ein Wohnungsbauprogramm. Denn es wird zusehends schwerer, in den benachteiligten Quartieren zu sanieren. Wir haben ja die Vorgabe, dass die Bewohnerschaft nach der Sanierung zum größten Teil wieder einzieht. Bei einer Sozialquote von 80 Prozent ist das kaum vereinbar. Also brauchen wir quartierspezifische Wohnungsbauprogramme. Darin müssten auch Strategien zur Realisierung von barrierefreien Wohnungen und altersgerechtes Wohnen enthalten sein.

GS: Da will ich gleich ergänzen: Wir haben eben auch eine große Zahl von privaten Eigentümerinnen und Eigentümern, die sich nicht um ihre Problemimmobilien kümmern (können), nicht investieren und so quasi ihren Wohnungsbestand abwohnen lassen. Das führt oft zu informellen Mietverhältnissen und in der Folge dann auch zu Konzentrationen von sozialen Problemen in diesen Beständen.

RT: Auch deshalb brauchen wir kommunale Wohnraumversorgungskonzepte, die in den integrierten Handlungskonzepten der Quartiere verankert werden müssen. Da kommen wirklich große Herausforderungen auf uns zu. Häufig werden in diesen prekären Wohnverhältnissen Geflüchtete untergebracht. In der Bevölkerung werden Stimmen laut, dass wiederum die Geflüchteten den Wohnraum ohne Berechtigung „belegen“ würden. In diesen ohnehin angespannten Quartieren ruft dies im Umkehrschluss auch Parteien des rechten Spektrums auf den Plan.

JF: Nachdem wir am Jahresende das Ankerzentrum in Donauwörth schließen werden, bleibt die Herausforderung der Integration eines hohen Anteils an Menschen mit Migrationshintergrund auch bei uns. Wir müssen interkulturelle Kompetenz selbst lernen und in den Quartieren lehren. Da ist die Stadt nach wie vor gefragt – im Bereich des Städtebaus und der sozial integrativen Maßnahmen.

MT: Beim Zusammenleben im Quartier, genauso wie bei der Wohnraumversorgung, geht es doch letztlich darum, eine gute soziale Balance zu schaffen. Dazu gehört auch die enge Zusammenarbeit mit den Wohnungsgesellschaften vor Ort. Es gibt darüber hinaus einige Themen, die aber auch schwer zu fassen sind. Wir erleben eine starke Veränderung unseres Arbeits- und Alltagslebens. Auch die Kinderbetreuung, verankert im Kitagesetz, setzt neue Herausforderungen. Das hat Auswirkungen auf die Entwicklung unserer Quartiere. Aber auch andere Formen des Arbeitens und die Digitalisierung wirken sich aus.

JF: Zu ergänzen wäre auch noch, angelehnt an die Herausforderungen der Digitalisierung, der Themenbereich Verkehr und Anbindung beziehungsweise Infrastruktur.

NG: Damit einher geht auch die Frage nach den Anforderungen und Ansprüchen an öffentlichen Raum. Wenn sich zum Beispiel durch Homeoffice-Modelle mehr im Quartier abspielt, wie muss dann der öffentliche Raum gestaltet sein, auch um aktiv Begegnung zu fördern, über alle Ziel- und Altersgruppen hinweg?!



Abb. 82: Impression der Gesprächsrunde



Abb. 83: Constanze Ackermann, STUDIO | STADT | REGION

GS: Die benachteiligten Quartiere benötigen neben Wohnen, Versorgung und sozialer Infrastruktur weitere Funktionen, wie Dienstleistung und Gewerbe, die Arbeitsplätze, Frequentierung und Investitionen in die Gebiete bringen. Es geht um mehr als nur „Gut wohnen im Quartier“. Was vielen Sozialen Stadt-Quartieren fehlt, sind private Investitionen und mehr Engagement von Unternehmen.

AF: Ich habe jetzt herausgehört, dass es darum geht, vor Ort sichtbar zu sein, ein Sich-Kümmern. Damit dies möglich ist, brauchen wir die Förderprogramme auf Bundes- und Länderebene, aber eben auch auf der Stadtebene. Das Spannende ist, dass sich über diese Programme Kompetenzen vor Ort entwickeln. Es wird also auch zukünftig darum gehen, wie wir sowohl städtebauliche, aber eben auch eine hohe Qualität des Zusammenlebens in die Quartiere bringen. Denn die sozialräumlichen Aufgaben bleiben uns auch in den kommenden Jahren erhalten. Der Raum macht etwas mit den Menschen: Er ist Ort zum Leben, drückt eine Zugehörigkeit aus und ist auch Heimat. Vielen Dank für das Gespräch.



Abb. 84: Impression der Gesprächsrunde



Abb. 85: Impression der Gesprächsrunde

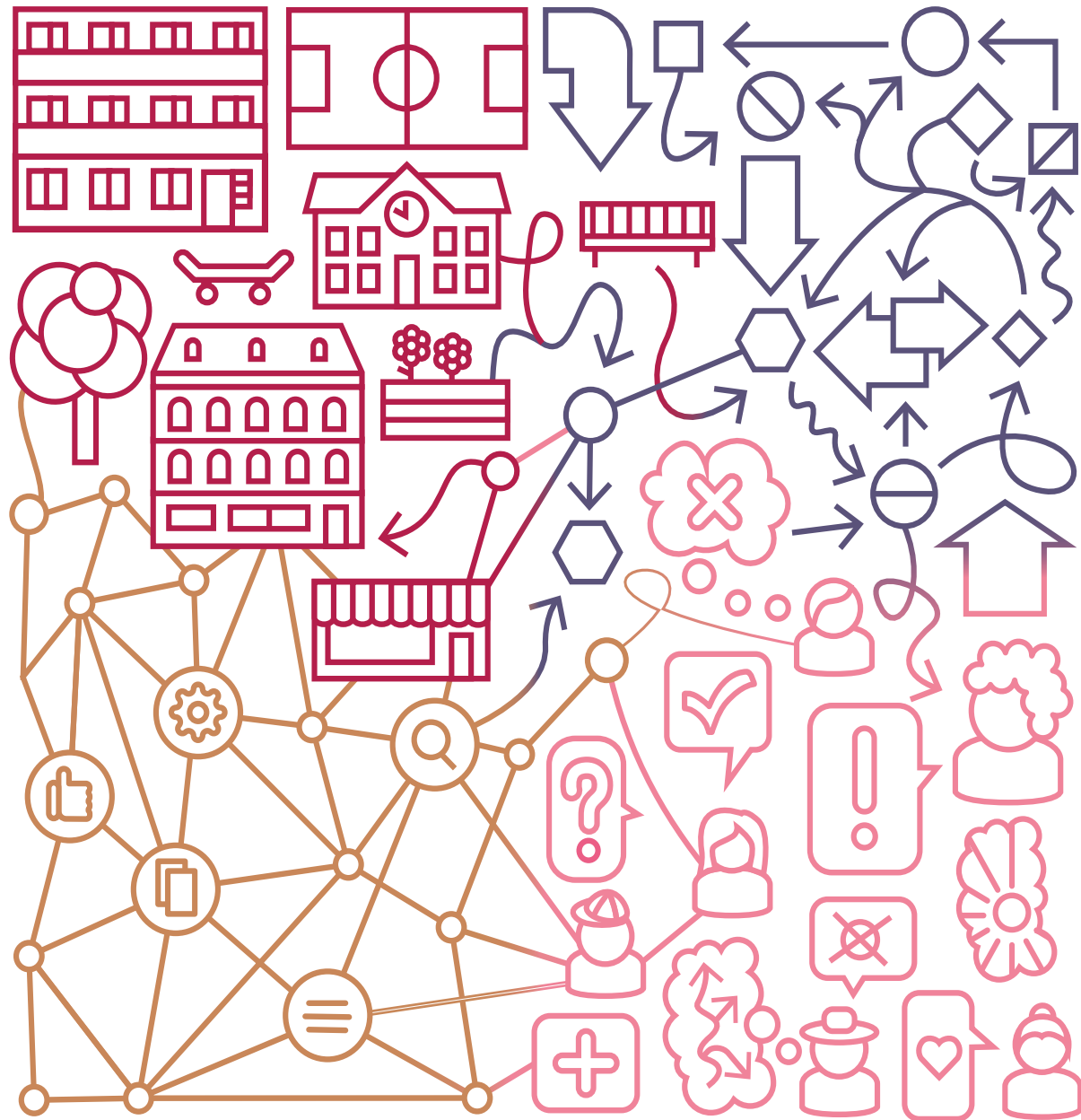


Abb. 86: Key Visual - studio panorama

Quellen

Abbildungsverzeichnis

Titelbild	Benjamin Pritzkuleit	S. 30:	Abb. 21	Bayerisches Staatsministerium für
S. 3: Abb. 01	Henning Schacht			Wohnen, Bau und Verkehr
S. 5: Abb. 02	F. Berger	S. 30:	Abb. 22	Carsten-Armin Jakimowicz
S. 6: Key Visual	studio panorama	S. 31:	Abb. 23	Carsten-Armin Jakimowicz
S. 8: Abb. 03	Eigene Darstellung, Daten: BBSR, empirica ag	S. 31:	Abb. 24	Carsten-Armin Jakimowicz
S. 10-11: Abb. 04	Zeitstrahl; Eigene Darstellung	S. 31:	Abb. 25	Carsten-Armin Jakimowicz
S. 12: Abb. 05	Karte; Eigene Darstellung; Daten: BBSR, empirica ag	S. 31:	Abb. 26	Carsten-Armin Jakimowicz
S. 14: Abb. 06	Karte; Eigene Darstellung; Daten: BBSR, empirica ag	S. 32:	Abb. 27	Eigene Darstellung
S. 18: Key Visual	studio panorama	S. 34:	Abb. 28	Frank Peter
S. 20: Abb. 07	Schwarzplan; Eigene Darstellung	S. 34:	Abb. 29	BIG Städtebau GmbH
S. 22: Abb. 08	Roland Gorecki	S. 35:	Abb. 30	Open Source
S. 22: Abb. 09	Roland Gorecki	S. 35:	Abb. 31	Open Source
S. 23: Abb. 10	Stadt Dortmund	S. 35:	Abb. 32	Open Source
S. 23: Abb. 11	Klaus Hartmann	S. 36:	Key Visual	studio panorama
S. 23: Abb. 12	Klaus Hartmann	S. 39:	Abb. 33	David Ausserhofer
S. 23: Abb. 13	Klaus Hartmann	S. 39:	Abb. 34	Kühnapfel Fotografie
S. 24: Abb. 14	Eigene Darstellung	S. 40:	Abb. 35	Benjamin Pritzkuleit
S. 26: Abb. 15	Rainer Justen	S. 40:	Abb. 36	Benjamin Pritzkuleit
S. 26: Abb. 16	mildred schmidt fotografie	S. 40:	Abb. 37	Benjamin Pritzkuleit
S. 27: Abb. 17	Benjamin Pritzkuleit	S. 40:	Abb. 38	Benjamin Pritzkuleit
S. 27: Abb. 18	Benjamin Pritzkuleit	S. 41:	Abb. 39	Benjamin Pritzkuleit
S. 27: Abb. 19	Benjamin Pritzkuleit	S. 43:	Abb. 40	Walter Wetzler
S. 28: Abb. 20	Eigene Darstellung	S. 44:	Abb. 41	Benjamin Pritzkuleit
		S. 44:	Abb. 42	Benjamin Pritzkuleit
		S. 44:	Abb. 43	Benjamin Pritzkuleit
		S. 44:	Abb. 44	Benjamin Pritzkuleit

S. 45:	Abb. 45	Benjamin Pritzkuleit	S. 73:	Abb. 71	Florian Holzherr
S. 47:	Abb. 46	Hans-Jörg Schmidt	S. 74:	Abb. 72	Florian Holzherr
S. 48:	Abb. 47	Aufbaugemeinschaft Espelkamp	S. 75:	Abb. 73	DSK GmbH & Co. KG
S. 49:	Abb. 48	Aufbaugemeinschaft Espelkamp	S. 76:	Key Visual	studio panorama
S. 49:	Abb. 49	Aufbaugemeinschaft Espelkamp	S. 78:	Abb. 74	Milena Schlösser
S. 51:	Abb. 50	Heidi Scherm	S. 78:	Abb. 75	Milena Schlösser
S. 51:	Abb. 51	Heidi Scherm	S. 78:	Abb. 76	Milena Schlösser
S. 54:	Key Visual	studio panorama	S. 78:	Abb. 77	Milena Schlösser
S. 52:	Abb. 52	Benjamin Pritzkuleit	S. 82:	Abb. 78	Milena Schlösser
S. 53:	Abb. 53	Benjamin Pritzkuleit	S. 82:	Abb. 79	Milena Schlösser
S. 56:	Abb. 54	Karte; Eigene Darstellung	S. 82:	Abb. 80	Milena Schlösser
S. 57:	Abb. 55	Benjamin Pritzkuleit	S. 82:	Abb. 81	Milena Schlösser
S. 59:	Abb. 56	Helge Klaus Rieder	S. 84:	Abb. 82	Milena Schlösser
S. 59:	Abb. 57	Gemeinde Empfangen / die steg	S. 84:	Abb. 83	Milena Schlösser
S. 61:	Abb. 58	Klaus Kuntz	S. 84:	Abb. 84	Milena Schlösser
S. 61:	Abb. 59	IHK Auftakt Stadtteilbüro Aachen	S. 84:	Abb. 85	Milena Schlösser
S. 63:	Abb. 60	Rajjana Rummert	S. 86:	Abb. 86	studio panorama
S. 63:	Abb. 61	Thomas Osterfeld			
S. 65:	Abb. 62	Markus Schürmann			
S. 65:	Abb. 63	Quartiersmanagement Sömmerda			
S. 67:	Abb. 64	Derboesewolfi			
S. 67:	Abb. 65	Peter Pulm			
S. 69:	Abb. 66	Benjamin Pritzkuleit			
S. 69:	Abb. 67	Meike Heckenroth			
S. 71:	Abb. 68	Benjamin Pritzkuleit			
S. 71:	Abb. 69	Benjamin Pritzkuleit			
S. 73:	Abb. 70	Renate Herbst			

Literaturverzeichnis

BBR-Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung/BMVBW-Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (Hg.) 2004. Die Soziale Stadt. Ergebnisse der Zwischenevaluierung. Bewertung des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ nach vier Jahren Programmzeit. Berlin

BBSR-Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im BBR-Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.) 2019. Statusbericht 2017/2018. Begleitforschung der Städtebauförderung Bundestransferstelle Soziale Stadt. Bonn

BBSR-Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im BBR-Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung/BMUB-Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hg.) 2017. Zwischenevaluierung des Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt. Berlin

BMI-Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hg.) 2018. Programmstrategie Soziale Stadt. Berlin

BMVBS-Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/BBSR-Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im BBR-Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. (Hg.) 2009. Jubiläumskongress 10 Jahre Soziale Stadt. Das Bund-Länder-Programm in der Praxis. Berlin

BMUB-Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hg.) 2013. Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt – Stand 2007. Online Veröffentlichung. www.bmi.bund.de (Zugriff 15.08.2019).

Schultheiß, Franz 2017. Bilder von Armut. Mikrosoziologische Einsichten. Präsentation zur Bundesfachkonferenz Besondere Lebenslagen und Armutsfragen des Deutschen Caritasverbands, Berlin

Stadt Amberg (Hg.) 2012. Soziale Stadt Am Bergsteig Amberg

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 10557 Berlin

E-Mail: service@bmi.bund.de

Internet: www.bmi.bund.de

Stand

November 2019, 1. Auflage

Druck

G. Peschke Druckerei GmbH, Taxetstraße 4, 85599 Parsdorf b. München

Konzeption, Redaktion und Gestaltung

STUDIO | STADT | REGION, Förster Kurz Partnerschaft mbB, 80637 München

Constanze Ackermann, Prof. Dr.-Ing. Agnes Förster, Frederike Hein, Antonia Bourjau

In Kooperation mit der

RWTH Aachen, Fakultät für Architektur, Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung, 52062 Aachen

Gisela Schmitt, Prof. Dr.-Ing. Agnes Förster

Titelfoto: Kennedy-Viertel Oldenburg

Fotograf: Benjamin Pritzkeleit

Bestellmöglichkeit

Publikationsversand der Bundesregierung

Postfach 48 10 09, 18132 Rostock

Servicetelefon: 030 18 272 2721

Servicefax: 030 1810 272 2721

E-Mail: publikationen@bundesregierung.de

Artikelnummer: BMI19018

Bestellung über das Gebärdentelefon: gebaerdentelefon@sip.bundesregierung.de

Online-Bestellung: www.bundesregierung.de/publikationen

Weitere Publikationen der Bundesregierung zum Herunterladen und zum Bestellen finden Sie ebenfalls unter: www.bundesregierung.de/publikationen

Diese Publikation wird von der Bundesregierung im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

